

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

John Gimbel  
Die Konferenzen  
der deutschen  
Ministerpräsidenten  
1945-1949

Martin Greiffenhagen  
Technokratischer  
Konservatismus

B 31/71  
31. Juli 1971

John Gimbel, Dr. phil., geb. 1922, Prof. am Institute of German Studies der Indiana University, Boomington/Indiana; 1949 BA am Luther College, 1951 MA an der State University of Iowa, 1956 PhD in History; 1951—1953 Carnegie Fellow an der University of Oregon, 1953—1954 im Rahmen des Fullbright-Programms an der Universität Marburg, 1966 Prof. am Humboldt State College in Arcata-Kalifornien.

Veröffentlichungen: *The German Community under American Occupation*, 1961; *The American Occupation of Germany: Politics and the Military, 1945—1949*, 1968; *The Origins of the 'Institut für Zeitgeschichte': Scholarship, Politics, and the American Occupation 1945—1949*, in: *American Historical Review* 1965; *The Spiegel-Affair in Perspective*, in: *Midwest Journal of Political Science* 1965; *American Military Government and the Education of a New German Leadership*, in: *Political Science Quarterly* 1968.

Martin Greiffenhagen, Dr. phil., ordentlicher Professor für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart; geb. 1928; Studium der Philosophie und Sozialwissenschaften an den Universitäten Heidelberg, Göttingen, Birmingham und Oxford. 1962 Professor für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Lüneburg, seit 1965 Ordinarius in Stuttgart.

Zahlreiche Veröffentlichungen zur politischen Theorie und Ideengeschichte, Ideologiekritik politischen Pädagogik und Technokratieproblematik. 1971 erschien in München sein jüngstes Buch unter dem Titel „Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland“.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Die Konferenzen der deutschen Ministerpräsidenten 1945 – 1949

Die folgende Arbeit nimmt nicht für sich in Anspruch, die Diskussion um die staatliche Vertretung Deutschlands in der Besatzungszeit zu einem Abschluß zu bringen. Sie ist eher ein Versuch, einen Teil der von den Ministerpräsidenten unternommenen Bemühungen in dieser kritischen Phase der deutschen Geschichte zu beschreiben und zu dokumentieren. Sie stützt sich auf Dokumente und Unterlagen, die man mir in sehr großzügiger Weise für das Buch *„The American Occupation of Germany: Politics and the Military, 1945—1949“* zur Verfügung gestellt hat. Dieses Buch wurde im Dezember 1968 in englischer Sprache herausgegeben und soll 1971 in deutscher Übersetzung erscheinen.

\*

Deutschland hatte im Jahre 1945 keinen eigenen anerkannten staatlichen Vertreter. Den Aufgabenbereich, der normalerweise einem solchen Vertreter übertragen wird, behielten sich die Alliierten selbst vor. Am 8. Mai 1945 forderten sie die bedingungslose Kapitulation. Die Regierung Dönitz, die für kurze Zeit versucht hatte, die Nachfolge des Dritten Reichs anzutreten, wurde abgesetzt und arretiert. Kurze Zeit später, am 5. Juni 1945, erzielten die Alliierten mit den „Bestimmungen über die Überwachung Deutschlands durch alliierte Vertreter“ ein formelles Übereinkommen und übernahmen im Auftrag der Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs die höchste Regierungsgewalt. Am 20. September 1945 akzeptierten diese vier Mächte die „Zusätzlichen Bestimmungen über die Überwachung Deutschlands“ und vervollständigten so das formelle Übereinkommen, auf dessen Grundlage der Alliierte Kontrollrat und die Militärregierungen in den einzelnen Besatzungszonen als Regierung und Sprecher für das damalige Deutschland amtierten. Es hatte Deutsche gegeben, die nach Kriegsende versucht hatten, die Lücke zu füllen, die durch den Zusammenbruch des Dritten Reiches und die Auflösung der lokalen und regionalen Regierungen entstanden war. Es gelang ihnen jedoch nicht, in dem bezeichneten Sinne Vertreter Deutschlands zu werden. Einzelpersonen, Bürgergruppen und

antifaschistische Ausschüsse, die nun hervortraten und sich anboten, wichtige Funktionen und die so sehr benötigte Führung zu übernehmen, hatten außerhalb ihrer nächsten Umgebung wenig Erfolg. Sie waren oft einflußreich und äußerst erfolgreich in bestimmten kleineren Gebieten, aber ihre Möglichkeiten waren begrenzt durch die ausgedehnten materiellen Zerstörungen infolge des Krieges, durch Einschränkungen der Reisefreiheit, durch Restriktionen im Nachrichtenwesen und nicht zuletzt dadurch, daß Deutschland in Besatzungszonen unterteilt war. Außerdem weigerten sich die Alliierten, sie als Vertreter deutscher Interessen anzuerkennen. Sie begegneten ihnen sehr reserviert und mißtrauisch, manchmal mit unverhohlener Feindseligkeit. Die Gründe, die die Alliierten dazu bewogen, waren verschiedener Art: so waren sie der Überzeugung, daß die bedingungslose Kapitulation eine enge Zusammenarbeit mit Deut-

Martin Greiffenhagen

Technokratischer Konservatismus . . . S. 29

schen nicht zuliebe, außerdem bezichtigten sie die Deutschen der Kollektivschuld an den Gewalttaten der Naziregierung. Darüber hinaus wurden die Fraternalisierungsverbote sehr streng eingehalten. Weitere Feindseligkeiten ergaben sich aus lokalen Gegebenheiten und persönlichen Differenzen. Deshalb ist die kurze Geschichte der Regierung Dönitz nicht nur ein einfacher Tatbestand, sondern gleichzeitig ein Symbol. In der ersten Zeit der Okkupation wiederholte sich ihr Schicksal auf allen Ebenen der deutschen Regierung und Verwaltung.

Ein wichtiges Moment in der Geschichte Deutschlands unmittelbar nach dem Krieg ist das Ringen des deutschen Volkes nach 1945 um das Recht, in seinen eigenen, Deutschland betreffenden Angelegenheiten mitbestimmen, sein zukünftiges Schicksal mitentscheiden zu dürfen, und sein Kampf um eine staatliche Vertretung. Die Geschichte ist kompliziert und der Sachverhalt umstritten. Wir wissen, daß politische Parteien und mehrere politische Führer — unter ihnen Kurt Schumacher und Konrad Adenauer — behaupteten, rechtmä-

Bige Vertreter des deutschen Volkes zu sein, solange eine offizielle staatliche Regierung fehle. Wir wissen ebenfalls, daß sich einzelne Personen, die ihre Stellung den Alliierten verdankten und von ihnen Zivilposten auf verschiedenen Ebenen übertragen bekommen hatten, sich dennoch für zuständig hielten, die Verantwortung als Vertreter Deutschlands zu übernehmen, obwohl ihre Möglichkeit dadurch, daß ihre Machtbefugnisse begrenzt waren, stark eingeschränkt waren. Als die Besatzungsmächte später Wahlen zuließen, erhoben diese Personen — unter ihnen besonders die Ministerpräsidenten<sup>1)</sup> — Anspruch darauf, solange als Vertreter Deutschlands legitimiert zu werden, wie Deutschland keine nationale Regierung hatte. Für diese Forderung bestand jedoch nicht der nötige Rückhalt, da jeder einzelne Ministerpräsident nur von einem Teil der deutschen Bevölkerung gewählt worden war. Keiner konnte somit rechtmäßig die Interessen Gesamtdeutschlands vertreten. Eine allmähliche — ganz natürliche — Entwicklung war, daß sie zusammenzuarbeiten begannen. Aus dieser Zusammenarbeit heraus erwuchs der Gedanke an eine Konferenz der Ministerpräsidenten.

#### Stuttgart, 6. Februar 1946<sup>2)</sup>

Die einzelnen Ministerpräsidenten hatten schon früher in losem Kontakt miteinander gestanden; der eigentliche Anstoß zu regelmäßigen Zusammenkünften formelleren Charakters kam jedoch wohl aus der amerikanischen Zone. Im Oktober 1945 hatten die Amerikaner, die das Unvermögen des Alliierten Kontrollrats, deutsche zentrale Verwaltungsstellen einzurichten, anscheinend bedauerten, einen Länderrat in ihrer Zone gebildet. Dieser Länderrat entwickelte sich

<sup>1)</sup> „Ministerpräsident“ ist hier als kollektiver Titel verwandt und bezeichnet im allgemeinen Regierungs- oder Länderchefs ohne Rücksicht auf den Titel, den sie sich selbst gaben oder von der Militärregierung erhielten oder der ihnen mit Bezug auf die jeweilige Länderverfassung zustand.

<sup>2)</sup> Hauptquellen: F. Bartsch, „Bericht über eine Sitzung, an der leitende Beamte aus der englischen Zone und die Ministerpräsidenten der Länder der amerikanischen Zone teilnahmen“, 6. 2. 1946, Staatskanzlei, Wiesbaden, AZ Ia 08; „Bespprechung mit Regierungsvertretern aus der britischen Zone vom 6. Februar 1946“, (v. Erich Rossmann); Beschlußprotokoll über die Sitzung des Kabinetts am 24. Januar 1946; Karl Geiler, „Treffen der Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone mit den Oberpräsidenten der englischen Zone“, 30. Januar 1946, Geiler Nachlaß, Staatsarchiv, Wiesbaden; James K. Pollock to Erich Rossmann, 1 February 1946; Pollock (report of meeting on 6 February), 8 February 1946; Oberpräsident North Rhine Province, Aide Memoir [Englisch], 15 February 1946, National Archives, Washington (nachfolgend als „NA“ zitiert), OMGUS 39—3/11.

äußerst schnell. Schon Mitte Dezember unterbreitete James K. Pollock, der Verbindungsmann zwischen General Lucius D. Clay und dem Länderrat in Stuttgart, den Vorschlag, diese von den Amerikanern entwickelte Idee, die drei Länder ihrer Zone zur Beratung und Zusammenarbeit zusammenzubringen, in den anderen Besatzungszonen zu verwirklichen. Wenn die Führungsspitzen aller Länder oder ähnlicher Verwaltungseinheiten innerhalb der Zonen zusammenkommen könnten, so hätten die vier Mächte einen nationalen Staatsrat, mit dem sie verhandeln könnten, bis eine gewählte, konstitutionelle Versammlung existiere. Ein Treffen mit der britischen oder französischen Gegenseite könne in Stuttgart, mit den Russen in Berlin arrangiert werden<sup>3)</sup>.

Der Vorschlag Pollocks wurde bald offizielle Politik. Am 8. Januar 1946 sprach General Clay auf einer der regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Länderrats in Stuttgart von dem Plan, ein Treffen der Ministerpräsidenten der britischen und amerikanischen Zone zu arrangieren. Bei diesem Treffen sollten beiderseitige Probleme besprochen werden. Am 1. Februar 1946 teilte Pollock dem Generalsekretär des Länderrats, Erich Rossmann, mit, daß zwei Oberpräsidenten der britischen Zone, Hinrich Kopf aus Hannover und Robert Lehr aus Düsseldorf, dem Länderrat bald einen Besuch abstatten würden; sie würden von zwei Verbindungsoffizieren begleitet.

Das Treffen fand am 6. Februar 1946 in der Villa Reitzenstein statt, dem Sitz des Länderrats in Stuttgart. Ein offizielles Protokoll wurde nicht erstellt, es existieren jedoch genügend persönliche Aufzeichnungen, Vermerke und Berichte, die über den Verlauf dieser Begegnung Aufschluß geben und die erkennen lassen, daß zumindest einige der deutschen Teilnehmer diese Gelegenheit zu nutzen suchten, allgemeinpolitische deutsche Fragen anzuschneiden. Der Hauptsprecher der amerikanischen Zone, der hessische Ministerpräsident Karl Geiler, beschrieb die politischen Prinzipien und deren Entwicklungen in der amerikanischen Zone. Die Amerikaner würden alles völlig neu aufbauen. Zuerst bildeten sie die Länder, später vereinigten sie sie im Länderrat: „Als nächstes Ziel schwebt uns die Zusammenfassung der Zonen vor. Der Anbahnung gemeinsamer Arbeit zwischen der englischen und amerikanischen Zone soll unsere heutige Sitzung dienen. Dabei werden wir prüfen, was Deutschland nützt. Die Richtschnur unseres Handelns ist der Gedanke der deut-

<sup>3)</sup> Regional Government Coordinating Office (RGCO) to Robert Murphy, 12 December 1945, NA, OMGUS 34—2/11.

schen Reichseinheit. Dazu bekennen wir uns ausdrücklich.“<sup>4)</sup> Anschließend sprachen Lehr und Kopf als Vertreter der britischen Zone. Auch sie beschrieben die Verhältnisse und politischen Linien in der britischen Zone und äußerten sich kritisch über die Zukunft Preußens, was Geiler in seiner Eröffnungsrede ebenfalls getan hatte. Die in den einleitenden Worten zu den Berichten eingenommene politische Haltung rief bereits die taktischen Bedenken und die fundamentalen Meinungsverschiedenheiten hervor, die sich während der Konferenzen störend bemerkbar machten. Wilhelm Mattes, der Finanzminister Hessens, glaubte, die wirtschaftlichen Probleme seien von solcher Bedeutung, daß sie nicht solange zurückgestellt werden könnten, bis die legalen und politischen Fragen geklärt worden seien, und schlug vor, man solle sich auf Probleme wirtschaftlicher Art konzentrieren. Der Ministerpräsident Bayerns, Wilhelm Högner, war mit diesem Vorschlag einverstanden und führte als weiteres Argument an, daß die Militärregierung eine Diskussion über die Zukunft Preußens oder über ähnliche politische Fragen sicher mißbilligen würde: „Man wird uns entschieden zurückweisen.“<sup>5)</sup> Högner, dessen Treue gegenüber Bayern größer gewesen sein mag als seine Sorge, sich den Unwillen der Militärregierung zuzuziehen, hielt außerdem die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Zonen für wichtiger. Lehr wehrte sich gegen diese Einschränkung der Tagesordnung und meinte, da die beiden Militärregierungen ihnen die Erlaubnis zu diesem Treffen gegeben hätten, solle man auch versuchen, das Beste aus dieser Begegnung zu machen. Er sah sogar eine Möglichkeit, durch die Diskussion wirtschaftspolitischer Fragen auf politischer Ebene weiterzukommen: „Man müsse versuchen, hier zu Zwischenlösungen zu kommen, um Schritt für Schritt Neuland zu gewinnen.“<sup>6)</sup>

Der Beschluß, ein Treffen der Wirtschaftsminister beider Zonen zu arrangieren, war jedoch trotz der politischen Reden das einzige Ergebnis dieser Begegnung<sup>7)</sup>. Außerdem erörterten die Ministerpräsidenten die Möglichkeit einer eventuellen Vereinheitlichung der deutschen Verwaltung in beiden Zonen. Dieser Plan mußte jedoch auf die Einwände der britischen Verbindungsoffiziere hin fallengelassen wer-

den. Man einigte sich statt dessen darauf, daß jeder seine persönliche Meinung zu diesem Thema bei der Militärregierung der betreffenden Zone vorbringen solle. Wie verlautet, waren die Engländer besorgt, Entscheidungen zu treffen, die die anderen Besatzungsmächte hätten veranlassen können, ihnen eine politische Tätigkeit vorzuwerfen, die über den Rahmen der von den vier Mächten getroffenen Vereinbarungen bezüglich der Überwachung Deutschlands hinausginge. Weitere Zusammenkünfte der Ministerpräsidenten wurden jedoch von den Engländern genehmigt. Die nächste Konferenz fand bereits drei Wochen später statt — dieses Mal in Bremen.

#### Bremen, 28. Februar—1. März 1946<sup>8)</sup>

Während die für Fragen der Ernährung, Landwirtschaft und Wirtschaft zuständigen Beamten mit Vertretern der Militärregierungen in Frankfurt zusammentrafen, versammelten sich die Ministerpräsidenten in Bremen. Thema war die Zusammenarbeit der Zonen auf allgemeinpolitischer Ebene, wie Pollock sie im Dezember 1945 Clay vorgeschlagen und für die sich Geiler und Lehr schon damals im Februar ausgesprochen hatten. Bayern weigerte sich, eine offizielle Delegation nach Bremen zu senden, nachdem es bereits gegen die immer größer werdende politische Kompetenz des Länderrats in Stuttgart den einzelnen Ländern gegenüber protestiert hatte. Diese Entscheidung und der innere Beweis bezeugen die politischen Ziele dieser Versammlung hinreichend.

Hinrich Kopf und Robert Lehr eröffneten die Zusammenkunft, die von dem Bremer Senatspräsidenten Wilhelm Kaisen einberufen worden war, mit einem Bericht über ihren Besuch in Stuttgart. Ferner wurden die Resolutionen verlesen, die auf der Frankfurter Konferenz von den Ministern für Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft angenommen worden wa-

<sup>8)</sup> Hauptquellen: „Konferenz der süddeutschen Ministerpräsidenten mit den Oberpräsidenten und Chefs der Länderregierungen in der britischen Zone am 28. 2. 1946“, [v. Erich Rossmann?]; Rossmann an Länderbevollmächtigten, 18. 2. 1946, Bundesarchiv, Z1/230; Rossmann an Pollock, 2. 3. 1946, Bundesarchiv, Länderrat Nachlaß; „Sechste Tagung des Länderrates in München ... 5. März 1946“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1g06/01; Memorandum, „Conversation between Dr. Pollock, Col. Oppenheimer and Dr. Geiler, 22 February 1946“, NA, OMGUS, 35—2/11; RGCO, Report of the Meeting of the Minister Presidents and their Plenipotentiaries of the US Zone and the Chiefs of the Länder and Provinces of the British Zone in Bremen on 28 February and 1 March 1946, 4 March 1946; Pollock to Office of Military Government for Germany, United States (OMGUS), 11 March 1946, NA, OMGUS 39—3/11; Karl Geiler, „Ein historischer Augenblick“, Geiler Nachlaß, Staatsarchiv, Wiesbaden.

<sup>4)</sup> Bartsch, „Bericht über eine Sitzung ...“ 6. 2. 1946.

<sup>5)</sup> Ebenda.

<sup>6)</sup> „Besprechung mit Regierungsvertretern ... 6. Februar 1946“.

<sup>7)</sup> Dieses Treffen, das die Militär-Regierung am 4. 2. 1946 in einem Brief v. Pollock an Rossmann vorgeschlagen hatte, fand am 26./27. 2. 1946 in Frankfurt statt.

ren. Darin plädierten die Minister für eine Zusammenarbeit der Zonen auf verschiedenen Ebenen, für die Einheitlichkeit und für den Austausch von Beobachtern und Sachverständigen. Alles schien eine Vorbereitung zur völligen Verbindung zu sein. Lehr, der das Stuttgarter Treffen als Gelegenheit für politische Diskussionen hatte nutzen wollen, sprach sich dafür aus, den Länderrat sofort auch in der britischen Zone einzuführen. Er selbst hatte diesen Vorschlag im Anschluß an seinen Besuch in Stuttgart den anderen Ministerpräsidenten in einem Rundschreiben unterbreitet. Der Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Reinhold Maier, unterstützte Lehrs Vorschlag und ersuchte dringend um eine bizonale Vereinigung. Er beschrieb die Funktionen und Vorteile des Länderrats in der amerikanischen Zone — er sprach von den Vorboten einer Rumpfreichsregierung — und plädierte für die Schaffung eines Überländerrats für beide Zonen.

Mit den politischen Fragen ergab sich eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten. Zwei Sprecher der englischen Zone sprachen sich unter Hinweis auf dessen Bedeutung und Folgen gegen eine Ausführung des von Lehr und Maier gemachten Vorschlags aus. Einer der beiden warnte davor, das Gebiet zwischen Rhein und Elbe zu einer politischen Einheit zu machen. Er bestand darauf, nichts zu unternehmen, was die sowjetische Zone ausschließen würde. Der zweite Vertreter der englischen Zone vertrat die Ansicht, die Ministerpräsidenten ihrer Zone hätten noch zu wenig Gelegenheit gehabt, den Länderrat als Modell zu beobachten und zu studieren. Lehr, der diese Bemerkung offensichtlich als Kritik an seinem Vorgehen in Stuttgart empfand, verteidigte sich mit aller Entschiedenheit. Er erklärte, man habe sich in Stuttgart nichts vergeben, und bat dann erneut dringend darum, man möge sich bemühen, einen Weg zu finden, um die Grenzen zwischen den einzelnen Zonen zu beseitigen. Er sagte: „Der heutige Tag ist uns geschenkt worden“, und drängte darauf, diesen Tag jetzt auch im Interesse Deutschlands zu nutzen.

Von weiteren Einzelheiten kann abgesehen werden. Es ist offensichtlich, daß mehrere Ministerpräsidenten — besonders die der englischen Zone — langsam vorgehen wollten. Die britische Militärregierung hatte sich am 15. Februar 1946 mit der Bildung eines Zonenbeirats einverstanden erklärt, und nun wollten die Ministerpräsidenten erst dessen Entwicklung abwarten, bevor sie weitere Schritte unternähmen. Diese Einstellung kam wohl in den Worten von Wilhelm Kaisen zum Ausdruck,

als er erklärte, der Zonenbeirat müsse gebildet werden, damit sich daraus eine größere Einheit entwickeln könne. Ebenfalls ist unter den Vertretern der englischen Zone eine deutliche Skepsis gegenüber der Art von Föderalismus spürbar, aus der sich der Länderrat entwickelt hatte. Sie waren jedoch trotz allem der Ansicht, daß ein weiterer Besuch bei dem Länderrat von Nutzen sein könne. Reinhold Maier lud sie ein, nach Stuttgart zu kommen, was jedoch erst von den Militärregierungen bewilligt werden mußte. Ein erneutes Treffen von weit größerem Ausmaß fand am 3. April 1946 in Stuttgart statt.

#### Stuttgart, 3. April 1946 <sup>9)</sup>

Angesichts der Tatsache, daß der Zonenbeirat seit Anfang März in der englischen Zone tätig war, war die Konferenz des Länderrats und des Zonenbeirats am 3. April 1946 eine logische Folge des Treffens in Bremen. Das Stuttgarter Treffen ist aus mindestens zwei Gründen von Bedeutung: Hier zeigte sich, daß mittlerweile bei den Deutschen das Verlangen leitend war, wenigstens teilweise die deutschen Interessen von Deutschen vertreten zu sehen, und hier wird bereits deutlich, daß die Ministerpräsidenten und die Führer der politischen Parteien über den legitimen Sprecher und die zukünftige politische Struktur Deutschlands geteilter Meinung waren. Einige Parteiführer waren Mitglied des Zonenbeirats, wie z. B. Kurt Schumacher, der die Konferenz zum Anlaß nahm, seine Meinung über den übertriebenen Föderalismus im Länderrat darzulegen. Dagegen hat sich, wie es scheint, Konrad Adenauer auf dieser Konferenz darum bemüht, die innerparteiliche Organisation zu festigen und vor allem sich mit den Mitgliedern der CDU/CSU zu verständigen, um gemeinsam mit ihnen Jakob Kaiser vor bestimmten Positionen zu warnen, die dieser in Berlin vertreten hatte <sup>10)</sup>.

<sup>9)</sup> Hauptquellen: Länderrat, Besprechung mit Vertretern aus der britischen Zone am 3. 4. 1946 in Stuttgart . . . , Bundesarchiv, Z1/1221; Rossmann an RGCO, 6. 4. 1946, Bundesarchiv, Z1/14; Rossmann an Pollock, 6. 4. 1946, Staatsarchiv, Wiesbaden; RGCO, Report of the Joint Meeting Between German Officials from American and British Zones Held in Stuttgart . . . , April 3, 1946, NA, OMGUS 39—3/11; Lt. A. F. Pabsch, Memorandum, Subj: Highlights as noted by this observer at the meeting between German officials from the US and British Zone, 6 April 1946, NA, OMGUS 39—3/11; RGCO to OMGUS, 9 April 1946; RGCO to Clay, 9 April 1946; OMGUS to Clay, Memorandum, Subj: Report from Dr. Pollock on Joint Meeting of Länderrat and German Officials from British Zone, 16 April 1946, NA, OMGUS 2—2/1.

<sup>10)</sup> Hans Georg Wieck, Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46, Düsseldorf 1958, 190—91.

nehmen der Berichte und Reden, die auf der Konferenz vorgetragen wurden, waren Entnazifizierung, Fragen der Ernährung, die Kohleproduktion, Steuern, Finanzen usw. Lehr trug seine mittlerweile bekannte Bitte um eine ehrliche politische Haltung vor und bat die Anwesenden, ihr „Bekennnis zur Einheit des deutschen Vaterlandes“ abzulegen<sup>11)</sup>.

Am Schluß der Konferenz wurden einige Resolutionen formell verabschiedet, die auch zur Veröffentlichung in der Presse freigegeben wurden. Sie besagten, daß eine wirtschaftliche Einheit unumgänglich sei. Diese wirtschaftliche Einheit sei jedoch auf die Dauer ohne eine politische Einheit nicht möglich. Deutschland habe den Wunsch, sich am Wiederaufbau Europas zu beteiligen. Zu diesem Aufbau könnte das Land jedoch am meisten beitragen, wenn es geeint wäre. Außerdem bedürfte es — nicht zuletzt dafür — der Hilfe der Vereinten Nationen und der Besatzungsmächte. Eine einheitliche Struktur des Länderrats und des Zonenbeirats sei jedoch besonders wünschenswert. Berichten von Erich Rossmann und James Pollock zufolge trat auf dieser Konferenz der gemeinsame Wunsch nach wirtschaftlicher und politischer Einheit in beiden Zonen besonders deutlich hervor ebenso wie der Wunsch der Vertreter der englischen Zone nach einer dem Länderrat ähnlichen Einrichtung. Weitere Hauptgesprächsthemen waren der Mangel an Rohstoffen und der Interzonenhandel<sup>12)</sup>.

\*

Obwohl sich die ersten Konferenzen so vielversprechend angegangen hatten, wurden bis Herbst 1946 keine weiteren Konferenzen mehr abgehalten. Ein Beschluß der Amerikaner war teilweise der Grund dafür. Pollock hatte Clay schon am 11. März 1946 vorgeschlagen, „die Russen und Franzosen auf einer ähnlichen Basis wie vorher die Engländer nach Stuttgart einzuladen“. Im April sprach er sich für den 1. Juni als frühesten Termin für ein weiteres Treffen zwischen Vertretern der britischen und amerikanischen Zone aus. Offenbar wollte er für seine Idee, die Konferenzen auch auf die beiden anderen Zonen auszudehnen, Zeit gewinnen<sup>13)</sup>. Der Plan hatte Erfolg: Dr. Rudolf Paul, der Ministerpräsident Thüringens, besuchte am 4. Juni 1946 den Länderrat. Mit diesem Besuch erfüllte er das Versprechen, das er und Karl Geiler, Hessen, sich ge-

geben hatten, nämlich kontinuierlich zusammenzuarbeiten. Am 13./14. Juni 1946 fand in Berlin eine Konferenz zwischen Vertretern der amerikanischen und sowjetischen Zone über den Interzonenhandel statt. Gleichzeitig trafen sich in Hamburg Vertreter der englischen und amerikanischen Zone, um über Ernährungsfragen zu konferieren. An dieser Konferenz nahmen auch General Clay und General Sir Brian Robertson teil.

Es gibt jedoch noch zwei weitere Gründe dafür, daß bis zum Herbst 1946 keine weiteren Konferenzen abgehalten wurden:

1. Im Juli lud der amerikanische Außenminister James F. Byrnes die anderen Zonen ein, sich mit der amerikanischen Zone zu einer wirtschaftlichen Einheit zu verbinden. Die Bedeutung dieses Vorhabens und die Dringlichkeit, die notwendigen Verträge abzuschließen, schienen allein den Gedanken an ein weiteres wichtiges Treffen auszuschließen.

2. Der zweite Grund war, daß sich die Ministerpräsidenten uneinig waren. So steht zum Beispiel fest, daß Karl Geiler von seinem Plan abgebracht wurde, im Juni 1946 eine Konferenz der Ministerpräsidenten aller vier Zonen einzuberufen. Geiler berichtete seinen Kollegen im Länderrat, der Ministerpräsident von Thüringen, Paul, bejahe diese Idee, und schlug vor, das deutsche Volk solle jetzt einmal anstelle der Amerikaner die Initiative ergreifen, obwohl die Militärregierung so etwas hätte genehmigen müssen<sup>14)</sup>. Reinhold Maier und Wilhelm Högner waren der Ansicht, daß dieser Plan gewisse Risiken in sich berge, und meinten, dafür sei die Zeit noch nicht reif. Es war jedoch nicht leicht, Geiler von seiner Idee abzubringen, und als er im August von einem Besuch in Weimar zurückkehrte, trug er dem hessischen Kabinett seine Absicht vor, eventuell im September eine Konferenz der Vertreter aller vier Zonen in Frankfurt einzuberufen<sup>15)</sup>. Die Unterlagen sind zwar unzureichend, dennoch scheint es, als ob sich ähnliche Schwierigkeiten auch in der englischen Zone immer stärker bemerkbar machten. Von Thilo Vogelsang wissen wir, daß Hinrich Kopf an einem Treffen der Vertreter aller vier Zonen interessiert war und daß die Länderchefs der englischen Zone am 11. August beschlossen, sich für eine Konferenz dieser Art einzusetzen<sup>16)</sup>. Ebenso ist bewiesen, daß Wil-

<sup>11)</sup> Länderrat, Besprechung mit Vertretern ... 3. 4. 1946.

<sup>12)</sup> RGCO, Report of the Joint Meeting ... April 3, 1946; Rossmann an RGCO, 6. 4. 1946.

<sup>13)</sup> Pollock to OMGUS, 11 March 1946, NA, OMGUS 39—3/11; Pollock to Rossmann, 5. April 1946, Bundesarchiv, Länderrat Nachlaß.

<sup>14)</sup> „Vierte interne Länderratssitzung ... 4. Juni 1946“, Staatskanzlei, Wiesbaden, Ig06/01.

<sup>15)</sup> Beschluß-Protokoll über die Sitzung des Kabinetts ... 14. August 1946, Staatskanzlei, Wiesbaden; Die Neue Zeitung, 19. August 1946, S. 2; Frankfurter Rundschau, 20. August 1946, S. 1.

<sup>16)</sup> Thilo Vogelsang, Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen, Hannover 1963, S. 81.

helm Kaisen aus diesem Grund Kontakt zu den anderen Zonen aufnahm. Daß Schwierigkeiten bestanden, geht aus den Akten einer Sitzung des Länderrats am 6. September 1946 hervor, die am selben Tag stattfand, an dem Außenminister Byrnes in Stuttgart seine Rede hielt. Die Ursachen für diese Schwierigkeiten sind allerdings unklar. Laut Protokoll fragten amerikanische Verbindungsoffiziere den Länderrat, ob ein Treffen wirklich erwünscht sei oder ob die Militärregierung in Bremen anrufen und Kaisen bitten solle, von seinen Plänen Abstand zu nehmen. In ihrer Antwort erklärten die Ministerpräsidenten, daß sie diese Konferenz tatsächlich wünschten, und zwar bevorzugt in der amerikanischen Zone. Sie baten allerdings darum, die Konferenz nicht an einem Regierungssitz abzuhalten. Auf diese Weise wollten sie der französischen Zone die Teilnahme erleichtern<sup>17)</sup>.

Vier Tage später wurde von amerikanischer Seite offiziell bekanntgegeben, daß alle Differenzen beseitigt seien. Geiler sei mit dieser Entscheidung einverstanden, und Bremen würde die Einladungen ausstellen. Auf ihrer Sitzung wählten die Ministerpräsidenten Bremen zu ihrem Konferenzort und setzten das Treffen für den 4. und 5. Oktober an. Auf der Tagesordnung sollten Berichte der Länderchefs über die Verwaltung in ihren Zonen und Gespräche über die Zusammenarbeit stehen. Außerdem sollten allgemeine interzonale Fragen erörtert werden<sup>18)</sup>. Kaisen, der später sagte, die Rede Byrnes sei bei der Auswahl der Themen, die auf der Konferenz in Bremen behandelt werden sollten, ausschlaggebend gewesen, stellte die Einladungen am 16. September 1946 aus. Er meinte, für „greifbare Ergebnisse“ sei die Zeit vermutlich noch nicht reif, und deshalb habe er sich für eine kurze und formlose Tagesordnung entschieden. Die drei von ihm erwähnten Punkte der Tagesordnung entsprachen genau denen, auf die sich die Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone auf einer Sitzung am 10. September 1946 geeinigt hatten.

#### Bremen, 4.—5. Oktober 1946<sup>19)</sup>

Die Konferenz in Bremen wurde als der erste Schritt zur Erlangung einer nationalen Vertretung Deutschlands angesehen<sup>20)</sup>, aber wie

<sup>17)</sup> „Interne Sitzung des Länderrats vom 6. 9. 1946“, Staatskanzlei Wiesbaden, Ig06/01.

<sup>18)</sup> „Niederschrift über die Besprechung mit General Adcock und Oberst Dawson am 10. September 1946“; „Niederschrift über die interne Sitzung der Ministerpräsidenten am 10. 9. 1946 in Stuttgart“, Staatskanzlei, Wiesbaden, Ig06/01.

<sup>19)</sup> „Interne Sitzung des Länderrats vom 6. 9. 1946“, Staatskanzlei, Wiesbaden, Ig06/01; Kaisen an Rossmann, 17. 9. 1946, Bundesarchiv, Z1/230;

bereits das Vorhergehende zeigt, liegt die eigentliche Bedeutung der Konferenz nicht darin. Interessant ist jedoch, daß man sich ernsthafter denn je bemühte, diese Konferenz der Vertreter aller vier Zonen stattfinden zu lassen. Offensichtlich hoffte General Clay, bei seinen Kollegen in der Alliierten Kontrollbehörde Unterstützung zu finden, als er ihnen diese Konferenz ankündigte. Zu dieser Zeit überbrachten amerikanische Verbindungsoffiziere das Einverständnis der Russen<sup>21)</sup>. Amerikanische Offiziere bemühten sich „hinter den Kulissen“, für die Deutschen der französischen Zone von deren Militärregierung die Genehmigung für eine Teilnahme an der Konferenz zu erlangen. Die vorhandenen Akten enthalten zwar keine Einzelheiten, es geht jedoch aus ihnen hervor, daß die Deutschen in der französischen Zone diese Genehmigung nicht erhielten und daß die Russen ihre Genehmigung im letzten Augenblick — wie es scheint am Vortag der Konferenz — wieder zurücknahmen. Den Deutschen der französischen Zone gelang es jedoch irgendwie, einen Beobachter zu dieser Konferenz zu senden — dessen Name jedoch aus verständlichen Gründen in den Akten nie genannt wird —, und Carlo Schmid bat Geiler, ihm nach Abschluß der Konferenz einen formlosen Bericht über das Treffen zukommen zu lassen. Als Zeichen dafür, daß die Einladung an die anderen beiden Zonen auch weiterhin gelte, ließ man auf der Konferenz zwei Stühle unbesetzt.

Aber auch aus anderen Gründen ist dieses Treffen von Bedeutung: 1. Resolutionen wurden angenommen und an die Militärregierung zur Weiterleitung an die Alliierte Kontrollbehörde gesandt. 2. Auf dieser Konferenz zeigte sich deutlicher denn je, daß schon die Auffassungen der Deutschen über ihre Zukunft und über die politische Taktik völlig auseinandergingen. 3. Auf dieser Konferenz sprach man zum ersten Mal davon, über das bizonale wirtschaftliche Verwaltungsamt politisch zusammenzuarbeiten.

„Erste Interzonenkonferenz der Länderchefs am 4. und 5. Oktober 1946 . . .“; „Kurzprotokoll der ersten Interzonenkonferenz der Chiefs der Länder und Freien Städte vom 4./5. Oktober 1946“; „Notiz für Herrn Ministerpräsident“, 2. Oktober 1946, Geiler Nachlaß, Staatsarchiv, Wiesbaden; „Ansätze einer deutschen Repräsentation“, Europa Archiv, 3. Jg., Februar 1948, S. 1143 ff.; Süddeutsche Zeitung, 8. Oktober 1946, S. 1; RGCO, Liaison Meeting, 26 September 1946, NA, OMGUS 39—2/11; OMGUS to Clay, Subj: Conference of Minister Presidents from U.S. and British Zones in Bremen, 4—5 Oct. 1946, 15 October 1946, NA, OMGUS 3—1/1.

<sup>20)</sup> Europa Archiv, 3. Jg., Februar 1948, S. 1143.

<sup>21)</sup> RGCO, Liaison Meeting, 26 September 1946, NA, OMGUS 39—2/11.



Auf der Konferenz sprach man sich für ein für alle vier Zonen zuständiges Zentralamt aus, für politisch gewählte bizonale Verwaltungsausschüsse, für eine alliierte Kontrollbehörde zur Bildung eines deutschen Länderrats und Volksrats, für die Ausarbeitung eines 10-Punkte-Wirtschaftsprogramms für alle vier Zonen, für Maßnahmen zu einer Währungsreform, für eine Studienkommission, die sich mit den Problemen der Entnazifizierung befassen sollte, und schließlich für die Einrichtung eines deutschen Gerichts, das Nazi-Verbrecher nach deutschem Gesetz verurteilen sollte.

Natürlich war auf dieser Konferenz letztlich allerhand erreicht worden, wie man diesen Resolutionen entnehmen kann. Allerdings gab es unter den Konferenzteilnehmern wieder Meinungsverschiedenheiten, und zwar über die Entnazifizierung, über die Art und Weise, wie man sich für die politische Einigung einsetzen wollte, und selbst über einige Punkte, die dann schließlich doch als Resolution in den Abschlußbericht aufgenommen wurden. Karl Geiler hatte bereits am 4. August 1946 eine Denkschrift zum Thema: Politische Einigung abgefaßt. Tatsächlich war dieses Memorandum aber nichts anderes als eine Neufassung dessen, was er bereits im Februar als Vorschlag zu diesem Thema an die Militärregierung gesandt hatte. James Pollock hatte damals die Mitglieder des Länderrats gebeten, diesbezüglich ihre Vorstellungen zu äußern. Diese Neufassung war von Walter Strauß bearbeitet worden, der später davon überzeugt war, daß sein Werk einen entscheidenden Einfluß auf die weiteren politischen Entwicklungen in Deutschland gehabt habe<sup>22)</sup>. In einer Rede vor den Konferenzteilnehmern formulierte Geiler die wesentlichsten Gedanken dieses Memorandums und befürwortete ein für alle vier Zonen zuständiges Zentralamt, einen Rechtsausschuß und einen Kulturausschuß. Bei der darauffolgenden Diskussion zeigte sich, daß einigen Delegierten Geilers Vorschlag zu detailliert war, während andere der Ansicht waren, daß noch mehr Einzelheiten ausgearbeitet werden müßten. Sie schlugen die Bildung weiterer Ausschüsse vor, die sich mit Fragen der Landreform, Landwirtschaft und der Wirtschaft befassen sollten. Dies schien ihnen besonders wichtig im Hinblick auf die Bildung der Kultur- und Rechtsausschüsse.

<sup>22)</sup> Walter Strauß, „Die gesamtdeutsche Aufgabe der Ministerpräsidenten während des Interregnums 1945—1949“, in: Hans Seidel (Hrsg.), Festschrift zum 70. Geburtstag von Dr. Hans Ehard, München 1957, S. 85—96.

Während der Diskussion zeigte sich immer wieder, wie sehr die Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone daran interessiert waren, über die gemeinsamen wirtschaftlichen Verwaltungsbehörden politisch zusammenzuarbeiten. Reinhold Maier brachte dies wohl am deutlichsten zum Ausdruck. Er sagte, die Alliierten wünschten eine sofortige wirtschaftliche Einheit, er und seine Kollegen seien jedoch überzeugt, „daß es eine wirtschaftliche Einheit ohne die politische Einheit nicht gibt“<sup>23)</sup>. Geilers Vorschläge und die von Maier behandelten Punkte waren vielleicht die Basis für drei der Resolutionen, und zwar

1. für die, die sich mit der Bildung eines Zentralamts befaßte; sie war jedoch sehr ungenau formuliert und enthielt weder Angaben darüber, wie dieses Amt arbeiten noch welche Funktionen es einmal haben sollte,
2. für die, in der man um politisch gewählte Verwaltungsausschüsse bat, und
3. für die, in der man die alliierte Kontrollbehörde um die Bildung eines Länder- und eines Volksrates ersuchte.

Der Wunsch, die alliierte Kontrollbehörde möge die repräsentativen Organe einsetzen, betont vielleicht mehr als alles andere die Unfähigkeit der Deutschen, untereinander eine Verständigung zu erzielen.

In Gesprächen über die Entnazifizierung zeigte es sich, daß man auch bei diesem heiklen Thema nicht nur grundsätzlich verschiedener Meinung war, sondern auch verschiedene Ansichten über die Art des Vorgehens hatte. Der hessische Minister für Politische Befreiung, Gottlob Binder, riet in seinem Referat zu diesem Thema, bei der Entnazifizierung überall gleiche Maßstäbe anzulegen. Dies gelte besonders für die Beamten, die in den interzonalen Behörden tätig seien. Ein Sprecher der britischen Zone, Landespräsident Heinrich Drake, Lippe, erklärte, die Entnazifizierung in seiner Zone sei abgeschlossen und man gedächte nicht um einheitlicher Maßstäbe willen noch einmal von neuem zu beginnen. Reinhold Maier, der die amerikanische Zone vertrat, gab zu, daß die Entnazifizierung eine Schwierigkeit gewesen sei, aber — so machte er geltend — sie sei eine Voraussetzung für Zugeständnisse von amerikanischer Seite gewesen, besonders für Zugeständnisse der Art, wie sie am 6. September in der Rede des Außenministers Byrnes gemacht worden seien. Frühere Parteimitglieder, so meinte er, die in

<sup>23)</sup> „Erste Interzonenkonferenz der Länderchefs am 4. und 5. Oktober 1946 . . .“, Geiler Nachlaß, Staatsarchiv, Wiesbaden.

der britischen Zone im Transportwesen tätig seien, fänden in der amerikanischen Zone weder in ihrem erlernten noch in einem anderen Beruf Anstellung. Der Vertreter Bayerns, Michael Horlacher, bestätigte dies und bezog sich dabei auf frühere Parteimitglieder, die in der englischen Zone in dem Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft beschäftigt seien. Weitere Einzelheiten sollen hier nicht behandelt werden. Soviel steht jedenfalls fest: Die Diskussion über die Entnazifizierung artete sehr schnell in eine Kette von gegenseitigen Beschuldigungen aus. Wilhelm Kaisen, der Vorsitzende dieser Konferenz, war klug genug, weitere Diskussionen über diesen Punkt zu unterbinden und die ganze Konferenz hindurch immer wieder Äußerungen dieser Art — manchmal fast schroff — zu unterbrechen. Diese von ihm bereits am ersten Tag der Konferenz eingenommene Haltung verhinderte vielleicht einen Streit, der womöglich ein völliges Scheitern der Konferenz zur Folge gehabt hätte.

Der Beschluß der Ministerpräsidenten, sich dafür einzusetzen, über die bizonalen wirtschaftlichen Verwaltungsmätern politische Kontrolle ausüben zu dürfen, ging am deutlichsten aus der Konferenz hervor und hatte deshalb auch die unmittelbarste Wirkung. Die Amerikaner hatten bereits deutlich gezeigt, daß sie mit einer gleichzeitigen wirtschaftlichen und politischen Einigung beider Zonen nicht einverstanden seien. Das wurde kurz nach der Bremer Konferenz von General Clay und auch von General William Draper, Clays Berater in Wirtschaftsfragen, noch einmal bestätigt<sup>24)</sup>. Dieses Problem war für die deutschen Vertreter jedoch von großer Wichtigkeit. Aus der Überzeugung heraus, daß eine wirtschaftliche Einheit ohne eine politische Einheit unmöglich sei, begannen sie deshalb trotzdem, sich für diese Einheit einzusetzen.

#### **Minden, Düsseldorf und Wiesbaden, Januar—Februar 1947<sup>25)</sup>**

Der Versuch, über die Resolution hinaus etwas in diesem Punkt zu erreichen, erwies sich allerdings als schwierig. In einer Sitzung des

<sup>24)</sup> „Rede von Generalleutnant Lucius D. Clay bei der 13. Sitzung des Länderrats . . . 8. 10. 1946“, Staatskanzlei, Wiesbaden, Ig06/01; OMGUS, Speech by Brigadier General William H. Draper . . . at Meeting of the Executive Committee for Economics at Minden (press release), October 11, 1946, NA, OMGUS 1—1/4.

<sup>25)</sup> Hauptquellen: „Bericht über die Sondersitzung des Verwaltungsrats für Wirtschaft in Minden am 25. Januar 1947“, Staatskanzlei, Wiesbaden, Id06—01; „Zusammenkunft der Regierungschefs der ame-

Länderrats im Dezember berichtete Karl Geiler, Hinrich Kopf hätte sich wegen eines „inoffiziellen“ Treffens der Ministerpräsidenten der Bizone, auf der die Reichsverfassung und der Friedensvertrag erörtert werden sollten, an ihn gewandt. Er sagte, Kopf habe davon gesprochen, dieses Treffen im Dezember stattfinden zu lassen, aber er sei ebenso mit einem Termin im Januar einverstanden. Aus diesen Plänen wurde jedoch nichts, zum Teil deshalb, weil Reinhold Maier ein derartiges Treffen für verfrüht hielt, solange die Regierungen der amerikanischen Zone noch nicht offiziell gebildet worden waren. Außerdem war Maier der Ansicht, daß eine solche „inoffizielle“ Konferenz nicht angängig sei. Diese Meinung spiegelt vielleicht die enge Beziehung wider, in der er zu einigen Verbindungsoffizieren des Länderrats in Stuttgart stand. Der Plan wurde jedoch nicht völlig fallengelassen. Am 8. Januar 1947 brachte ihn Wilhelm Kaisen aus Bremen noch einmal ganz offiziell zur Sprache. Anlaß war eine Diskussion im Länderrat, welcher Art die Beziehung der Landesregierungen zu den bizonalen wirtschaftlichen Verwaltungsmätern war. General Clay hatte versucht, diese Beziehung in einer Rede zu klären. Kaisen vertrat den Standpunkt, das Problem der Rechtssprechung und der Zuständigkeit könne nur bizonal gelöst werden; er warf somit wieder die Frage nach weiteren Konferenzen der Ministerpräsidenten beider Zonen auf. Die Deutschen waren an diesem Treffen wirklich interessiert, aber sie schafften es nicht, über Diskussionen, Resolutionen und Vorschläge zu diesem Thema hinauszukommen und sich tatsächlich zu einer Konferenz zusammenzufinden. Die Amerikaner überwandten diesen toten Punkt für sie.

Eines der ersten Ergebnisse des 2. Dezember 1946, des Bevin-Byrnes-Abkommens über einen Zusammenschluß der beiden Zonen auf wirtschaftlicher Basis, war eine große Konferenz im Ruhrgebiet, die von den Militärregierungen

rikanischen und britischen Besatzungszone in Wiesbaden am 17. 2. 1947“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08; „Interne Länderratssitzung am 11. 2. 1947 . . .“, Staatskanzlei, Wiesbaden, Ig06/01; RGCO an Rossmann, 24. 2. 1947, Bundesarchiv, Länderrat Nachlaß; RGCO an Rossmann, 7. 2. 1947, Bundesarchiv, ZI/76; RGCO und Rossmann, 20. 1. 1947, Bundesarchiv, ZI/230; Rossmann to Winning, 19 February 1947, NA, OMGUS 34—2/11; OMGUS, Press Release, 19 February 1947, NA, OMGUS 1—2/4; RGCO, „Report of the Meeting of the Minister Presidents, the Ministers of Economics, & the Ministers of Labor of the U. S. & British Zones in Düsseldorf, Essen & Minden on 23, 24 and 25 January 1947“, 29 January 1947, NA, OMGUS 34—2/11; Frankfurter Rundschau, 25. Januar 1947, S. 1; Süddeutsche Zeitung, 30. Januar 1947, S. 1.

der englischen und amerikanischen Zone einberufen wurde und auf der Pläne und Programme zur Steigerung der Kohleproduktion ausgearbeitet werden sollten. An diesem Treffen nahmen Vertreter der beiden Militärregierungen, die Ministerpräsidenten, die Wirtschafts- und Arbeitsminister und andere Vertreter der beiden Besatzungszonen teil. Die Konferenz fand vom 23. bis 25. Januar 1947 statt. Die einzelnen Sitzungen wurden in Minden, Düsseldorf und Essen abgehalten. Man traf sich zu Gesprächen mit Gewerkschaftsführern und Vertretern der Verwaltung. General Clay und General Robertson unterbreiteten ihnen die Programme der Alliierten zur Steigerung der Kohleproduktion. Robertson betonte die Notwendigkeit, etwa 2000 Bergarbeiter pro Woche zusätzlich zu beschäftigen, und Clay bedeutete ihnen, sie stünden hier für 40 Millionen Deutsche, die sie hinreichend mit Kohle und Stahl versorgen und deren Transport sie ermöglichen müßten. Aus all dem wird klar ersichtlich, daß die Amerikaner und Engländer der sofortigen Lösung wirtschaftlicher Fragen gegenüber der politischen Diskussion bei weitem den Vorrang gaben. Diese Tatsache und die seit der Konferenz in Bremen immer wieder laut werdende Forderung nach weiteren bizonalen Konferenzen veranlaßten die Ministerpräsidenten, die Gelegenheit für ein eigenes Treffen in Düsseldorf zu nutzen.

Das Treffen in Düsseldorf war also nicht geplant gewesen. Es scheint auch ganz zwanglos verlaufen zu sein; jedenfalls existieren anscheinend weder Protokolle noch irgendwelche Aufzeichnungen von dieser Konferenz. Der Verlauf dieser Zusammenkunft kann deshalb nur indirekt rekonstruiert werden. Es steht jedenfalls fest, daß drei wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Die Ministerpräsidenten kamen überein, daß 1. die Vertreter der Länder in den bizonalen Ausschüssen ihre Anweisungen von den Landesregierungen zu bekommen hätten, daß 2. der Zusammenschluß der bizonalen Verwaltungsämter Aufgabe der Ministerpräsidenten sei und daß 3. ein bizonales Amt einzurichten sei, das sich mit Fragen befassen sollte, die den Friedensvertrag betreffen (Deutsches Büro für Friedensfragen)<sup>26)</sup>. Außerdem vereinbarten sie, bald wieder zusammenzukommen. Einige Teilnehmer hofften wohl, daß dies geschehen würde, bevor in der britischen Zone die Pläne für die Neubildung

<sup>26)</sup> Niederschrift über eine Besprechung der Ministerpräsidenten der amerikanischen und britischen Besatzungszone über die Einrichtung einer Leitstelle zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen, 25. Januar 1947, Staatsarchiv, Wiesbaden, Länderrat Papiere 61.

des Zonenbeirats zu einem Abschluß gebracht worden waren.

Die Entscheidung, ein „Friedensbüro“ einzurichten, ist schon ein deutlicher Beweis dafür, wie stark sich die Ministerpräsidenten verpflichtet fühlten, stellvertretend für ganz Deutschland zu handeln. Außerdem ist sie beispielhaft für die noch immer zwischen Ministerpräsidenten und Parteiführern andauernde Auseinandersetzung um die legitime Vertretung Deutschlands. Aufgabe des Friedensbüros sollte es sein, Unterlagen zusammenzutragen und vorzubereiten, auf die sich die Deutschen bei den zukünftigen Friedensverhandlungen stützen könnten. Aber man konnte sich weder in Düsseldorf noch einen Monat später in Wiesbaden, wo ein Verwaltungsausschuß gebildet wurde, einigen, wer entscheiden sollte, wie das vorbereitete Material verwendet würde. Tatsächlich geht aus den Richtlinien klar hervor, daß es dem Friedensbüro untersagt sein sollte, von diesen Unterlagen selbst Gebrauch zu machen. So ließ man die Frage erst einmal offen. Die Entwicklung des Friedensbüros ist interessant, kann aber hier nicht behandelt werden. Erwähnt werden muß lediglich, daß das Friedensbüro anfangs mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, weil die Militärregierungen, denen bewußt war, daß es sich hier um eine Einrichtung politischer Art handelte, dieses Amt nicht als bizonale Behörde genehmigen wollten. Weitere Schwierigkeiten ergaben sich, weil die Parteiführer diese Institution als ein Werk der Ministerpräsidenten ansahen und ihrer Tätigkeit aus diesem Grund besonders skeptisch und mißtrauisch gegenüberstanden. Das zeigte sich am deutlichsten im November 1947, als das Friedensbüro versuchte, ein Treffen der Ministerpräsidenten am Vorabend der Konferenz des Rates der Außenminister in London zu arrangieren. Dennoch setzte das Büro seine Arbeit fort — in erster Linie als eine Institution der amerikanischen Zone, die mit den anderen Zonen und Behörden in Verbindung stand —, bis es 1949 in die Bonner Regierung aufgenommen wurde, die es schließlich in das Außenministerium integrierte. Das Friedensbüro führte zahlreiche Untersuchungen durch, von denen einige — besonders die, die sich mit dem Besatzungsstatut befaßten — einen entscheidenden Einfluß auf spätere Entwicklungen hatten.

Aber zurück zu dem in Düsseldorf von den Ministerpräsidenten gefaßten Entschluß, sich so bald wie möglich zu einem erneuten Treffen zusammenzufinden, um über die Probleme der politischen Zusammenarbeit der beiden Zonen zu diskutieren. Erich Rossmann, der

für die Durchführung dieses Treffens verantwortlich war, versuchte für den 13. Februar 1947 in Garmisch ein Treffen zu arrangieren. Rossmann sollte die nötigen Vorbereitungen treffen, während es die Aufgabe des bayerischen Ministerpräsidenten, Hans Ehard, war, die offiziellen Einladungen auszustellen. Die Militärregierung erhob keinerlei Einwände gegen ein inoffizielles Treffen der Art, wie Rossmann es vorgeschlagen hatte, wies ihn aber darauf hin, „daß es unzulässig ist, organisatorische Maßnahmen zu treffen oder Beschlüsse zu fassen, die die jetzt bestehenden bizonalen Beziehungen berühren“<sup>27)</sup>. Rossmann kamen jedoch zeitweilig Zweifel an der Durchführbarkeit des Treffens, weil nicht alle Ministerpräsidenten der britischen Zone teilzunehmen gedachten. Nach langem Hin und Her trafen sich die Ministerpräsidenten (mit Ausnahme von Max Bauer aus Hamburg) schließlich am 16. und 17. Februar 1947 in Wiesbaden. In seiner Begrüßungsansprache sagte Ministerpräsident Christian Stock, dieses Treffen sei lediglich eine Fortsetzung der Gespräche vom Januar in Düsseldorf. Von besonderer Bedeutung war die Entscheidung der Ministerpräsidenten, ein offizielles Gesuch an die Militärregierungen zu richten, in dem sie um die Genehmigung für eine Konferenz der Ministerpräsidenten und der Vorsitzenden der bizonalen wirtschaftlichen Verwaltungsämter am 28. Februar 1947 baten. Obwohl in der Resolution nicht ausdrücklich erwähnt, gibt es andere Beweise dafür, daß die Ministerpräsidenten einen Weg suchten, die bizonalen Verwaltungsämter mit einem parlamentarischen Beirat zu verbinden. Und es gibt auch Beweise dafür, daß sie — für den Fall, daß dieses Vorhaben mißlingen sollte — eine andere Form der politischen Kontrolle vereinbart hatten<sup>28)</sup>. Was immer auch der Fall gewesen sein mag: Kurze Zeit nach der Konferenz in Wiesbaden traten Faktoren auf, die sich auf die Arbeit der Ministerpräsidenten während der vergangenen zwei Monate auszuwirken begannen — mit dem Ergebnis, daß sie ihre Bemühungen vorläufig einstellen mußten.

Die Presseberichte über die Konferenz in Wiesbaden erregten beträchtliches Aufsehen. Einige Zeitungen berichteten, ein Teil der Teilnehmer hätte sich gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrags gewandt, andere sprachen davon, die Ministerpräsidenten hätten erste Vorkehrungen getroffen, eine westdeut-

sche Regierung zu bilden, wenn die Moskauer Konferenz der Außenminister fehlschlagen sollte, und wieder andere wußten zu berichten, daß die Ministerpräsidenten ein bizonales Parlament planten<sup>29)</sup>. Die Ministerpräsidenten versuchten — auch mit Hilfe des Länderrats und ihrer Länderregierungen —, diese Übertreibung zu korrigieren und betonten, sie hätten lediglich beschlossen, ein Friedensbüro einzurichten und die Militärregierungen um die Zustimmung für ein weiteres Treffen zu bitten. Aber dazu war es bereits zu spät. Die Vorwürfe, die in der sowjetischen Presse bezüglich der Entwicklungen in den beiden Zonen laut geworden und von Marschall Sokolowski im Januar 1947 vor dem Alliierten Kontrollrat wiederholt worden waren, schienen nun — nach dem, was in der Presse berichtet worden war — berechtigt zu sein. Außerdem schienen diese von den Ministerpräsidenten angeblich getroffenen Entscheidungen weit über das hinauszugehen, was General Clay und General Draper den bizonalen Verwaltungsämtern im Oktober 1946 als Grenze für die interzonale Zusammenarbeit gesetzt hatten. Darüber hinaus schienen sie eine indirekte Kritik an der Neubildung des Zonenbeirats zu sein, die gerade in der britischen Zone stattfand. Die Konferenz der Ministerpräsidenten und der Vorsitzenden der bizonalen Verwaltungsämter wurde jedenfalls weder von General Clay noch von General Robertson genehmigt. Gleichzeitig mit der Bekanntgabe dieser Entscheidung lud Clay jedoch die Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone zu einer Konferenz am 23. Februar 1947 in Berlin ein. Christian Stock berichtete nach seiner Rückkehr am 26. Februar 1947 dem hessischen Kabinett, die endgültigen Dispositionen für die politische Zusammenarbeit hingen von dem Ausgang der Moskauer Konferenz ab. Jedenfalls würde keine Konferenz stattfinden und alle bereits getroffenen Vereinbarungen müßten rückgängig gemacht werden<sup>30)</sup>. Offensichtlich äußerte sich Hans Ehard in Bayern in ähnlicher Weise.

#### München, 5.—7. Juni 1947<sup>31)</sup>

Auf der Konferenz der Ministerpräsidenten der beiden Zonen in Bremen war beschlossen

<sup>27)</sup> RGCO an Rossmann, 7. 2. 1947, Bundesarchiv, Z1/76.

<sup>28)</sup> Länderrat an Stock, 20. 2. 1947, Bundesarchiv, Z1/230.

<sup>29)</sup> Frankfurter Rundschau, 18. Februar 1947, S. 1; 20. Februar 1947, S. 1; 22. Februar 1947, S. 1; Rossmann an RGCO, 19. 2. 1947, Bundesarchiv, Z1/76; OMGUS, Press Release, 21 February 1947, NA, OMGUS 1—2/4; Länderrat an Leiter der bizonalen Ämter und sämtliche Abteilungsleiter, 22. 2. 1947, Bundesarchiv, Z1/230.

<sup>30)</sup> Beschluß-Protokoll über die Sitzung des Kabinetts ... 26. 2. 1947, Staatskanzlei, Wiesbaden.

<sup>31)</sup> Hauptquellen: Bayerische Staatskanzlei, „Die Deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz in Mün-

worden, die Bindung der vier Zonen untereinander zu fördern. Aber diese Absicht wurde fallengelassen, als die Ministerpräsidenten ihre Aufmerksamkeit dem näherliegenden Problem der politischen Überwachung der bizonalen Verwaltung zuwandten. Es wurde bereits erwähnt, daß die Generale Clay und Robertson schließlich eingriffen, unter anderem mit dem Argument, daß in dieser Angelegenheit nichts vor der Moskauer Konferenz unternommen werden sollte. Die Moskauer Konferenz machte jedoch kaum Fortschritte. Mittlerweile gab es überall Anzeichen dafür, daß die Engländer und Amerikaner schneller denn je auf ein unabhängiges Wirtschaftsprogramm für die Bizone zusteueren. Die Reden, die John Foster Dulles zu diesem Thema gehalten hatte, erregten großes Aufsehen, besonders seitdem er als Berater Außenminister George C. Marshalls auf der Moskauer Konferenz tätig war. Am 24. März 1947 wurden die Vorschläge veröffentlicht, die Herbert Hoover Präsident Truman für den notwendigen Wiederaufbau Deutschlands unterbreitet hatte. Am 12. März war die Truman-Doktrin verkündet worden. Die Presse erging sich in Spekulationen und Berichten über eine neue Entwicklung in Westdeutschland. Clay schien am 6. Mai 1947 das zu bestätigen, was die meisten bereits wußten oder zumindest ahnten. Unter anderem sagte er, die bizonalen Verwaltungsämter würden in Frankfurt zusammengefaßt und ein zentraler Wirtschaftsrat gebildet. Einzelheiten seien noch nicht ausgearbeitet worden, dies würde aber in nächster Zukunft geschehen. Clay wußte zu dieser Zeit bereits, daß für die Bizone in Kürze ein revidierter Industriepan herausgegeben würde, erwähnte davon jedoch nichts vor dem Länderrat. Am nächsten Tag, dem 7. Mai 1947, lud der bayerische Ministerpräsident, Hans

chen vom 6. bis 8. Juni 1947", Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08 I; Protokoll der Vorbesprechung zur Ministerpräsidentenkonferenz am 4. Juni 1947 ... Bundesarchiv, Z1/729; Württemberg-Baden, Landtag, Verhandlungen, 19. Sitzung, 9. Mai 1947, S. 414—15; Bayerischer Landtag, Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 16. Sitzung, 28. Mai 1947, S. 457—58; Anton Pfeiffer, „Zerbrochenes Porzellan“, Süddeutsche Zeitung, 7. Juni 1947, S. 1; Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1955, S. 458—60; Rossmann an RGCO, 10. 5. 1947; RGCO an Rossmann, 13. 5. 1947, NA, OMGUS 34—1/11; OMGUS, Subj: Agenda of Ministers-President Conference, 6—7 June 1947, 4 June 1947, NA, OMGUS 33—1/1; OMGUS (Litchfield) to Mr. Austin Albu (British), Memorandum, Munich Conference of Land Ministers-President and Hansestädte Oberbürgermeister, 6—7 June 1947, NA, OMGUS 256—2/17; Rossmann an RGCO, 9. 6. 1947, NA, OMGUS 42—3/11; RGCO to OMGUS, 14 June 1947, NA, OMGUS 256—2/17.

Ehard, die Ministerpräsidenten aller vier Zonen zu einer Konferenz in München ein.

Denkt man an Bremen, Düsseldorf, an das Treffen, das in Garmisch stattfinden sollte, an Wiesbaden und an die Verzögerungen, die sich ergeben hatten, weil man auf die Ergebnisse der Moskauer Konferenz wartete, so erscheint Ehards Initiative ganz logisch. Wie verlautet, einigte er sich diesbezüglich mit Clay während eines inoffiziellen Gesprächs auf einer Versammlung des Länderrats am 6. Mai. Er sprach später davon, daß der Vertreter Bayerns in Stuttgart schon früher Verbindungen aufgenommen hätte. Obwohl das Gespräch zwischen Clay und Ehard in den Akten der Länderratssitzungen vom 6. Mai nicht verzeichnet ist, spiegelt sich in ihnen doch Ehards unmittelbare Zielsetzungen wider, seine Motivation und seine Ansätze zu einer Annäherung an Clay. Auf einer geschlossenen Sitzung am 6. Mai 1947 diskutierte Clay mit den Mitgliedern des Länderrats über die üblichen Themen wie Lebensmittellieferungen, Kontingent der Lebensmittelproduktion, Entnazifizierung und über Probleme des Ex- und Imports. Clay berichtete von den gegenwärtigen Plänen für eine Neuordnung in den beiden Zonen. Man wolle die fünf Verwaltungsämter in Frankfurt zusammenziehen und einen stellvertretenden Rat bilden, der befugt sein solle, über wirtschaftliche Fragen zu entscheiden. Außerdem erörterte man die Kontrolle der früheren nationalen Verwaltungen. Anschließend bemerkte Clay: „Was Sie brauchen, ist eine Regierung, und ich weiß ebenso genau wie Sie, was das Fehlen einer solchen Regierung bedeutet.“<sup>32)</sup> Vielleicht nutzte Ehard diese Bemerkung, um an Clay mit der Bitte um eine Konferenz der Vertreter aller vier Zonen heranzutreten. Clays Bericht über die Zentralisierung in den beiden Zonen und ein Bericht Rossmanns über die Zusammenfassung in der britischen Zone am Tag vorher waren zweifellos der Anlaß für Ehards Initiative. Auf amerikanischer Seite war man zu der Zeit der Ansicht, Ehard fürchte, daß die Zentralisierung der beiden Zonen die Rechte der Länder aufheben und die Länder dem Wirtschaftsrat völlig unterordnen würde<sup>33)</sup>.

Ehard sagte in seiner Einladung: „Das deutsche Volk ist physisch und seelisch nicht mehr fähig, einen neuen Winter mit Hungern und Frieren im Wohnungselend zerstörter Groß-

<sup>32)</sup> „Interne Besprechung mit General Clay am 6. 5. 47“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08/01.

<sup>33)</sup> OMGUS, CAD, to Military Governor, Subj: Discussions with Ministers-President Regarding Bizonal Reorganization, May 28, 1947, NA, OMGUS 166—3/3.

...ie, in wirtschaftlicher Auszehrung und in politischer Hoffnungslosigkeit abzuwarten.“<sup>34)</sup> Er schlug vor, „durch diese Tagung den Weg zu ebnen für eine Zusammenarbeit aller Länder Deutschlands im Sinne wirtschaftlicher Einheit und künftiger politischer Zusammenfassung“<sup>35)</sup>. Drei Tage später erklärte Ehard auf einer Pressekonferenz, seine Regierung beriefe dieses Treffen ein — enttäuscht darüber, daß es der Moskauer Konferenz weder gelungen sei, eine wirtschaftliche Einheit zu verwirklichen noch sich über einen „politischen Oberbau“ zu einigen<sup>36)</sup>. Reinhold Maier, der am 9. Mai 1947 vor dem württemberg-badischen Landtag sprach, äußerte ähnliche Hoffnungen und Ansichten. Er meinte, es sei richtig gewesen, daß man auf deutscher Seite davon Abstand genommen hätte, vor Ablauf der Moskauer Konferenz etwas zu unternehmen. „Nach ihrem ergebnislosen Verlauf müssen wir Deutsche jedoch selbst handeln und durch die Gesamtheit der deutschen Landesregierungen ... einen entschiedenen und entschlossenen Schritt zur Rettung unseres Volkes und zur Erhaltung unserer deutschen Vaterlandes unternehmen.“<sup>37)</sup>

Ganz gleich aus welchen Gründen Ehards Einladung ergangen war und welchen Zielen sie dienen sollte: sie war die Ursache für einen Streit oder Zwischenfall, der einige verborgene — grundsätzliche — Probleme zum Vorschein brachte, die schon die Alliierten in Moskau und die Deutschen in Bremen untereinander gespalten hatten. Die sozialdemokratische Partei bezweifelte in aller Öffentlichkeit, daß die Ministerpräsidenten, wie Ehard es annahm, das gesamte deutsche Volk vertreten könnten. Wie verlautet, prophezeite der SPD-Vorstand in Hannover, daß das Treffen Ehards ebenso wie damals Kaisers Konferenz in Bremen scheitern würde. Kurt Schumacher soll am 18. Mai 1947 in einer Rede in Kassel gesagt haben, „daß sich kein sozialdemokratischer Ministerpräsident mit Vertretern der SED an einen Verhandlungstisch setzen könne, solange die Sozialdemokratie in der Ostzone nicht als gleichberechtigte Partei anerkannt sei“<sup>38)</sup>. In der Presse kam auch ein SED-Sprecher aus Thüringen zu Wort, der ebenfalls Bedenken gegen die Anmaßung Ehards hatte, die Ministerpräsidenten als Vertreter Gesamtdeutschlands zu legitimieren.

<sup>34)</sup> Bayerischer Landtag, Verhandlungen, 16. Sitzung, 28. Mai 1947, S. 457—58.

<sup>35)</sup> Württemberg-Baden, Landtag, Verhandlungen, 19. Sitzung, 9. Mai 1947, S. 414—15.

<sup>36)</sup> Süddeutsche Zeitung, 10. Mai 1947, S. 1.

<sup>37)</sup> Württemberg-Baden, Landtag, Verhandlungen, 19. Sitzung, 9. Mai 1947, S. 414—15.

<sup>38)</sup> Süddeutsche Zeitung, 20. Mai 1947, S. 1.

Ehard erkannte die schwerwiegende Bedeutung der Auseinandersetzung zwischen SPD und SED für die Zukunft Deutschlands offensichtlich erst in ihrer ganzen Tragweite, als er sich mit dieser Kritik konfrontiert sah. Diese Kritik und die durch sie gewonnene Erkenntnis bewogen ihn dazu, seine Versprechen politischen Inhalts etwas mehr in den Hintergrund zu stellen und die Betonung stärker auf die praktischen, wirtschaftlichen Vorteile zu legen, die auf dieser Konferenz erzielt werden könnten. Am 28. Mai 1947 verteidigte er sich vor dem bayerischen Landtag gegenüber seinen Kritikern und sagte, er habe nicht die Absicht gehabt, Deutschland zu spalten, die Idee zu diesem Treffen sei nicht von außen gekommen, und es habe ihm ferngelegen, Bestrebungen um eine nationale Vertretung zu vertuschen. Aber am selben Tag zwangen ihn die Ministerpräsidenten der sowjetischen Zone und die SED dazu. Telegraphisch baten sie darum, man möge auf der Konferenz sowohl politische als auch wirtschaftliche Fragen behandeln, hauptsächlich jedoch Fragen der deutschen Einheit. Außerdem möge man Vertreter der Parteien und Gewerkschaften einladen und das Treffen nach Berlin verlegen. Ehard antwortete am 30. Mai, die Verlegung der Konferenz nach Berlin sei nicht mehr möglich, weil die Vorbereitungen für München schon zu weit fortgeschritten seien. Außerdem sei diese Zusammenkunft nur ein erster Schritt. Über die von den Ministerpräsidenten vorgeschlagenen Themen könne man auf den Zusammenkünften diskutieren, die zur Vorbereitung und Festlegung der Tagesordnung für den 4. und 5. Juni anberaumt seien.

Ehards Antwort auf die Bitte aus der sowjetischen Zone, die Konferenz nach Berlin zu verlegen, war eindeutig negativ, die anderen Punkte beantwortete er jedoch ausweichend. Aber weder die SPD noch die französische Militärregierung gaben sich mit Ausreden und Verschiebungen auf einen späteren Zeitpunkt zufrieden. Von Thilo Vogelsang erfahren wir, daß die Ministerpräsidenten der britischen Zone am 30. Mai beschlossen, unter keinen Umständen ihre Zustimmung zur Erörterung politischer Themen in München zu geben. Ungefähr zur gleichen Zeit berichtete Schumacher den Teilnehmern der SPD-Konferenz in Frankfurt, die Münchener Konferenz sei nicht befugt, über Deutschlands zukünftige Verfassung und über das Verhältnis der Länder zu Gesamtdeutschland zu diskutieren. Genauso wenig habe sie das Recht, die Sozialdemokraten auf eine bestimmte Politik anderer Parteien gegenüber festzulegen<sup>39)</sup>. Presse-

<sup>39)</sup> Ebenda, 3. Juni 1947, S. 1.

berichten zufolge hatte das französische Außenministerium am 30. Mai die Teilnahme der Ministerpräsidenten der französischen Zone (mit Ausnahme des Saarlandes) unter der Bedingung genehmigt, daß man auf der Konferenz nicht über die von Ehard angekündigte Absicht, wirtschaftliche Probleme zu behandeln, hinausginge und nicht über den politischen Wiederaufbau diskutiere<sup>40)</sup>. Bei dieser Gelegenheit stellte das Außenministerium noch einmal fest, Frankreich habe seine Einstellung zur Ruhrgebietsfrage und zu dem Problem der Trennung des Rheinlands von Deutschland nicht geändert — eine Erklärung, die vielleicht darauf schließen läßt, daß Frankreich auf jeden Fall mit politischen Diskussionen in München rechnete. Am 3. Juni hieß es in der „Süddeutschen Zeitung“: „Schon mit Rücksicht auf die zum Teil auseinandergehenden Standpunkte der vier Besatzungsmächte ist eine Begrenzung der zur Aussprache kommenden Themen notwendig.“ Weiter wurden die Punkte aufgezählt, die nicht behandelt werden sollten: „Staatsrechtliche Fragen hinsichtlich des zukünftigen staatlichen Aufbaus Deutschlands, Fragen des Finanzausgleichs, die bei der Behandlung des Steuerproblems leicht aufgeworfen werden könnten, Grenzfragen und Reparationen.“<sup>41)</sup>

Unrichtig ist, daß General Clay am 6. Mai 1947 — also bevor die Einladungen zu der Konferenz ausgesprochen wurden — die Diskussion politischer Themen verbot. Trotz der Hinweise auf Clays Verbot, die man so häufig in der Literatur über die Konferenz in München findet, gibt es keinen Beleg dafür, daß Clay die Tagesordnung zusammen mit Ehard überprüfte, bevor dieser die Einladungen aussprach. Tatsächlich steht aber fest, daß zu dieser Zeit noch gar keine Tagesordnung vorhanden war. Es gibt auch keine Beweise dafür, daß Clay seine Genehmigung der politischen Diskussion von irgendwelchen Bedingungen abhängig machte. Alles, was Ehard unternahm, nachdem er am 6. Mai von Clay die Genehmigung für diese Konferenz erhalten hatte, bestätigte dies recht überzeugend: seine Einladung am 7. Mai, seine Pressekonferenz am 10. Mai und seine Ansprache am 14. Mai im Rundfunk weisen auf eine mögliche politische Diskussion hin.

Die Bedingungen Frankreichs sind jedoch eine verbürgte Tatsache. Aber sie wurden in den Verhandlungen erst sehr spät gestellt, und zwar erst, als bereits feststand, daß sich Ehard von seinen politischen Themen fortbewegte

und zu kurzfristigen, insbesondere wirtschaftlichen Problemen übergang, nämlich wie man am besten den nächsten Winter überstehen könnte. Untersuchungen, die nachträglich angestellt wurden, zeigen deutlich, daß die Bedingung Frankreichs nicht von so entscheidender Bedeutung ist, wie manchmal angenommen wird. Einige Beispiele dazu müssen genügen. Carlo Schmid, der aus der französischen Zone kam und somit die Sachlage hätte kennen müssen, berichtete nach der Konferenz vor seinem Landtag, die Deutschen hätten nicht über Politik sprechen wollen, um zu verhindern, daß das erste Treffen bereits alle weiteren Konferenzen unmöglich mache. Außerdem, so sagte er, habe es Teilnehmer gegeben, die nicht daran glaubten, daß die Ministerpräsidenten ihre Zuständigkeit über die Grenzen ihrer Länder hinaus ausdehnen könnten. „Eine deutsche Gesamtpresentation, meinten diese Herren, käme ausschließlich den deutschen politischen Parteien zu.“<sup>42)</sup> Schmid sagte weiter, wenn es den Ministerpräsidenten der russischen Zone gelungen wäre, die Diskussion politischer Fragen auf die Tagesordnung zu setzen, so wäre die Konferenz nicht nur aus innenpolitischen, sondern auch aus außenpolitischen Gründen gescheitert, die er jedoch — wie er sagte — lieber nicht näher erläutern wolle. Ein anderer Ministerpräsident, Hermann Lüdemann aus Schleswig-Holstein, berichtete seinem Landtag, die Annahme des von der russischen Zone für die Tagesordnung vorgeschlagenen Punktes hätte sicherlich eine politische Demonstration zur Folge gehabt, die die westlichen Ministerpräsidenten jedoch „unter allen Umständen“ vermeiden wollten. Außerdem, so sagte er, hätten die Vertreter der französischen Zone beträchtlichen Beschränkungen durch ihre Militärregierung unterlegen<sup>43)</sup>. Wilhelm Boden, der später von Wilhelm Högner als der Mann identifiziert wurde, der am 5. Juni gesagt hatte, die von der französischen Militärregierung gemachten Einschränkungen zwängen ihn dazu, die Sitzung zu verlassen, falls der von der russischen Zone vorgeschlagene Punkt auf die Tagesordnung gesetzt würde, sagte später vor seinem Landtag, keiner der westlichen Ministerpräsidenten sei mit diesem von der russischen Zone vorgeschlagenen Punkt einverstanden gewesen. Er unterließ es, von der französischen Bedingung zu sprechen<sup>44)</sup>. Die Ministerpräsidenten

<sup>40)</sup> Württemberg-Hohenzollern, Landtag, Verhandlungen, 2. Sitzung, 12. Juni 1947, S. 5.

<sup>41)</sup> Schleswig-Holstein, Landtag, Wortprotokoll, 2. Sitzung, 13. Juni 1947, S. 6—9.

<sup>42)</sup> Wilhelm Högner, *Der Schwierige Außenseiter*, München 1959, S. 292; Rheinland-Pfalz, Landtag, Stenographischer Bericht, 13. Juni 1947, S. 15—19.

<sup>43)</sup> Ebenda, 31. Mai 1947, S. 1; Die Neue Zeitung, 2. Juni 1947, S. 1.

<sup>44)</sup> Süddeutsche Zeitung, 3. Juni 1947, S. 1.

der russischen Zone erschienen erst im letzten Augenblick und ohne Experten auf der Konferenz (was möglicherweise auf die Absicht hindeutet, nicht aktiv an der Konferenz teilzunehmen). Dem Bericht eines amerikanischen Verbindungsoffiziers zufolge, der sich auf Gespräche mit Teilnehmern dieser Konferenz stützt, hätte der Auszug der Ministerpräsidenten vermieden werden können, wenn man „von der Haltung der Ministerpräsidenten aus dem Norden, der SPD und von Herrn Dr. Schmidt [sic] (Tübingen in der französischen Zone)“ absieht<sup>45)</sup>.

Der Hauptteil der Konferenz fand eigentlich am 6. und 7. Juni 1947 statt, aber nach dem Vorfall am Abend des 5. Juni erschien alles andere unbedeutend. Nachdem die Vertreter der russischen Zone bis zur letzten Minute die Frage offengelassen hatten, ob sie überhaupt an der Konferenz teilnehmen würden, erschienen am 5. Juni vier Ministerpräsidenten ohne Experten und Berater auf diesem Treffen. Sie erhoben die Forderung, daß das von ihnen angegebene Thema als Punkt 1 auf die Tagesordnung gesetzt würde. Es lautete: „Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch Verständigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates.“ Daraufhin erhob sich eine große Debatte; allerdings ist darüber bisher nichts veröffentlicht worden, wenn überhaupt ein Protokoll geführt wurde. Während der Debatte sagte Wilhelm Boden aus Rheinland-Pfalz, also aus der französischen Zone, er wäre gezwungen, die Konferenz zu verlassen, wenn dieser Punkt angenommen würde. Schließlich zogen sich die Ministerpräsidenten der russischen Zone zu einer Beratung zurück, während der sie sich auch mit Ehard unterhielten und an der auch der Ministerpräsident von Brandenburg, Karl Steinhoff, teilnahm, der erst später gekommen war. Da sie keine zufriedenstellende Einigung erzielen konnten, verließen die Ministerpräsidenten der russischen Zone die Konferenz. Zwei Vermittlungsversuche wurden im Laufe des Abends unternommen — von Ferdinand Friedensburg aus Berlin und von Friedensburg zusammen mit Kaisen aus Bremen. Keiner der beiden Versuche erwies sich jedoch als erfolgreich, obwohl Reinhold Maier später vor seinem Landtag sagte, er und Kaisen hätten einen Kompromiß ausgearbeitet, der sicherlich brauchbar gewesen wäre, wenn die Teilnehmer eine Verständigung wirklich ge-

wollt hätten<sup>46)</sup>. Sie hätten eine sehr kurze Tagesordnung vorgeschlagen, die eine Diskussion politischer Themen gestattet hätte — allerdings ohne spätere Resolutionen. Er ließ sich jedoch nicht näher darüber aus, warum dieser Kompromiß nicht zustande kam.

Auf der Hauptkonferenz sprach Ehard die Begrüßungs- und Schlußworte, Berichte zu der Lage der deutschen Kriegsgefangenen wurden vorgetragen, Ernährungsprobleme wurden allgemein behandelt, ebenso wie die Ernährungs- und Gesundheitsprobleme Berlins. Ferner wurden Referate über den Stand der Wirtschaft, über das Flüchtlingsproblem und zu dem vorgeschlagenen Besatzungsstatut gehalten. Zu all diesen Punkten und zur Entnazifizierung wurden Resolutionen verabschiedet. Außerdem richtete man einen Aufruf an die Deutschen, die während des Naziregimes ins Ausland geflohen waren, nach Deutschland zurückzukehren. Außerdem forderte man die Deutschen in der ganzen Welt auf, mit ihrem Einfluß Deutschland rehabilitieren zu helfen. Sie sollten kommen und selbst sehen, daß ihre Landsleute in Deutschland in Frieden leben wollten. Ehard sandte die Resolution an die alliierte Kontrollbehörde und bat um eine Audienz für eine Abordnung der Ministerpräsidenten. Die Ministerpräsidenten der russischen Zone sandten ein eigenes Gesuch an den Kontrollrat. Nach langen Diskussionen auf den verschiedensten Ebenen des Kontrollrats wurden am 30. Juli 1947 beide Gesuche ohne Beschluß von der Tagesordnung gestrichen.

#### Wiesbaden, 15.—16. Juni 1947<sup>47)</sup>

In einem Bericht über die Ergebnisse der Münchener Konferenz bemerkte Reinhold Maier vor dem württemberg-badischen Landtag, Deutschland könne sich nicht viele solcher Fehlschläge wie in München leisten<sup>48)</sup>. Die volle Bedeutung dieser Worte zeigte sich nur wenige Tage später in Wiesbaden, als die Militärregierungen der amerikanischen und englischen Zone den Deutschen einige Resultate des Abkommens vorlegten, das Marshall

<sup>45)</sup> RGCO to OMGUS, 14 June 1947, Subj: Munich Conference of Minister Presidents, NA, OMGUS 256—2/17, sieben der 12 Ministerpräsidenten der Westzonen waren Sozialdemokraten.

<sup>46)</sup> Württemberg-Baden, Landtag, Verhandlungen, 25. Sitzung, 11. Juni 1947, S. 577—80; Wilhelm Kaisen, Meine Arbeit, mein Leben, München 1967, S. 244—45.

<sup>47)</sup> „Konferenz der Ministerpräsidenten der britischen und amerikanischen Besatzungszone... Vor-konferenz am Sonntag, dem 15. Juni 1947...“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08/II; „Kurzprotokoll der Ministerpräsidentenkonferenz am 16. Juni 1947...“, Staatsarchiv, Wiesbaden, Länderrat Papiere, 24; „Konferenz der Ministerpräsidenten der US-Zone und der britischen Zone in Wiesbaden am 15. und 16. Juni 1947“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08/II.



und Bevin in Moskau getroffen hatten. Das Abkommen sah eine Veränderung in der Struktur der Bizone und eine Änderung in der Liste der Reparationen vor. Außerdem sollte der Stand der Industrie gehoben werden. Besatzungsmächte neigen von Natur aus dazu, willkürlich zu handeln. Nach der Konferenz in München hatten die Militärregierungen Deutschlands die Möglichkeit dazu, da sie klar hatten erkennen können, daß die Vertreter Deutschlands untereinander hoffnungslos zerstritten waren. Wenn irgend jemand aus der Konferenz von München eine Lehre zog, dann waren es die Alliierten. Sie gelangten zu der Ansicht, daß die Deutschen wohl nicht fähig sein würden, selbst ein positives Programm zu entwickeln, das den momentanen Erfordernissen gerecht und somit eine Besetzung unnötig machen würde. Ebenso wenig glaubten sie daran, daß den Plänen der Militärregierungen ein organisierter, wirksamer Widerstand entgegen gesetzt würde.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten in Wiesbaden wurde von den Militärgouverneuren der Bizone einberufen. Auf dieser Konferenz sollten Verbindungsoffiziere der Alliierten mit den Ministerpräsidenten über die Durchführung der Proklamation Nr. 5 — eine von den beiden Militärregierungen nach nur wenigen Gesprächen mit den Deutschen fertig ausgearbeitete Urkunde — diskutieren. Diese Proklamation reorganisierte die bizonalen Verwaltungsämter, verlegte sie nach Frankfurt und schuf drei neue Einrichtungen: einen Wirtschaftsrat, einen Exekutivausschuß und ein Direktorium (bizonale Verwaltungen). Den Aufzeichnungen über die Besprechungen — der Vorkonferenz der Experten am 15. Juni und der Konferenz der Ministerpräsidenten am 16. Juni — kann man eine tiefe Enttäuschung der Deutschen darüber entnehmen, daß man sie an der Planung nicht hatte teilnehmen lassen, besonders nachdem sie 1946 die Originalverträge ausgehandelt hatten. Edward Litchfield, der Vertreter der amerikanischen Militärregierung, stellte die Proklamation jedoch als endgültig hin und ließ sich, wie die Unterlagen zeigen, nur auf Diskussionen mit den Ministerpräsidenten ein, wenn sie der Klarstellung, Erklärung oder genauen Darlegung dienten.

In einem Fall jedoch — als die Kompetenzen und Verpflichtungen des Exekutivausschusses zur Sprache kamen — versuchten die Ministerpräsidenten, die Diskussion auf grundsätzliche Probleme zu lenken. Im Exekutivausschuß sollte jede Landesregierung durch ein Mit-

glied vertreten sein. Das Problem war nun: konnten sich die Ministerpräsidenten in diesen neuen bizonalen Apparat in einer Weise einfügen, daß es den Ländern möglich war, effektiv politische Kontrolle über die Gesetzgebung und die Entscheidungen der Bizone auszuüben. Es hat sich ja gezeigt, daß dies, zumindest seit der Konferenz am 4. und 5. Oktober 1946 in Bremen, das primäre Anliegen der Ministerpräsidenten war. Die Aufzeichnungen zeigen, daß Christian Stock, Hessen, und Max Brauer, Hamburg, fest entschlossen waren, den Rat der Ministerpräsidenten irgendwie in diese Organisation einzugliedern. Es wurde der Vorschlag gemacht, eventuell den Exekutivausschuß in einen „Bundesrat“ und den Wirtschaftsrat in einen „Reichsrat“ umzugliedern. Brauer behauptete, die Ministerpräsidenten könnten sich selbst in den Exekutivausschuß berufen, wenn es der Wunsch der Deutschen sei. General Robertson habe ihm seine Zustimmung dazu gegeben. Stock war der Ansicht, die Bemerkungen General Clays vom 3. Juni vor dem Länderrat gestatteten einen derartigen Schritt. Aber während dieser Diskussion entfernten sich die Ministerpräsidenten in ihren Ansichten wohl immer mehr voneinander, anstatt sich zu einigen, und so wurde keine Übereinkunft erzielt. Die Dokumente lassen erkennen, daß von bayerischer Seite während der Vorkonferenz der Experten Einwendungen gemacht wurden; aber auch von anderer Seite wurden Einsprüche erhoben. Litchfield löste das Problem. Auf eine direkte Frage aus dem Sitzungssaal antwortete er, die Ministerpräsidenten könnten in dem Exekutivausschuß nicht tätig werden; er erklärte, dies sei auch General Clays Meinung. Die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten zogen sich zur Beratung zurück und erreichten schließlich, daß wenigstens eine vage und dürftige Resolution angenommen wurde, die besagte, daß ein „Mitglied im Verwaltungsrat Vertrauensmann seiner Regierung ist“.

Wenn man das Verhältnis der Ministerpräsidenten zu den Militärregierungen in den Jahren 1946 und 1947 miteinander vergleicht, so zeigt sich recht deutlich, daß die Ministerpräsidenten gegenüber 1946 an Einfluß, Wohlwollen und Sympathie verloren hatten. 1946 ermutigten die Militärregierungen die Ministerpräsidenten, Konferenzen abzuhalten, eigene Initiativen zu entwickeln und die Einheit aller Zonen zu fördern. Die Alliierten halfen, die Konferenzen zu arrangieren, die Transportmittel zu beschaffen und vieles mehr. 1947 schien ihr Bestreben in genau die entgegengesetzte Richtung zu gehen: die Militärregie-

<sup>49)</sup> Württemberg-Baden, Landtag, Verhandlungen, 25. Sitzung, 11. Juni 1947, S. 579.

rungen verständigten sich untereinander, riefen dann die Ministerpräsidenten zusammen, um sie von ihrer Entscheidung in Kenntnis zu setzen — lehnten es praktisch aber ab, sich mit ihnen zu „beraten“. Die Erfolglosigkeit und Hilflosigkeit der Deutschen angesichts dieser veränderten Beziehungen und angesichts der Entschlossenheit der Militärregierungen, nach der Konferenz in Moskau rasch zu handeln, spiegelt sich wahrscheinlich am deutlichsten in Hans Ehards hoffnungsvollen Worten in Wiesbaden wider (oder sollten diese Worte eine Warnung sein?): „Es ist auch sehr zweifelhaft, ob der Experte, der heute hier erschienen ist, die letzte authentische Erklärung abgeben konnte.“<sup>49)</sup>

### Wiesbaden, 22. Oktober 1947<sup>50)</sup>

Diese Situation hatte sich kaum verändert, als die Ministerpräsidenten das nächste Mal in Wiesbaden zusammenkamen. Man war sich immer noch nicht einig, wie man nun vorgehen wollte; offensichtlich gab es auch immer noch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. Die Besatzungsbehörden — ermutigt durch den Marshallplan und angetrieben durch gelegentliche Kritik aus London und Washington an einigen Maßnahmen der von ihnen verfolgten Besatzungspolitik — waren fester denn je zum Handeln entschlossen. In Übereinstimmung mit dem neuen Industriepan, der Ende August 1947 verkündet worden war, gaben die amerikanischen und britischen Militärregierungen am 17. Oktober 1947 in Berlin eine neue Demontageliste heraus. Danach sollten 682 Fabrikanlagen bzw. Teile von Fabrikanlagen demontiert werden. Dieses Verzeichnis bedeutete gegenüber dem Industriepan von 1946, nach dem — wie es heißt — 1636 Fabrikanlagen

<sup>49)</sup> „Konferenz der Ministerpräsidenten der US-Zone ... am 15. und 16. Juni 1947“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08/II.

<sup>50)</sup> Hauptquellen: Die Neue Zeitung, 20. Oktober 1947, S. 1; Frankfurter Rundschau, 23. Oktober 1947, S. 1; Württemberg-Baden Staatsministerium an Rossmann, 23. 10. 1947; Bayerische Staatskanzlei an Rossmann, 31. 10. 1947, Bundesarchiv, Länderrat Nachlaß; Communiqué und diverse Schriftstücke in Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08/II; Erich Köhler, Ohne Illusionen, Politik der Realitäten, Wiesbaden 1949, S. 27—44; Württemberg-Baden, Landtag, Verhandlungen, 50. Sitzung, 31. Oktober 1947, S. 1224; Bayerischer Landtag, Verhandlungen, 32. Sitzung, 30. Oktober 1947, S. 98—129; 33. Sitzung, 31. Oktober 1947, S. 133—39; Nordrhein-Westfalen, Landtag, Stenographischer Bericht, 17. Sitzung, 29. Oktober 1947, S. 1—54; „Erklärung der Vorsitzenden des Zweimächte-Kontrollamtes hinsichtlich der Frage der Reparationen aus der Bizone, 28. Okt. 1947“, VWG, Besprechungen, Bundestagsbibliothek; „Kurzprotokoll, Sechszwanzigste Tagung des Länderrats am 4. November 1947“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 106/01.

bzw. Teile von Fabrikanlagen hätten demontiert werden müssen, eine erhebliche Reduktion. In einer Presseverlautbarung stellten die Militärregierungen fest, dieses Verzeichnis sei endgültig, und es würden keine größeren Veränderungen mehr vorgenommen. Sie gaben zu, daß diese Demontagen eine zeitweilige Arbeitslosigkeit, Erschütterungen in der Wirtschaft und andere Schwierigkeiten mit sich brächten, behaupteten aber, dies sei einer der Nachteile, die Deutschland auf sich nehmen müsse, um den anderen Ländern gerecht zu werden, die unter der deutschen Aggression gelitten hätten.

Schon geraume Zeit kritisierten sowohl Deutsche als auch viele Alliierte das gesamte Demontageprogramm. Im allgemeinen argumentierten die Kritiker, die Industriewerke würden mehr zum Wiederaufbau Europas beitragen, wenn man sie in Deutschland sofort die Produktion aufnehmen lassen würde. Etwas später behaupteten sie, die durch die Demontage verursachten Verzögerungen würden sich nachteilig auf den Marshallplan auswirken, und bedingt durch den Arbeitsaufwand, den diese Demontage und der spätere Abtransport erfordere, verringere sich Deutschlands Beitrag zum Marshallplan. Außerdem würden die Reparationen durch die Demontage und den Abtransport eher von Einzelpersonen als von der ganzen Nation getragen. Speziell zu dem Demontageverzeichnis vom 17. Oktober sagten die Kritiker, dieses Verzeichnis sei ohne vorherige Rücksprache aufgestellt worden. Sie beanstandeten die nur vierzehntägige Frist für Änderungsvorschläge und meinten, dies sei kein Ersatz für eine Beratung.

Die Ministerpräsidenten der britischen und amerikanischen Zone trafen sich am 22. Oktober 1947 noch einmal in ihrer Eigenschaft als Vertreter Deutschlands in Wiesbaden, um sich über dieses neue Verzeichnis zu beraten und ihre Antwort darauf zu erwägen. Ferner nahmen die Arbeits- und Wirtschaftsminister beider Zonen und Vertreter des bizonalen Wirtschaftsrats und des Exekutivausschusses an dieser Konferenz teil. Das Treffen war ganz kurzfristig von dem Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens, Karl Arnold, gefordert worden, der sowohl von der Arbeiterschaft als auch von den Unternehmensleitungen des Ruhrgebiets gedrängt worden war, endlich etwas zu unternehmen. Arnold berichtete General Robertson am 18. Oktober, im Ruhrgebiet herrsche Panikstimmung<sup>51)</sup>. In der Eile wurde die Konferenz nur schlecht vorbe-

<sup>51)</sup> Frankfurter Rundschau, 21. Oktober 1947, S. 1.

reitet. Deshalb existieren auch nur wenige Unterlagen, anhand derer man das Treffen rekonstruieren kann. Dennoch läßt dieses Material einige Dinge ganz klar erkennen.

Der Wirtschaftsdirektor der Bizone, Johannes Semler, hielt auf dieser Konferenz eine bedeutende Rede. Sie enthielt vor allem die Aufforderung an die Ministerpräsidenten, etwas zu unternehmen, damit die Demontagen nicht Deutschlands Wiederaufbau verhindern würden. Außerdem kritisierte Semler das Versäumnis der Alliierten, die Reparationen zu berücksichtigen, die Deutschland bereits in Form von Kriegsbeute, Wiedergutmachungen und Besatzungskosten abgezahlt hatte. Er wies auf den Abtransport einzelner Maschinen hin — die sogenannten „multilateral removals“ —, der bereits seit mindestens Ende 1946 im Gange war, und zeigte ganz allgemein die Schwierigkeiten auf, auf die die Bizone bei ihren Bemühungen um Fremdwährungskredite gestoßen war.

Am Schluß der Konferenz gaben die Teilnehmer ein Pressecommuniqué heraus, das in sehr zurückhaltendem Ton gehalten war und die wichtigsten der von deutscher Seite gemachten Vorbehalte artikuliert. Es schloß mit der Feststellung, der Entschluß zur Demontage sei einseitig von den Besatzungsmächten gefaßt worden; diese müßten nun auch die Verantwortung dafür übernehmen.

Aus dem Inhalt des Kommuniqués deutet nichts auf die ernsthaften Meinungsverschiedenheiten hin, die sich während der Konferenz immer wieder gezeigt hatten. So gab es in Wiesbaden eine Gruppe, die die Gelegenheit nutzen wollte, die deutsche Bevölkerung zum Handeln aufzurufen. Darunter verstanden sie Demonstrationen, Protestversammlungen, Amtsniederlegungen, Streiks usw. Eine andere Gruppe war fest entschlossen, einen gemäßigten und besonnenen Kurs zu verfolgen. Das brachte aber wieder die schwerwiegende Frage auf, wie man denn vorgehen sollte. Der bizonale Wirtschaftsrat war logischerweise die Stelle, die noch am ehesten zu den beiden Militärregierungen hinführte, und zwar über das Bipartite Control Office in Frankfurt. Aber was heißt „logischerweise“ — es gab gar keine andere Organisation, die diese kurze Frist von 14 Tagen einhalten konnte. Dem bizonalen Wirtschaftsrat war jedoch bereits definitiv mitgeteilt worden, er habe keinerlei Einfluß auf die Demontage, die Militärregierungen würden sich die Entscheidungen über Reparationen und Demontage selbst vorbehalten, und es würden weder Eingaben noch Erklärungen noch Vor-

schläge zu diesem Thema vom Wirtschaftsrat entgegengenommen<sup>82)</sup>. Außerdem hatten einige Ministerpräsidenten grundsätzlich etwas gegen eine Tätigkeit des Wirtschaftsrats unabhängig von den Landesregierungen. Ein Kompromiß wurde geschlossen, der den gemäßigten Kurs begünstigte: Semler sollte sich mit den Wirtschafts- und Arbeitsministern der Länder verbinden und mit ihnen das Projekt der Demontage untersuchen. Anschließend würden sie noch einmal einen Versuch unternehmen, diese Angelegenheit mit den Militärregierungen zu besprechen, aber nur dann, wenn in beiden Zonen völlige Übereinstimmung erzielt werden könnte.

Daß der von Semler zu diesem Zweck gebildete Ausschuß kaum Erfolg haben konnte, war im Hinblick auf die Haltung der Militärregierung und auch wegen des Kompromisses, den die Ministerpräsidenten in Wiesbaden geschlossen hatten, fast zu erwarten. Der Ausschuß hatte am 28. Oktober 1947 zwar tatsächlich eine Begegnung mit Vertretern der Militärregierung. Diese Begegnung erschöpfte sich jedoch in einem Vortrag über Umsicht und Vernunft von Clarence Adcock, dem amerikanischen Mitglied des Bipartite Control Office. Einen Tag später verabschiedete der Wirtschaftsrat eine Resolution, in der es hieß, die Militärregierung habe die Demontageliste herausgegeben, nachdem sie die Deutschen davon in Kenntnis gesetzt hätte, daß alle Entscheidungen, die die Reparationen und den Stand der Industrie betreffen, der Militärregierung vorbehalten seien.

Die Konferenz in Wiesbaden war im Augenblick ganz offensichtlich ein Mißerfolg. Auf die Dauer gesehen hatte sie jedoch eine nicht unerhebliche Wirkung. Sie lieferte den ausländischen Kritikern der Demontage, besonders einigen Abgeordneten des amerikanischen Kongresses, die auch an dem Marshallplan interessiert waren, wichtiges Material und weckte auch das öffentliche Interesse. Die Herter-Kommission, Senator Styles Bridges, John Taber — Kongreßabgeordneter — und viele andere erzwangen schließlich eine Änderung und dann die völlige Aufgabe des Demontageprogramms. Zu einem nicht unerheblichen Teil war ihr Erfolg auch auf die Information und die Unterstützung zurückzuführen, die ihnen die Vertreter Deutschlands zukommen ließen.

<sup>82)</sup> Bipartite Board to Bipartite Control Office, [17] July 1947, Subj: Discussion of the Subject of Reparations by the German Economic Council, NA, OMGUS 37—2/1.

## Die Ergebnisse von München und Wiesbaden, November 1947<sup>53)</sup>

Trotz der großen Schwierigkeiten und Fehlschläge des Jahres 1947 gab es immer noch verantwortungsbewußte Deutsche, die die Ansicht vertraten, Deutschlands Interessen würden am nachdrücklichsten unterstrichen, wenn sich die Ministerpräsidenten aller Zonen zur Zusammenarbeit verbinden würden. Unter Mithilfe des Friedensbüros machten sie einen letzten entschlossenen Versuch, die Ministerpräsidenten aller vier Zonen zusammenzubringen, um im Dezember 1947 vor dem Londoner Rat der Außenminister die Interessen Deutschlands zu vertreten.

Anfang November 1947 arbeitete das Friedensbüro eine Studie über die außenpolitische Lage Deutschlands aus. In dieser Studie wurden Vorschläge gemacht, wie eine deutsche Regierung zu verschiedenen Fragen und Problemen Stellung nehmen könnte. Außerdem wurde darin erklärt, daß die Ministerpräsidenten das Recht hätten, Deutschlands außenpolitische Interessen zu vertreten, solange es noch keine deutsche Regierung gäbe, denn sie hätten als einzige ein demokratisches Mandat<sup>54)</sup>. Deshalb, so schlug man vor, sollten sich die Ministerpräsidenten vor der Londoner Konferenz zur Beratung zusammensetzen und dann erklären, sie seien bereit und gewillt, mit den Außenministern zum Zweck eines deutschen Friedensvertrags zusammenzuarbeiten. Aus taktischen Gründen sollten die Ministerpräsidenten erklären, sie verfügten über Berichte, Untersuchungen, Experten und Dolmetscher, so daß sie auch in der Lage seien, kurzfristig mit den Alliierten zusammenzukommen.

Die Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone, denen dieser Bericht am 4. November

1947 vorgelegt wurde, ermächtigten das Friedensbüro, auf der Basis dieser Studie eine Konferenz der Ministerpräsidenten vorzubereiten. Es ist bewiesen, daß auch zu den Ministerpräsidenten der russischen Zone Verbindung aufgenommen wurde. Der Plan stieß auf jeden Fall auf Interesse; aus den wenigen Unterlagen läßt sich jedoch nichts über Zustimmung und Ablehnung entnehmen. Das Friedensbüro entsandte Mitglieder in die französische Zone, die mit Ministerpräsidenten und Verbindungsoffizieren der französischen Militärregierung über die Pläne sprachen. Wie man ihren Berichten entnehmen kann, war wohl einiges Interesse an diesem Projekt vorhanden, dennoch ließ die französische Seite sich nicht zu einer verbindlichen Zusage bewegen. Verhandlungen in der britischen Zone scheiterten gänzlich. Daraufhin gab man das Vorhaben auf, obwohl Hamburg als möglicher Konferenzort bereits am häufigsten vorgeschlagen worden war.

Hinrich Kopf, der sich offensichtlich erboten hatte, in der britischen Zone als Vermittler für die geplante Konferenz aufzutreten, berichtete am 10. November 1947, die Ministerpräsidenten dieser Zone hätten noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Viel Interesse sei jedoch nicht vorhanden, da die Konferenzen in München und Wiesbaden gezeigt hätten, daß solche Zusammenkünfte nicht nur eine Demonstration der deutschen Einheit seien, sondern daß sie ebenso zum Beweis für ihre Uneinigkeit werden könnten. Außerdem befürchte man, daß die Ministerpräsidenten der russischen Zone auf Grund ihrer Parteidisziplin usw. im Vorteil sein könnten. Einige Tage später berichtete Kopf telefonisch, sein Kabinett in Niedersachsen habe sich einstimmig gegen eine Konferenz der Ministerpräsidenten zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausgesprochen. Als Alternative schlug er vor, jedes Land sollte seiner jeweiligen Militärregierung eine schriftliche Resolution vorlegen. Der genaue Inhalt dieser Resolution könne auf dem „Zirkularwege“ ausgearbeitet werden, solle aber das Bekenntnis zur Einheit Deutschlands einschließen und das Verlangen, daß berufene Vertreter Deutschlands zu den Verhandlungen über Deutschland zugezogen und gehört werden<sup>55)</sup>. Er sagte, er habe darüber mit Max Brauer, Hamburg, und Hermann Lüdemann, Schleswig-Holstein, gesprochen, und sie seien der gleichen Meinung. Karl Arnold, Nordrhein-Westfalen, wurde von ihm nicht erwähnt. Es gibt jedoch Belege,

<sup>53)</sup> Hauptquellen: „Empfehlungen des Verwaltungsrates des Deutschen Büros für Friedensfragen zur außenpolitischen Lage“, Entwurf, 6. November 1947, Staatsarchiv, Wiesbaden; Beschluß-Protokoll über die Sitzung des Kabinetts . . . 7. November 1947, Staatskanzlei, Wiesbaden; Eberhard und Forster, Aktenvermerk über eine Besprechung von Staatssekretär Dr. Eberhard und Dr. Forster mit Minister de Charmasse . . . in Baden-Baden . . . 7. November 1947, Staatsarchiv, Wiesbaden; Brill an Eberhard, Besprechung mit dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz . . . 10. November 1947; Rossmann, Anruf von Ministerpräsident Kopf, Hannover, 10. November 1947 und 14. November 1947, Staatsarchiv, Wiesbaden; Rossmann, „Die staatsrechtliche Entwicklung in Deutschland seit der bedingungslosen Kapitulation“, 18. November 1947, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1g02—06.

<sup>54)</sup> Deutsches Büro für Friedensfragen, Vorschläge für eine deutsche Stellungnahme zur Londoner Konferenz . . . 4. November 1947, Staatsarchiv, Wiesbaden.

<sup>55)</sup> Rossmann, Anruf des Ministerpräsidenten Kopf . . . in Sachen Ministerpräsidenten-Konferenz . . . 14. November 1947, Staatsarchiv, Wiesbaden.

aus denen ersichtlich ist, daß man bis zum 18. November 1947 von Arnold keine Nachricht erhielt. Zu dieser Zeit hatte man sich bereits auf einer SPD-Versammlung in Hamburg gegen weitere Konferenzen der Ministerpräsidenten ausgesprochen, und der Plan, eine Konferenz einzuberufen, wurde aufgegeben.

#### Frankfurt, 7.—8. Januar 1948 <sup>56)</sup>

Wie die sogenannten Fleisch- und Kartoffelkriege zwischen Frankfurt, München und Hannover beweisen, konnte die Bizone den an sie gestellten Anforderungen auf Grund ihrer Struktur Ende 1947 nicht gerecht werden. In Erwartung der Londoner Konferenz schob man eine Änderung der Struktur jedoch vorerst auf. Als diese Konferenz jedoch scheiterte, wiesen Marshall und Bevin die Militärregierungen an, Pläne für eine neue politische Gliederung der Bizone auszuarbeiten. Die Gouverneure entwarfen diese Pläne sehr schnell.

Am 7. und 8. Januar 1948 trafen die Generäle Clay und Robertson mit den Ministerpräsidenten und den Vertretern der bizonalen Verwaltung für Wirtschaft zu Beratungen über die Reorganisation in der Bizone zusammen. Clay und Robertson hatten sich bereits am 2. Januar über die vorzunehmenden Änderungen geeinigt. Sie wollten das Direktorium in ein Kabinett umformen, den Exekutivausschuß in eine zweite Kammer (einen Länderrat) umgliedern, einen Obergerichtshof und eine Zentralbank einführen, den Wirtschaftsrat um das Doppelte vergrößern und seine Befugnisse auf der Finanzebene erweitern. Wie den Unterlagen dieser Beratung zu entnehmen ist, schienen Ro-

bertson und Clay auch bereit zu sein, andere Probleme mit den deutschen Vertretern zu erörtern. Diskussionen über eine deutsche Verfassung lehnten sie jedoch ab. Die von deutscher Seite gestellte Frage, ob Berlin in diese neue Organisation mit einbezogen werden könnte, wurde von den Militärgouverneuren mit einem knappen „Nein“ beantwortet. Dann wurde die Frage nach den Rechten der Länder im Wirtschaftsrat gestellt. Die Antwort auf diese Frage lautete, die Vertreter der einzelnen Länder im Wirtschaftsrat seien für die Länder tätig, die sie gewählt hätten, hätten aber auch auf das allgemeine Interesse Rücksicht zu nehmen. Bevor die Konferenz zu Ende ging, konnten verschiedene Übereinstimmungen erzielt werden. Außerdem wurden die deutschen Vertreter aufgefordert, weitere Vorschläge und Stellungnahmen schriftlich zu unterbreiten. Clay schlug die Bildung eines deutschen Ausschusses vor, der Direktiven entwerfen sollte.

Zwei Faktoren bewirkten eine Veränderung in dieser abermaligen Zusammenarbeit. 1. Die Ansichten der Deutschen über die neue Struktur und deren Folgen gingen weit auseinander. In der Presse wurden Hans Ehards Bedenken gegen eine übertriebene Zentralisierung wiedergegeben <sup>57)</sup>. Christian Stock berichtete dem hessischen Landtag, die Deutschen seien interessiert, „was die Siegermächte mit uns vorhaben“ und wollten keine „politischen Vorgriffe“ <sup>58)</sup>. Alle weiteren Debatten deuteten darauf hin, daß, wollte man die Standpunkte der Deutschen berücksichtigen, eine lange und schwierige Verhandlung bevorstünde. 2. Die französische Regierung protestierte in Washington und London gegen die bizonale Reorganisation. Nach früheren Erfahrungen folgte Clay, daß Washington und London — ganz gleich, wie die Entscheidung der Deutschen ausfallen würde — Frankreich bald entgegenkommen würden und daß sich dadurch wieder eine Reihe weiterer Diskussionen auf Regierungsebene ergeben würden. Genau das war damals im Sommer 1947 im Zusammenhang mit dem revidierten Industrieplan geschehen.

Als Clay am 3. Februar 1948 vor dem Länderrat sprach, hatte sich seine Vermutung schon bestätigt. Für eine Konferenz der sechs Mächte in London wurden bereits Pläne ausgearbeitet; der 23. Februar war als Termin für den Beginn der Konferenz festgelegt worden. Clay berichtete dem Länderrat, über die Umgestaltung in der Bizone sei viel diskutiert worden: Die einen hielten sie für nicht umfassend genug,

<sup>56)</sup> Hauptquellen: „Konferenz der Generäle Clay und Robertson mit den Ministerpräsidenten am 7. Januar 1948, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08/01; „Besprechung bei dem Zweimächtekontrollamt am 30. Dezember 1947, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1d20—30/If; J. F. J. Gillen, U. S. Military Government in Germany: American Influence on the Development of Political Institutions, Karlsruhe 1950, S. 166—72; Bipartite Control Office, „Meeting of US and British Military Governors, Chairmen of the Bipartite Control Office, Land Directors, and Regional Commissioners with the Minister Presidents and Bizonal Officials... 7 January 1948“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1 d—2/11; OMGUS, Press Release, 13 January 1948, NA, OMGUS 361—2/5; RGCO, „Rede von General Lucius D. Clay... 29. Tagung des Länderrats am 3. Februar 1948“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1g06/01; Hilpert an Stock, 26. Januar 1948, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1d02; Erklärung, die von Senatspräsident Kaisen am 27. 1. 48 gegenüber den Besatzungsmächten abgegeben werden soll“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1d02; „Rahmenentwurf für eine Erklärung der Ministerpräsidenten der Bizone zu dem Entwurf einer Proklamation betr. die Wirtschaftsverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“, Staatskanzlei Wiesbaden, 1d02.

<sup>57)</sup> Süddeutsche Zeitung, 31. Januar 1948, S. 1.

<sup>58)</sup> Hessischer Landtag, Stenographischer Bericht, 31. Sitzung, 15. Januar 1948, S. 986.

andere lehnten sie ab, weil sie von der Militärregierung angeordnet worden sei oder empfänden sie als eine zu starke Zentralisierung oder wollten überhaupt keine bizonale Verwaltung. Clay meinte, man könne es nie jedem recht machen. Die Militärregierungen beabsichtigten jedoch, weiterhin selbständig und ohne vorherige Rücksprachen zu handeln. Er gab zu, daß die Deutschen bei der endgültigen Entscheidung wenig Mitspracherecht hätten. Die Militärregierungen würden jedoch dafür sorgen, daß bestimmte Konzeptionen, die die Deutschen befürworteten, Berücksichtigung fänden. Aber, so sagte er, alles sei provisorisch und nur vorübergehend. Clay gab damit — vielleicht — zu, daß er und Robertson beschlossen hatten — da Änderungen notwendig waren — eigenmächtig zu handeln, anstatt wie bisher lange und ausführlich über einen Plan zu verhandeln, der ohnehin keine Zukunft hatte<sup>59)</sup>. Die Militärregierungen gaben am 9. Februar 1949 die Proklamation Nr. 7 heraus; die bizonale Reorganisation erfolgte kurze Zeit später.

#### Düsseldorf, 5.—6. Juni 1948<sup>60)</sup>

Nach dem Scheitern der Außenministerkonferenz in London beschlossen Marshall und Bevin, Gespräche zwischen den Mächten in die Wege zu leiten, die eventuell daran interessiert waren, auch ohne das Einverständnis der Russen in Deutschland weiter tätig zu sein. Als Frankreich im Januar gegen die Reorganisation der Bizone protestierte, wurde der Themenkreis der vorgeschlagenen Gespräche bedeutend erweitert. Das gleiche geschah, im Februar, als die Beneluxländer zur Teilnahme eingeladen wurden. Die Ergebnisse der Londoner Konferenz der sechs Mächte wurden am 2. Juni 1948 in einem Kommuniqué bekanntgegeben, das unter anderem eine ausführliche Beschreibung der vereinbarten internationalen Ruhrkontrolle enthielt.

Die wenigen vorhandenen Dokumente lassen vermuten, daß der Bericht aus London den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold veranlaßt hat, kurzfristig eine Konferenz der Ministerpräsidenten der drei

westlichen Zonen und der Vertreter der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt einzuberufen. Er schlug vor, das Treffen am 5. und 6. Juni 1948 in Düsseldorf stattfinden zu lassen. Die Kohleproduktion und deren Steigerung wurden als Diskussionsthemen genannt. Es ist jedoch ganz offensichtlich, daß damit indirekt die Ruhrkontrolle gemeint war.

Von den daraufhin in aller Eile geführten Telefongesprächen und den Zusammenkünften in Frankfurt existieren Unterlagen, aus denen hervorgeht, daß die Verwaltung für Wirtschaft es ablehnte, an der Konferenz teilzunehmen. Von einigen Herren wurde diese Konferenz als Eingriff in die Kompetenzen des Wirtschaftsrates angesehen, andere meinten, sie hätten nicht den Wunsch, „das Narrenspiel von Wiesbaden vom vorigen Jahr noch einmal zu wiederholen“.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten fand jedoch trotzdem statt. Es sollen sogar einige Vertreter der französischen Zone teilgenommen haben. Die Konferenzteilnehmer besichtigten Bergwerke, hörten mehrere Fachvorträge und berieten sich mit Vertretern der Betriebsleitungen, der Gewerkschaften und des Transportwesens. Unter anderem entschieden sie, daß die deutsche Kohleproduktion wieder unter deutsche Kontrolle gebracht werden müsse. Sie protestierten gegen die internationale Kontrolle des Ruhrgebiets und wiesen darauf hin, daß man sich auf deutscher Seite nur dann damit einverstanden erklären könne, wenn andere europäische Industriezentren ebenfalls unter internationale Kontrolle gebracht würden, an der auch Deutschland beteiligt sei.

Mehr ist den vorhandenen Unterlagen nicht zu entnehmen. Man kann jedoch noch erwähnen, daß ungefähr zur gleichen Zeit von deutscher Seite noch weitere, ähnliche Einwände gegen das Londoner Kommuniqué vom 2. Juni erhoben wurden. Besonders interessant sind in dem Zusammenhang die Diskussionen, die am 9. Juni im Zonenbeirat der britischen Zone stattfanden, und die Konferenz der CDU am 10. Juni in Bad Königstein, da die in beiden Fällen vertretenen Standpunkte denen der Ministerpräsidenten sehr ähnelten. Konrad Adenauer nahm sowohl an den Diskussionen im Zonenbeirat als auch an der Konferenz der CDU teil. In seinen „Erinnerungen“ berichtete er über jene kurze Zeit, in der er sich gegen die Londoner Beschlüsse wandte<sup>61)</sup>.

<sup>59)</sup> RGCO, „Rede von General Lucius D. Clay... 29. Tagung des Länderrats am 3. Februar 1948“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1g06/01.

<sup>60)</sup> Arnold an Stock, 5. 6. 1948; „Bericht über das Ergebnis der Ministerpräsidentenkonferenz in Düsseldorf am 5.—6. Juni 1948“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08/II; C. J. Friedrich, „Memorandum Concerning Governmental Developments in Germany Leading up to the Convening of the Constitutional Convention“, 11 October 1948, NA, WDSKA 014 Germany.

<sup>61)</sup> Konrad Adenauer, Erinnerungen, 1945—1953, Stuttgart 1965, S. 140—43; Frankfurter Rundschau, 12. Juni 1948, S. 1.

Unter anderem wurde in dem Londoner Abkommen vom 2. Juni 1948 vorgeschlagen, eine westdeutsche Regierung von den Ministerpräsidenten der drei westlichen Zonen bilden zu lassen. Die Militärgouverneure wurden angewiesen, die Ministerpräsidenten zur Einberufung einer konstituierenden Versammlung zu ermächtigen. Diese Versammlung sollte eine Verfassung ausarbeiten, die dann von der deutschen Bevölkerung ratifiziert werden sollte.

Die drei Militärgouverneure trafen am 1. Juli 1948 mit den Ministerpräsidenten in Frankfurt zusammen und legten die Beschlüsse vor, die in London bezüglich einer westdeutschen Regierung gefaßt worden waren. Die Militärgouverneure waren bereits am 30. Juni zusammengekommen und hatten die Art und Weise, in der die Beschlüsse vorgelegt werden sollten, bis ins Detail geplant. In Anbetracht dessen, daß es drei Dokumente und

drei Militärgouverneure gab, entschieden sie, daß jeder von ihnen ein Dokument vorlegen sollte. Die Reihenfolge sollte durch das Los ermittelt werden<sup>63)</sup>. Dokument I, das von General Clay verlesen wurde, umriß die Schritte, die unternommen werden mußten, um noch vor dem 1. September 1948 eine konstituierende Versammlung einzuberufen. In Dokument II, das General Robertson verlas, wurden die Ministerpräsidenten ersucht, die Grenzen der Länder zu überprüfen. Die für eventuelle Änderungen erforderlichen Maßnahmen wurden ebenfalls umrissen. Dokument III, von General Pierre Koenig vorgetragen, beschrieb das geplante Besatzungsstatut, d. h. das Verhältnis der neuen Regierung zu den Besatzungsmächten.

Nachdem die drei Dokumente verlesen worden waren, erklärten sich die Generäle zur Diskussion mit den Ministerpräsidenten bereit. Die Ministerpräsidenten, die sich ebenfalls am 30. Juni getroffen hatten, waren jedoch über eingekommen, während dieser Konferenz noch nicht zu dem Thema Stellung zu nehmen. Reinhold Maier, der Sprecher der Ministerpräsidenten, erklärte, dieser Punkt sei von solcher Wichtigkeit, daß sich die Ministerpräsidenten erst mit ihren Regierungen und ihren Landtagen beraten müßten, ehe sie sich dazu äußern könnten. Offensichtlich wollten sie Zeit gewinnen, um erst einmal untereinander zu einer einheitlichen Haltung zu kommen. Außerdem bewiesen sie damit, daß sie aus den früheren Konferenzen der Ministerpräsidenten gelernt hatten, die in einen Streit darüber geraten waren, wer für die Interessenvertretung Deutschlands zuständig sei. Dieses Mal wollten sie sich vorher mit den Vertretern der Parteien besprechen. Ein weiterer Grund für den Entschluß der Ministerpräsidenten, um Aufschub zu bitten, waren zweifellos auch die verschiedenen „Andeutungen“, die ihnen von den drei Militärregierungen gemacht worden waren. Robertson hatte z. B. dem Zonenbeirat am 29. Juni berichtet, der Inhalt des Londoner Abkommens sei noch nicht vollständig bekanntgegeben. Amerikanische Verbindungsleute in Deutschland waren von Washington angewiesen worden, inoffiziell mit den Deutschen Rücksprache zu nehmen und sie von den unveröffentlichten Einzelheiten des Londoner Abkommens zu unterrichten. General Koenig war am Morgen der Frankfurter Konferenz inoffiziell mit den Ministerpräsidenten der drei Zonen zusammengekommen und hatte sie — so wird berichtet — glauben gemacht, ein

<sup>62)</sup> Hauptquellen: „Konferenz der 3 Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten der 3 Zonen am 1. Juli 1948 . . .“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08/III; Beschluß-Protokoll über die Sitzung des Kabinetts . . . 2. Juli 1948; . . . 14. Juli 1948, Staatskanzlei, Wiesbaden; „Beschlüsse der Koblenzer Konferenz der Ministerpräsidenten . . . vom 8. bis 10. Juli 1948“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a02; „Die CDU/CSU zu den Vorschlägen der Militärgouverneure“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08/III; Deutsches Büro für Friedensfragen, „Versuch einer Stellungnahme zu den drei Frankfurter Dokumenten“, 5. Juli 1948, NA, OMGUS 33—1/11; OMGUS, Memorandum, Litchfield to Clay, Subj: Summary of Current Situation of Minister Presidents' Meeting, 9 July 1948, NA, OMGUS 79—1/1; Die Ergebnisse der Koblenzer Ministerpräsidenten-Konferenz, Rundfunkansprache von Bürgermeister Brauer, gehalten im Nordwestdeutschen Rundfunk am 14. Juli 1948, NA, OMGUS 255—3/17; Robert H. Lochner, „Summary of General Clay's meeting with the Minister-Presidents of the American zone (14 July 1948)“, 23 July 1948, NA, OMGUS 177—2/3; C. J. Friedrich, „Memorandum Concerning Governmental Developments in Germany Leading up to the Convening of the Constitutional Convention“, 11 October 1948, NA, WDSKA 014 Germany; Schleswig-Holstein, Landtag, Wortprotokoll, 13. Tagung, 6. Juli 1948, S. 5—9; Württemberg-Baden, Landtag, Verhandlungen, 77. Sitzung, 7. Juli 1948, S. 1855—58; Hessischer Landtag, Stenographischer Bericht, 43. Sitzung, 13. Juli 1948, S. 1476—81; 1489—1521; Niedersächsischer Landtag, Stenographischer Bericht, 39. Sitzung, 13. Juli 1948, S. 1985—94; S. 2024—29; Württemberg-Hohenzollern, Landtag, Verhandlungen, 30. Sitzung, 13. Juli 1948, S. 408—22; Nordrhein-Westfalen, Landtag, Stenographischer Bericht, 49. u. 50. Sitzungen, 14.—15. Juli 1948, S. 629—707; Bürgerschaft zu Hamburg, Stenographischer Bericht, 16. Sitzung, 28. Juli 1948, S. 449—51; Rheinland-Pfalz, Landtag, Stenographische Protokolle, 35. Sitzung, 29. Juli 1948, S. 861; Bayerischer Landtag, Verhandlungen, 83. Sitzung, 30. Juli 1948, S. 1828 bis 1834; Bremer Bürgerschaft, Verhandlungen, 16. Sitzung, 12. August 1948, S. 319.

<sup>63)</sup> Draft Verbatim Minutes, Meeting of the U. S., U. K. and French Military Governors . . . 30 June 1948, NA, OMGUS 110—2/11.

Aufschub wäre für sie von Nutzen. Auf jeden Fall wurde die Konferenz vom 1. Juli ohne weitere Diskussionen vertagt. Die Ministerpräsidenten besprachen sich kurz und beschlossen, ungefähr eine Woche später in Koblenz zusammenzukommen.

Die Art, wie sich die Ministerpräsidenten auf der umstrittenen Konferenz vom 8.—10. Juli 1948 in Koblenz verhielten, muß im Zusammenhang mit der damaligen Lage gesehen werden und nicht im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen. Die Reaktion der Deutschen auf das Londoner Abkommen und die Frankfurter Dokumente war kritisch und heftig. Bereits erwähnt wurden der Düsseldorfer Beschluß vom 6. Juni, die Diskussion des Zonenbeirats vom 9. Juni und die Haltung, die die CDU am 10. Juni in Bad Königstein eingenommen hatte. Nun, nach Bekanntgabe der Frankfurter Dokumente, kam es wieder zu endlosen Debatten. Anscheinend gefiel einigen Leuten diese neue Aufgabe, die den Ministerpräsidenten in ihrer Eigenschaft als Vertreter Deutschlands übertragen worden war. Man hegte die Hoffnung, daß die Deutschen diese neuerliche Gelegenheit, ihren politischen Zielen näherzukommen, auch nutzen würden. So erklärte Reinhold Maier zum Beispiel vor dem württembergisch-badischen Landtag — vielleicht auf Grund inoffizieller Informationen, die er von amerikanischen Verbindungsoffizieren erhalten hatte: „Der Text der Londoner Protokolle ist für die Augen der französischen Öffentlichkeit geschrieben. Ihr sollten die Beschlüsse schmackhaft gemacht werden. Die umgekehrte psychologische Wirkung trat damit in Deutschland ein. Auf diese Weise konnten wir nur die Schattenseiten lesen. Wir müssen jetzt darangehen, die Protokolle ins Deutsche zu übersetzen. Ich zweifle nicht daran, daß morgen und übermorgen in Koblenz ein deutscher Generalgegnervorschlag zur Ausarbeitung gelangt, welcher die nicht ungünstige Stunde in voller Einigkeit nützt und uns ein entscheidendes Stück vorwärtsbringt.“ Die Deutschen hatten jedoch fast ausnahmslos Bedenken und kritisierten besonders das Dokument III — das geplante Besatzungsstatut und dessen Folgen. Hans Ehard sagte: „Dieses Schriftstück ist ein ernstes und bitteres Dokument der Niederlage und der Schwäche Deutschlands. Es zeigt das Los eines besiegten Landes.“ Andere pflichteten bei: so sagte jemand, Deutschlands Freiheit werde in der Tat eingeschränkt und diese Einschränkungen würden in der Verfassung verankert werden. Ein anderer meinte, die Deutschen hätten aus den Vorkommnissen in den Ländern der amerikanischen Zone gelernt, daß Verfassungen wenig

bedeuteten<sup>64)</sup>. Reinhold Maier nannte das Dokument III eine Enttäuschung, Hermann Lüdemann schloß sich ihm an. Ebenso wurden von einigen der Landtage und der Parteien ähnliche Bedenken geäußert. Das Friedensbüro unterzog es einer eingehenden und kritischen Analyse<sup>65)</sup>.

Sooft sich die Gelegenheit bot, trafen sich die Ministerpräsidenten mit ihrem jeweiligen Kabinett und den in ihrem Landtag vertretenen Parteien, um zu beraten, welche Haltung sie zu den Frankfurter Dokumenten einnehmen sollten. Mitglieder der CDU/CSU hielten am Vorabend der eigentlichen Konferenz in Koblenz eine gesonderte Fraktionssitzung ab. Im großen und ganzen akzeptierten sie die Frankfurter Dokumente, empfahlen jedoch, die Grenzveränderungen vorerst noch aufzuschieben, aber Gegenvorschläge zu dem Besatzungsstatut auszuarbeiten. Außerdem lehnten sie die in den Frankfurter Dokumenten vorgesehene Verquickung von Besatzungsstatut und neuer Verfassung einstimmig ab. Die SPD hielt am Vorabend der Konferenz in Rüdesheim eine Fraktionssitzung ab. Nach langen und heftigen Debatten äußerte man sich schließlich in ähnlicher Weise wie die CDU/CSU. Grundsätzlich stimmten beide Parteien in ihren Ansichten überein; unterschiedlicher Auffassung waren sie nur in taktischen Fragen und in Nebensächlichkeiten. Die SPD wollte die territorialen Fragen vorerst zurückgestellt haben; anstelle der in Dokument I vorgesehenen Regierung forderte sie einen Verwaltungsapparat, außerdem forderte sie, daß die Alliierten das Besatzungsstatut gesondert veröffentlichten, und zwar bevor von deutscher Seite das von der SPD vorgeschlagene Organisationsstatut abgefaßt wurde. Mit anderen Worten: die SPD verlangte ebenso wie die CDU/CSU, daß Verfassung und Besatzungsstatut getrennt würden.

Die Resolutionen, die auf der Konferenz in Koblenz angenommen wurden, unterschieden sich nur wenig von den Argumentationen, Analysen, Vorschlägen und Ansichten, die die Teilnehmer der Konferenz schon vorher vertreten hatten. Zu Dokument I erklärten die Ministerpräsidenten, sie zögen eine provisorische Einrichtung einer Verfassung vor. Mit der Einberufung einer konstituierenden Versammlung wollten sie so lange warten bis eine gesamt-

<sup>64)</sup> Württemberg-Baden, Landtag, Verhandlungen, 77. Sitzung, 7. Juli 1948, S. 1855—58; Süddeutsche Zeitung, 3. Juli 1948, S. 1; 6. Juli 1948, S. 1; 10. Juli 1948, S. 2.

<sup>65)</sup> „Protokoll der Sitzung des Rechtsausschusses beim Deutschen Büro für Friedensfragen... 2. Juli 1948“; Deutsches Büro für Friedensfragen, Versuch einer Stellungnahme zu den drei Frankfurter Dokumenten, 5. Juli 1948, Staatsarchiv, Wiesbaden.



deutsche Lösung gefunden und Deutschlands Souveränität wieder hergestellt sei. Sie schlugen vor, statt dessen einen Parlamentarischen Rat zu wählen, der ein Grundgesetz entwerfen sollte, das dann von den Landtagen angenommen und mit besonderer Genehmigung der Militärregierung von den Ministerpräsidenten verkündet würde. In Dokument I wurde dagegen eine Ratifizierung durch einen allgemeinen Volksentscheid gefordert. Die Ministerpräsidenten gaben außerdem zu, daß die in Dokument II vorgeschlagenen territorialen Veränderungen in den Ländern sehr wünschenswert seien, meinten aber, dies erfordere mehr Zeit, als in Dokument II vorgesehen sei. Wie man auf Grund der Reaktion der Parteimitglieder der SPD und CDU/CSU bereits vermuten konnte, befaßten sich die Ministerpräsidenten am eingehendsten mit Dokument III, und zu diesem Dokument wurden auch die meisten Gegenvorschläge gemacht. Die Ministerpräsidenten forderten eine genauere Definition der Ziele und Befugnisse der Besatzungsmächte. Außerdem verlangten sie, daß die Weisungen der Militärregierung nur bis zur höchsten Verwaltungsebene Gültigkeit haben sollten, um auf diese Weise eine Intervention von Seiten der Alliierten auf die untere Regierungsebene zu beschränken. Sie verlangten ferner, daß die Zuständigkeit der alliierten Gerichte eingeschränkt würde und forderten eine endgültige Begrenzung der Vollmachten, die sich die Militärregierungen auf Grund eines Notstandsgesetzes angeeignet hatten. Außerdem wollten sie nicht, daß die internationale Ruhrkontrolle Teil des Besatzungsstatuts wurde.

In der Mantelnote, die mit den in Koblenz angenommenen Resolutionen an die Militärregierung geschickt wurde, wurden die Beschlüsse kommentiert. Außerdem hieß es darin, die Ministerpräsidenten seien in Sorge über die immer größer werdende Kluft zwischen Ost und West und um Berlin. Aus diesem Grund hätten sie ein Provisorium für die drei Zonen vorgeschlagen und einen Volksentscheid abgelehnt.

Man kann nicht mit absoluter Sicherheit behaupten, daß die Ministerpräsidenten in Koblenz zwar grundsätzlich verschiedener Meinung waren, dann aber zu einem Kompromiß gelangten, denn das für eine genaue Beweisführung notwendige Protokoll ist nicht vorhanden. Allerdings geht es ziemlich deutlich aus der Mantelnote und den Resolutionen hervor. Sowohl die Mantelnote als auch die Beschlüsse spiegeln den Kompromiß wider; beschäftigt man sich jedoch eingehender mit ihnen, so könnte man auf Grund der Resolutio-

nen fast zu der Annahme kommen, die Ministerpräsidenten würden das Mandat annehmen und ihre Arbeit in der Hoffnung fortsetzen, dabei auch andere Punkte aushandeln zu können, während man nach der Mantelnote eigentlich eher zu der Annahme gelangen könnte, daß die Ministerpräsidenten erst einmal gar nichts unternehmen würden, um die weitere Entwicklung abzuwarten und auf diese Weise eventuell mehr Zugeständnisse gemacht zu bekommen, ohne der Militärregierung jedoch mit einem klaren „nein“ zu antworten.

#### Frankfurt, Rüdeshheim, Frankfurt, Juli 1948 <sup>66)</sup>

Da die Koblenzer Resolutionen ein Kompromiß waren, ließen sie verschiedene Deutungen zu. Wie man sie deutete, hing natürlich davon ab, was man von der Entscheidung der Deutschen erwartet hatte. General Clay z. B. folgerte, daß die Koblenzer Resolutionen eine Absage an die Frankfurter Dokumente bedeuteten — ein Eindruck der bei ihm Enttäuschung und Verärgerung auslöste. Am 14. Juli 1948 traf er mit den Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone in Frankfurt zusammen und erklärte ihnen, sie hätten ihr Schicksal in die Hand General Koenigs gelegt. Clay blieb dabei, daß die Koblenzer Resolutionen — besonders in Ton und Gesinnung — bedeutend von dem Londoner Abkommen abwichen, obwohl die Ministerpräsidenten das Gegenteil beteuerten. Er sagte, die Folge wäre, daß weiter auf Regierungsebene über die deutsche Frage diskutiert werden würde, und ließ durchblicken, daß Frankreich davon profitiere. Auf jeden Fall — so erklärte er — würde es wieder Monate dauern.

Am 20. Juli 1948 trafen die drei Militärgouverneure in Frankfurt noch einmal mit den Ministerpräsidenten zusammen. General Robertson, der Sprecher der Militärgouverneure,

<sup>66)</sup> Hauptquellen: „Gemeinsame Konferenz der Militärgouverneure... mit den elf Ministerpräsidenten der drei Westzonen“, 20. Juli 1948, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1 a 08/01; „Aufzeichnungen über eine Besprechung mit den Verbindungsoffizieren der drei Besatzungsmächte... am 21. Juli 1948...“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1 a 08/III; Friedrich to Clay, Memorandum, 18 Juli 1948, NA, OMGUS 79—1/1; „Konferenz der Ministerpräsidenten auf dem Jagdschloß Niederwald... 21. u. 22. Juli 1948“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1 a 08/III; „Aide Memoire der Ministerpräsidenten-Konferenz vom 22. Juli 1948... zu den Erklärungen der Militärgouverneure vom 19. Juli 1948...“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1 a 08; OMGUS (Litchfield) to Clay, Subj: Ministers-President Action Since Last Meeting with Military Governors, 25 Juli 1948, NA, OMGUS 177—3/3; „Sitzung der Militärgouverneure und der Ministerpräsidenten am 26. Juli 1948...“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1 a 08/01; Clay to War Department, 27 Juli 1948, NA, CSCAD 014 Germany.

meinte, die Frankfurter Dokumente seien Regierungsabkommen, die nur geändert werden könnten, wenn sie an die drei Regierungen zurückverwiesen würden. Die Militärregierungen seien der Ansicht, die Koblenzer Resolutionen wichen wesentlich von den Frankfurter Dokumenten ab und zwar in bezug auf die Art der Verfassung und deren Ratifizierung, bezüglich der Notwendigkeit und des Zeitpunkts der Grenzveränderung und in bezug auf das Besatzungsstatut. Er schlug deshalb vor, die Ministerpräsidenten sollten sich noch einmal ein paar Tage zurückziehen und diese Punkte und die diesbezüglichen Differenzen überdenken und dann noch einmal mit den Militärgouverneuren zusammenkommen. Wilhelm Kaisen und Max Brauer, die anscheinend beide befürchteten, die Zusammenkunft würde nun abrupt beendet werden und somit eine mögliche Einigung auf beiden Seiten unmöglich machen, fragten nach Einzelheiten und forderten Erklärungen von den Militärgouverneuren. Nach einer langen, inoffiziellen Diskussion wurde die Konferenz auf eine spätere Stunde verschoben. Als die Teilnehmer wieder zusammenkamen, erklärte Christian Stock im Namen der Ministerpräsidenten, sie würden die Angelegenheit noch einmal besprechen. Beide Seiten einigten sich auf den 26. Juli als Termin für die nächste Zusammenkunft und Stock erklärte, daß die Ministerpräsidenten die Vergangenheit (Koblenz?) unbeachtet lassen und statt dessen versuchen würden, sich auf die Zukunft zu konzentrieren. Am 21. und 22. Juli trafen sich die Ministerpräsidenten zur Beratung in Rüdeshcim. Nach einer mehrstündigen Debatte und nach einer bedeutenden Rede von Ernst Reuter, der nicht an der Konferenz in Koblenz teilgenommen hatte, faßten die Ministerpräsidenten eine Erklärung ab, in der sie sich zu weiteren Diskussionen mit den Militärgouverneuren bereit erklärten. In der Erklärung gaben sie ihrer Bereitschaft Ausdruck, den Verpflichtungen nachzukommen, die ihnen die Frankfurter Dokumente auferlegt hatten, wünschten aber auch jetzt noch eine provisorische Regierung. Außerdem wollten sie das Wort „Verfassung“ durch „Grundgesetz“ ersetzt haben, um eine Verwechslung zwischen dem, was sie jetzt schufen, und der zukünftigen deutschen Verfassung zu vermeiden. Sie erklärten sich mit einer Änderung der Ländergrenzen einverstanden und gaben an, daß Vorschläge von ihnen vorbereitet würden. Den dafür auf den 1. September festgesetzten Termin könnten sie jedoch nicht einhalten. Sie wandten sich gegen eine Ratifizierung des Grundgesetzes durch Volksentscheid und schlugen statt dessen eine Ratifizierung durch die Landtage vor.

Die Militärgouverneure und die Ministerpräsidenten kamen, wie sie vorher vereinbart hatten, am 26. Juli 1948 wieder in Frankfurt zusammen, um die Erklärung und die Vorschläge von Rüdeshcim zu erörtern. Nach langen Diskussionen einigten sie sich, die Bezeichnung „Grundgesetz“ anstelle von „Verfassung“ zu akzeptieren. Die Entscheidung in der Frage des Volksentscheids und in der Grenzfrage mußten sie jedoch ihren Regierungen überlassen. Man einigte sich, daß die Ministerpräsidenten in der Zwischenzeit einen Parlamentarischen Rat einsetzen und sich weiter mit den Ländergrenzen befassen würden.

Nachdem der Rüdeshcim Bericht und die Begründung von Stock, Arnold, Lüdemann und Brauer vorgetragen worden waren, unterbrachen die Militärgouverneure die Konferenz, um sich zu beraten; anschließend erklärten sie, der Standpunkt der Deutschen unterscheide sich immer noch so stark von den Frankfurter Dokumenten, daß eine Rückleitung zu den alliierten Regierungen notwendig sei. Die Konferenz hätte jetzt beendet werden können — und fast wäre sie hier auch zu Ende gegangen. Stock, der auf dieser Konferenz der offizielle Sprecher der deutschen Vertreter war, fragte, ob man wissen dürfe, was genau zurückverwiesen würde. General Koenig nannte drei Punkte: den Volksentscheid, den Namen der Verfassung und die Ländergrenzen. Wieder schien die Konferenz zu Ende zu gehen, da meldete sich Ehard zu Wort. Er bat darum, die Konferenz doch nicht an diesem Punkt scheitern zu lassen, und meinte, vielleicht würde alles verständlicher, wenn man wüßte, ob die Militärgouverneure in einigen Punkten nach eigenem Ermessen handeln könnten oder ob sie sich ganz genau an das Abkommen halten mußten. Ehard war der Ansicht, daß die Meinungsverschiedenheiten in der Frage „Verfassung“ oder „Grundgesetz“ nicht wirklich gravierend seien und daß sich beide Seiten auch in der Frage, zu welchem Zeitpunkt die Ländergrenzen verändert werden sollten, einigen könnten. Von schwerwiegenderer Bedeutung erschien ihm nur die Differenz in der Frage des Volksentscheids zu sein. Allerdings schienen die Ministerpräsidenten die Verbindungsoffiziere der Alliierten in Rüdeshcim bereits überzeugt zu haben, daß es klüger sei, das Grundgesetz von den Landtagen ratifizieren zu lassen, und Ehard muß ziemlich sicher gewesen sein, daß auch die Militärgouverneure davon zu überzeugen waren.

im Anschluß an Ehards Rede unterbrachen die Militärgouverneure die Konferenz noch einmal für zehn Minuten. Dann erklärten sie, sie seien bereit, mit den Ministerpräsidenten über die Frage „Verfassung“ oder „Grundgesetz“ zu verhandeln, die Entscheidung in den anderen beiden Fragen — so erklärten sie — müßten sie jedoch ihren Regierungen überlassen. Allerdings betonten sie, daß dies nicht unbedingt eine Ablehnung bedeute. Kaisen schlug daraufhin vor, man möge die Ministerpräsidenten ermächtigen, in der Zwischenzeit mit der Verwirklichung des Londoner Abkommens zu beginnen, wobei sie sich in diesen beiden Punkten an das Londoner Abkommen gebunden fühlen würden, bis man ihnen anderslautende Anweisungen geben würde. Eine weitere kurze Unterbrechung folgte, nach deren Ablauf eine endgültige Einigung erzielt und bereits kurz skizziert war. Der Zeitpunkt für die Wahl eines Parlamentarischen Rats, der die Bonner Verfassung ausarbeiten sollte, war also gekommen.

Rüdesheim, 31. August 1948 <sup>67)</sup>

Nachdem man sich entschlossen hatte, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, konzentrierte sich Ende 1948 und Anfang 1949 das öffentliche Interesse auf dieses Projekt. Historiker sehen in ihm ebenfalls das bedeutendste Werk dieser Zeit. Allerdings war das nicht die einzige bedeutende Leistung der Ministerpräsidenten. Am 31. August 1948 kamen sie in Rüdesheim zusammen, um über die Vorschläge abzustimmen, die hinsichtlich der Grenzänderungen in Baden, Württemberg, Hohenzollern und Südschleswig gemacht worden waren. Sie hörten einen Bericht des Verwaltungsausschusses in Herrenchiemsee an und wählten Bonn zum Tagungsort des Parlamentarischen Rats. Sie beschlossen, den Lastenausgleich durchzuführen und entsandten eine Delegation nach Wiesbaden, die mit Verbindungsoffizieren der Alliierten erörtern sollte, welche Stellung Berlin in dem Parlamentarischen Rat einnehmen sollte. Wie Christian Stock sagte: „Die Herren Verbindungsoffiziere gehen nicht hierher, weil das Denkmal in der Nähe steht.“ <sup>68)</sup> Außerdem griffen sie noch einmal das Problem der Demontage auf.

Die Demontage war noch einmal aktuell geworden, denn die französische Militärregierung hatte kurze Zeit vorher ein neues De-

montage-Verzeichnis freigegeben. Mitte August waren die Regierungen Süd-Badens und Süd-Württembergs unter Protest zurückgetreten. Die Ministerpräsidenten der französischen Zone brachten am 31. August 1948 auf der Konferenz in Wiesbaden dieses Thema zur Aussprache. Darauf erhob sich eine große Debatte. Man erinnerte sich an das Scheitern der Wiesbadener Konferenz 1947 und erkannte, daß die Militärregierungen nicht bereit gewesen wären, über die Demontage zu diskutieren. Schließlich machte Wilhelm Kaisen einen Vorschlag, wie die Ministerpräsidenten in Zukunft vorgehen sollten. Sie sollten sich direkt an die Regierungen der Alliierten wenden, ohne die Militärregierungen einzuschalten. Er sagte, er wisse, daß sich viele Abgeordnete des amerikanischen Kongresses lebhaft für diese Angelegenheit interessierten, und meinte: „Sie sollten einmal sehen, wenn der Sturm, der jetzt schon im englischen Unterhaus entfacht ist, auch im Kongreß sich ausbreitet, wenn wir auf politischem Wege versuchen, die Sache abzubiegen.“ <sup>69)</sup> Carlo Schmid trat ebenfalls für diesen Vorschlag ein und fügte hinzu, auch er habe beobachtet, daß „... eine ganze Reihe von Kongreßabgeordneten nur darauf wartet, daß ein solcher Schritt geschieht, um das Problem der Demontagen in Washington, und zwar vor dem parlamentarischen Forum, neu aufzurollen. Denn in der Zwischenzeit hat der letzte Mann im mittleren Westen begriffen, daß die Demontagen letzten Endes von ihm bezahlt werden müssen.“ <sup>70)</sup>

Die Ministerpräsidenten beschlossen, unverzüglich ein Pressecommuniqué zu der Demontage herauszugeben und anschließend eine Denkschrift abfassen zu lassen, um zu veranlassen, daß man die Demontage in Einklang mit dem Marshallplan brachte. Die Denkschrift sollte an die Militärgouverneure gesandt werden mit der Bitte um Weiterleitung an ihre Regierungen, „damit in Washington darüber beraten werden kann“.

Soweit man aus den Unterlagen entnehmen kann, geschah, nachdem die Ministerpräsidenten diesen Entschluß gefaßt hatten, folgendes: Am 11. September 1948 sandte das Büro der Ministerpräsidenten in Wiesbaden ein Demontageverzeichnis mit einem Begleitschreiben an die Militärgouverneure. Clay, Robertson und Koenig antworteten mit gleichlautenden Schreiben: ihre Regierungen hätten die volle Verantwortung für die Demontage übernom-

<sup>67)</sup> „Bespprechung mit den Verbindungsoffizieren in Wiesbaden am 31. 8. 1948“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08/III, „Wortprotokoll der Ministerpräsidenten-Konferenz am 31. August 1948 . . .“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08/III.

<sup>68)</sup> Ebenda.

<sup>69)</sup> Ebenda.

<sup>70)</sup> Ebenda.

men, und sie seien nicht mehr befugt, sich in dieser Angelegenheit zu äußern. Die Ministerpräsidenten fragten daraufhin in der Dienststelle des Botschafters Robert Murphy an, ob sie die Denkschrift direkt nach Amerika senden könnten oder ob Clay oder Murphy das für sie übernehmen würde. Aus den Unterlagen geht nicht hervor, welcher Weg schließlich gewählt wurde<sup>71</sup>). Hermann Pünder gibt jedoch an, die Denkschrift sei direkt Paul Hoffmann, dem neuen Verwaltungsbeamten des Marshallplans, bei dessen Besuch am 8. Oktober 1948 in Frankfurt übergeben worden<sup>72</sup>).

Auf einer der regelmäßig stattfindenden Zusammenkünfte drei Wochen später fragten die Ministerpräsidenten die Militärgouverneure, ob sich Hoffmann mit ihrer Denkschrift befäht habe und ob ihnen etwas darüber bekannt sei. Diese Frage war der Anlaß zu einem heftigen Wortwechsel, hauptsächlich zwischen Clay und Karl Arnold. Arnold äußerte, er müsse wissen, was er den Arbeitnehmer- und Arbeitgebergruppen im Ruhrgebiet sagen solle. Berichten zufolge schlug Clay vor, ihnen zu sagen, diese Angelegenheit ginge sie überhaupt nichts an, und protestierte gegen den politischen Nutzen, den die Ministerpräsidenten aus der Demontage zogen<sup>73</sup>). Der Grund für seinen Ärger lag sicherlich in den Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen, die er 1947 und 1948 wegen der Demontage mit der Regierung in Washington hatte. Wenn auch nur wenige Einzelheiten darüber bekanntgeworden sind, so kann man sich doch denken, daß sich der direkte Appell der Ministerpräsidenten an die Regierung in Washington im Oktober 1948 nachteilig auf Clays Stellung in Washington auswirkte. Zu dieser Zeit hatte Hoffmann jedoch bereits eine amerikanische Kommission beauftragt, die Demontage noch einmal zu untersuchen und ein neues, mit dem Marshallplan zu vereinbarendes Verzeichnis auszuarbeiten. Diese Kommission empfahl Anfang 1949, die Demontagen beträchtlich herabzusetzen.

### Die Ministerpräsidenten, der Parlamentarische Rat und die Bonner Verfassung<sup>74</sup>)

Die Ministerpräsidenten trugen wesentlich zur Gründung der Bundesrepublik bei. Am 1. Oktober bildeten sie einen Ausschuß, der sich mit

<sup>71</sup>) Büro der Ministerpräsidenten des amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsgebietes, „Besprechung mit Herrn W. B. Lochleg (Vertreter des Botschafters Murphy . . .)“, 29. September 1948, Staatskanzlei, Wiesbaden.

<sup>72</sup>) Hermann Pünder, Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1968, S. 378 f.

<sup>73</sup>) „Konferenz der Ministerpräsidenten mit den Generälen Clay und Robertson am 29. Oktober 1948 . . .“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08/01.

dem Besatzungsstatut befassen sollte, und beschlossen, mit dem Parlamentarischen Rat eng zusammenzuarbeiten. Im Februar 1949 entschieden sie sich, das Grundgesetz nicht noch einmal von den Ministerpräsidenten überprüfen zu lassen — mit anderen Worten: sie gingen mit Konrad Adenauer und dem Parlamentarischen Rat konform —, damit es sofort an die Militärgouverneure geleitet werden konnte. Im März 1949 beschlossen sie, dem Parlamentarischen Rat anzuhalten, seine Arbeit trotz der Krise, die durch das Memorandum der Militärgouverneure vom 2. März hervorgerufen worden war, zum Abschluß zu bringen. Tatsächlich hatte das Memorandum den ohnehin heiklen Kompromiß, den die CDU/CSU und die SPD in Bonn geschlossen hatten, zerstört, und vielfach war man der Ansicht, der Parlamentarische Rat solle seine Arbeit vorerst wieder einstellen. Vielleicht um ihrer Aufforderung dem Parlamentarischen Rat gegenüber Nachdruck zu verleihen, stimmten die Ministerpräsidenten einem einheitlichen Wahlgesetz zu, an dem der Parlamentarische Rat gearbeitet hatte und das weder im Londoner Abkommen noch in dem Frankfurter Dokument I vorgesehen war. Im Juni schließlich verkündigten die Ministerpräsidenten das einheitliche Wahlgesetz öffentlich. Im April 1949 nahmen sie von dem Besatzungsstatut Kenntnis, das die Alliierten herausgegeben hatten. In einem Pressekomunique erklärten sie, dieses Statut bedeute einen gewissen Fortschritt bezüglich der Souveränität Deutschlands. In dem Statut sei zwar nicht allen Wünschen des deutschen Volkes entsprochen worden, sie hofften jedoch, daß es in dem gleichen Geist auch erfüllt würde, in dem es verfaßt worden war. Im Mai schließlich entschieden sich die Ministerpräsidenten, das Grundgesetz von den Landtagen ratifizieren zu lassen. Zur gleichen Zeit begannen sie, die Organe und Funktionen der bereits bestehenden Ämter auf die neue Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu übertragen und dort einzugliedern.

<sup>74</sup>) „Konferenz der Ministerpräsidenten . . . 1.10. 1948“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08/III; „Kurzprotokoll über die Ministerpräsidentenkonferenz in Hamburg am 11. u. 12. 2. 1949“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08/IV; „Konferenz der Ministerpräsidenten am 24. März 1949 in Königstein: Kurzprotokoll“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08/IV; „Kurzprotokoll der Besprechung der Ministerpräsidenten in Bonn am 12. April 1949“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08/IV; „Kurzprotokoll über die Konferenz der Ministerpräsidenten am 13. Mai 1949 in Bad Godesberg“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1a08/IV; „Stenographisches Protokoll über die Ministerpräsidentenkonferenz am 5. August 1949 in Wiesbaden“, Staatskanzlei, Wiesbaden, 1e06/IV.

## Technokratischer Konservatismus

Eine Darstellung konservativen Denkens begegnet Schwierigkeiten besonderer Art. Gibt es bei Liberalen über die Formulierung liberaler Grundsätze nicht notwendig Differenzen, so besteht gerade in der Formulierung konservativen Denkens, seiner Ziele, Forderungen, Werte und Positionen, zwischen den Konservativen und ihren Gegnern meist Uneinigkeit. Und nicht nur das: selten findet man unter Konservativen verschiedener Zeiten oder aus derselben Epoche Einigkeit über das, was für wahrhaft konservativ gelten soll. Mit einfachen Definitionen jedenfalls ist dem Konservatismus nicht beizukommen. Erlauben Liberalismus und Sozialismus gewisse generelle Definitionsmerkmale, die unbeschadet nationaler Eigenentwicklung für Struktur und Ziele dieser politischen Bewegungen gelten, so ist der Konservatismus, weil er sich aus der geschichtlichen Herkunft versteht, in verschiedenen Ländern und in verschiedenen historischen Epochen notwendig verschieden.

Die einfachste Definition lebt aus dem Gegensatz von Fortschritt und Beharrung. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts unterscheidet Joseph Görres in seiner Schrift 'Deutschland und die Revolution' zwei Hauptparteien, von denen die eine, „die sogenannte Historische erkannte, daß ehemals ein besserer Zustand Deutschlands in der Wirklichkeit bestanden, wo es in sich geeint unter einem Schirmvogte, und wieder getheilt in Glieder und Gliedeglieder, Landschaften, Stände und blühende Körperschaften in sich gesichert, frey, kräftig und reich in eigenthümlicher Sitte und Einrichtung auf sich selber ruhte, von außen geehrt, geachtet, gefürchtet und gebiethend, und leicht abwehrend jede fremde Gewalt, die sich an ihm versuchte“<sup>1)</sup>. Dieser konservativen Partei der Beharrung, die den besseren Zustand Deutschlands in der Vergangenheit sah, steht die liberale Partei des Fortschritts entgegen. „Die andere Parthey, die dieser bald entgegentrat, urtheilte aus anderem Gesichtspunkt: Was soll uns dies alte Teutschland, was sollen diese Lappen alter Herrlichkeit, die zu ihrer

Zeit gut gewesen, weil sie auf ihre Zeit gegründet war, aber nun auf immer hingschwunden: was soll dieser Aberglauben, der mit den Gebeinen alter Helden und Heiligen seinen Götzendienst zu treiben affektirt? Was haben diese Ritter in unserer Zeit zu suchen; ihr Geist ist nicht mehr unter uns, ihre Burgen stehen gebrochen auf Berg und Hügel; jene alten Münster sind verödet, ein anderer Glaube ist in sie eingewandert. Jene Institutionen und Landesordnungen mögen paßlich gewesen seyn für ihre Jahrhunderte; aber ihr Schutt und ihre Trümmer, die noch in der Gesellschaft stehen geblieben, sind ihr zur Ueberlast, und ihre Pergamente modern in den Archiven; was wir sehen, ist Leibeigenschaft, Reich der Gewalt und des Aberglaubens, drückende Feudalität...“<sup>2)</sup>.

Nun besteht zwischen dem konservativen Selbstverständnis und dem liberalen noch ein formaler Unterschied: die liberale Position ist die des Angriffs, die Position des Konservatismus die der Verteidigung. Die neuen politischen Ideen des Liberalismus, auch des Sozialismus, der gewisse Prinzipien des Liberalismus nur radikalisiert, wollen die alte Welt umstürzen oder doch in entscheidenden Strukturen verändern. Der Konservatismus, indem er sich gegen den Gedanken einer prinzipiellen Veränderung geistiger, religiöser, sozialer oder wirtschaftlicher Strukturen wendet, bezieht sich in seinem Gegenschlag auf Werte und Strukturen der Vergangenheit, denen er ihren hohen Rang deshalb zuweist, weil die Gegenwart aus dieser Vergangenheit als Herkunft lebt und ohne sie nicht zu verstehen ist. In diesem Sinne verteidigt der Konservative auch das Bestehende als das aus der Herkunft Überkommene gegenüber den Projekten der politischen Rationalisten. Dieser strukturelle Unterschied: die Verteidigung bereits gelebter und erfahrener Geschichte gegenüber noch nicht gelebten und erfahrenen zukünftigen Vorstellungen vom richtigen Leben, der richtigen Gesellschaft, ist ein wesentlicher Zug der konservativen Ideologie.

Vorabdruck eines Beitrages, der zusammen mit Aufsätzen von Helga Grebing, Christian Graf von Krockow und Johann Baptist Müller unter dem Titel „Konservatismus — eine deutsche Bilanz“ im Herbst dieses Jahres als Band der ‚Serie Piper‘ erscheinen wird.

<sup>1)</sup> Joseph Görres, Teutschland und die Revolution. (1819), Gesammelte Schriften, Bd. 13: Politische Schriften (1817—1822), hrsg. von Günther Wohlers, Köln 1929, S. 79.

<sup>2)</sup> Ebenda, S. 80.

## I. Irrationaler Rationalismus

Der Konservatismus hat sich stets als Gegner des Rationalismus verstanden, und wenn immer es eine Definition gibt, über die wenig Streit sein kann, so ist es diese Gegnerschaft. Der Konservatismus fußt seinem eigenen Selbstverständnis zufolge im Unterschied zum Rationalismus auf Anschauung und Erfahrung, nicht auf Spekulation und Theorie. Sein Wissen ist ein ‚instinktives Wissen‘, ein ‚natürliches Denken‘, in welchem sich die ursprüngliche Lebendigkeit des menschlichen Daseins selbst ausspricht. Die Folge dieses irrationalen Selbstverständnisses ist, daß jeder über diese Antirationalität des Konservatismus hinausgehende Definitionsversuch an eben diesem Selbstverständnis scheitern muß. Der unmittelbare Erlebniskern des konservativen Denkens sei rational begrifflich überhaupt nicht faßbar, meint der Konservative. Jede rational-begriffliche Darstellung des Konservatismus stehe deshalb in Gefahr, der progressistischen Ideologie eine konservative entgegenzusetzen.

Alle konservativen Schriften atmen den Geist des Rationalismus, den sie bekämpfen. Das Gesetz der Reflexion wirkt von Anbeginn und bestimmt die gesamte Geschichte dieses imponierenden Versuches, eine irrationale Theorie zustande zu bringen. Die konservative Theorie zeigt somit eine ganz besondere Dialektik: die Dialektik der Aneignung des Fremden als des eigenen Wesens, und der Katalog

sogenannter konservativer Inhalte ist deshalb ebenso zahlreich wie die Angriffspunkte des aufklärerischen Rationalismus. Bildet der Zweifel das moderne Erkenntnisprinzip rationaler Wissenschaft, so beruft sich der Konservatismus auf das Vertrauen, sei es in göttliche Offenbarung, sei es in ontologische Vorgegebenheiten der Natur, der Gesellschaft und des menschlichen Wesens. Versucht der Rationalist, im Wege kritischer Analyse Natur und Gesellschaft im Experiment herzustellen und solchermaßen ihre Gesetze aufzuspüren, so beruft sich der Konservative auf überliefertes Wissen, die Weisheit der Alten, die alte Ständeordnung als die Garanten einer menschlichen Weltordnung. Setzt der rationalistische Moralist seine Hoffnung in den Fortschritt zu einer humanen und vernünftigen Gesellschaftsordnung, so warnt der Konservative vor solchen, wie er meint, utopischen Entwürfen und hält sich gern an das Überkommene als das Sichere. Verspricht sich schließlich der rationalistische Politiker von einer Revolution die Totalveränderung sozioökonomischer Verhältnisse zum Besseren oder gar endgültig Guten, so beruft sich der Konservative auf die verpflichtende Kraft gesellschaftlicher Tradition, auf den für ihn allein gültigen Maßstab des Herkommens, des alten Wahren, das er festhalten möchte, zusammen mit dem Glauben der Väter, ihren Sitten und Ordnungen.

## II. Historische Positionen

Seine erste Position fand der deutsche Konservatismus in der Negation des absolutistischen Rationalismus. Justus Möser wandte sich gegen den Mechanismus der Bürokratie, wenn er seine berühmten Sätze gegen die Herrn beim Generaldepartment schrieb: „Die Herrn beim Generaldepartment möchten gern Alles, wie es scheint, auf einfache Grundsätze zurückgeführt sehen. Wenn es nach ihrem Wunsche ginge, so sollte der Staat sich nach einer academischen Theorie regieren lassen, und jeder Departementrath im Stande sein, nach einem allgemeinen Plan den Localbeamten ihre Ausrichtungen vorschreiben zu können ... In der That aber entfernen wir uns dadurch von dem wahren Plan der Natur, die ihren Reichthum in der Mannigfaltigkeit zeigt, und bahnen den Weg zum Despotismus, der Alles nach wenig Regeln zwingen will, und darüber den Reichthum der Mannigfaltigkeit

verliert.“<sup>3)</sup> Ähnlich beurteilt Adam Müller die Friederizianische Staatsauffassung, wenn er über Friedrich II. sagt, er sei „zuvörderst der erste und größte Staats-Mechaniker, den die Welt gesehen“<sup>4)</sup>, und wenn er den absolutistischen Staat überhaupt ein „großes Arbeitshaus“<sup>5)</sup> nennt. Gleichzeitig wendet sich Adam Müller aber schon gegen den revolutionären Demokratismus und die liberale Demokratie, welche in seinen Augen die Atomisierung der Gesellschaft vollendet hat. Nun ist der politische Konservatismus, wie man weiß, in diesem Zweifrontenkrieg sehr bald ein taktisches Bündnis mit dem absoluten Staat eingegangen.

<sup>3)</sup> Justus Möser, Der jetzige Hang zu allgemeinen Gesetzen und Verordnungen ist der gemeinen Freiheit gefährlich, sämtliche Werke Bd 2, hrsg. von J. W. J. v. Voigts, Berlin 1858, S. 20 f.

<sup>4)</sup> Adam Müller, Über König Friedrich II. und die Natur, Würde und Bestimmung der Preußischen Monarchie, Berlin 1810, S. 54.

<sup>5)</sup> Ebenda, S. 31.

gen. Die Erhaltung des ‚Bestehenden‘ war deshalb manchem Konservativen gleichbedeutend mit der Erhaltung des absoluten Staates.

Es sind im wesentlichen zwei Wege, auf denen der deutsche Konservatismus im Fortgang des 19. Jahrhunderts sich zu behaupten suchte. Beide Versuche haben im Konservatismus der Weimarer Republik eine Rolle gespielt und sich teilweise verbunden, so daß Hitler am sogenannten „Tag von Potsdam“ einen großen Teil der Konservativen zu täuschen vermochte. Es handelt sich einmal um den Historismus und zum anderen um den reaktionären Legitimus. Beide bilden zugleich wesentliche Elemente des spezifisch deutschen Nationalismus.

Der Historismus verschiebt den politischen Gegenstand und geistigen Inhalt des Konservatismus auf die Ebene der Erinnerung. Der Konservatismus bezieht sich somit nicht mehr auf Gegenwärtiges, sondern gerät in eine politisch unfruchtbare Besinnung auf das, was er in längst entschwundener Zeit als das alte Wahre zu entdecken glaubt. Die Männer des Historismus vertiefen sich mit Liebe und gelehrtem Fleiß in die Welt des Mittelalters und folgen damit dem Ansatz der Romantik. Wie durch die Märchen-, Sagen- und Liedsammlungen eine ‚Vertiefung des Gemütes‘ bewirkt wird, so werden auch die auf dem Wege geschichtlicher Forschung gewonnenen politischen Inhalte nur noch im Bewußtsein verarbeitet und im Gedächtnis rein bewahrt, eignen sich aber nicht mehr zur Grundlage politischer Forderungen. Die einzige politische Bedeutung des Historismus liegt in einem selten ausgesprochenen, dafür aber unterschwellig desto nachhaltiger wirkenden Anspruch auf

Stillstand der für verderblich gehaltenen modernen Entwicklung. Diese versteckte Reaktion sollte sich später verhängnisvoll auswirken.

Den genau umgekehrten Weg einer betonten Zuwendung zur Gegenwart beschreitet der Legitimus. In seiner reaktionären Verteidigung des Bestehenden stützt er sich auf die Trias von Königtum, Beamtentum und Heer und verteidigt damit eine staatliche Wirklichkeit, die Möser noch bekämpft hatte, denn alle drei Elemente sind Produkte des Absolutismus, auch das Königtum, das trotz des konservativen Versuches, ihm eine mittelalterliche Gloriole zu geben, das Königtum des Absolutismus war. Dem liberalen Nationalismus gegenüber, der sich im Fortgang des Jahrhunderts immer mehr vom Imperialismus und von der industriellen Expansion her verstand, brachte der restaurative Konservatismus später mit dieser Trias in der Tat ein inwischen zur Tradition gewordenen Element staatlichen Lebens zur Geltung. Im Vergleich zu der wachsenden Dynamik der bürgerlichen Erwerbsgesellschaft nämlich bedeuteten Königtum, Beamtentum und Heer die Stabilität einer Ordnung, die ihren Inhalt allerdings in immer stärkerem Maße von der Nation oder, wie man sagte, vom Reich her bekam. Vorbild dieser staatlichen Ordnung war Preußen. Die nationale Hegemonie Preußens wurde mit Eifer verteidigt, und gegen Ende des Jahrhunderts fällt es immer schwerer, die Konservativ-Nationalen von den National-Liberalen zu unterscheiden. Politisch waren die Konservativen bekanntlich zum Scheitern verdammt. Schließlich wird selbst die ursprünglich konservative Verbindung von Thron und Altar eine ausgesprochen nationalliberale Maxime.

### III. Konservative Revolution

In seine eigentliche Krise geriet der Konservatismus jedoch erst nach dem Ersten Weltkrieg. Dieser erste technische und gegen Ende totale Krieg hatte mit einem Schlage deutlich gemacht, daß das Abendland in eine neue Epoche seiner Geschichte eingetreten war. Das Gesicht der Welt hatte sich verändert. Die Gesellschaft war industriell und fungibel geworden. Die in sich gegliederten Stämme Deutschlands, seine Dörfer und Städte verloren in zunehmendem Maße ihre historische Individualität und Kontinuität. Die geistige Welt verwandelte sich in einen Pluralismus gleichzeitig bestehender Kulturen, Religionen und Philosophien. Die Malerei nahm in wachsendem

Maße Motive aus anderen Erdteilen auf, die Musik desgleichen, und in der Literatur wuchsen Skepsis und Zynismus. Es schien nichts mehr zu geben, dessen historisches Wachstum man hätte pflegen können, und selbst der historische Weg einer verinnerlichten Aneignung alter Werte schien unter dem Ansturm der Technik verlegt.

Für diese allgemeine Auflösung der alten Welt schien der Liberalismus die volle Verantwortung zu tragen. Da er neben dieser die abendländische Welt im ganzen betreffenden Entwicklung auch noch für die nationalen Unglücksfälle der deutschen Nachkriegszeit verantwortlich gemacht wurde, steigerte sich die

Kritik des Konservatismus an der Rationalität in Geist und Wirklichkeit zu extremen Formen. Weil der Konservatismus jedoch gleichzeitig einsehen mußte, daß die Verbindung zu den gesellschaftlichen Zuständen, auf die er sich als die wahren und zu bewahrenden berief, längst abgerissen war, entschloß er sich zu einer Art Verzweigungstat: er wurde revolutionär. Als revolutionärer Konservatismus machte er den Maßstab seiner Kritik am Rationalismus zum politischen Programm und wurde so, als revolutionäre Gegenideologie zum Liberalismus, selber offen und vor aller Welt zur Ideologie.

Hans Freyer beschreibt diesen Schritt von der kritischen zur revolutionären Haltung, wenn er in seinem damals berühmten Buch 'Revolution von rechts' über die Rolle der Konservativen sagt: „Noch vor einem Menschenalter waren solche Menschen auf isolierte Existenz, auf ein heimliches Verstehen untereinander und auf das ehrenvolle aber negative Werk der Kulturkritik angewiesen. Heute sind sie der Typus, der gilt, und die Zukunft des Ganzen.“<sup>6)</sup> Die innere Verzweigung dieses Schrittes vom restaurativen zum revolutionären Denken, der doch von Anfang an im Konservatismus angelegt war, tritt nirgends deutlicher zutage als in der Begründung dieser Art Revolution selbst: es gilt, so wird durchgängig argumentiert, die bestehenden Verhältnisse völlig umzustürzen, reinen Tisch zu machen und den Boden zu säubern, auf dem dann das Neue, d. h. aber das Alte ‚wachsen‘ kann. Ziel der Revolution ist die zukünftige Rückgewinnung eines vergangenen Zustandes. Moeller van den Bruck, ein Vorkämpfer der konservativen Revolution, schreibt: „Der konservative Mensch ... sucht heute wieder die Stelle, die Anfang ist. Er ist jetzt notwendig Erhalter und Empörer zugleich. Er wirft die Frage auf: was

<sup>6)</sup> Hans Freyer, *Revolution von rechts*, Jena 1931, S. 72. Noch deutlicher wird dieser Schritt von skeptischer Kulturkritik zur revolutionären Aktion von Werner Sombart bezeichnet, der 1915 schreibt: „Wir hatten die feste Überzeugung gewonnen, daß es mit der Menschheit zu Ende sei, daß der Rest ihres Daseins auf der Erde ein überaus unerfreulicher Zustand der Verpöbelung, der Verameisung sein werde, daß der Händlergeist sich überall einzunisten im Begriffe stehe, und daß ‚die letzten Menschen‘ heraufkämen, die da sprechen: wir haben das Glück erfunden und blinzeln. Da ereignete sich das Wunder. Der Krieg kam. Und aus tausend und abertausend Quellen brach ein neuer Geist hervor; nein — kein neuer Geist! Es war der alte, deutsche Heldengeist, der nur unter der Asche glommen hatte, und der nun plötzlich wieder zur Flamme entfacht worden war ... es lebte noch ein Überindividuelles, ein Ganzes, ein Leben außer uns: das Volk, das Vaterland, der Staat“. Werner Sombart, *Händler und Helden. Patriotische Besinnungen*, München und Leipzig 1915, S. 117 f.

ist erhaltenswert?“<sup>7)</sup>. Um sie aber erhalten zu können, muß die Welt erst im Sinne des Konservatismus umgestaltet werden, so daß Moeller wenige Seiten später formulieren muß: „... konservativ ist, Dinge zu schaffen, die zu erhalten sich lohnt.“<sup>8)</sup> Damit aber taucht die alte Dialektik auf, die der Konservatismus nie hat zur Versöhnung bringen können: die Dialektik von „Wachsen“ und „Machen“<sup>9)</sup>. Der Konservatismus läßt, seinen eigenen Selbstverständnis zufolge, nur das Gewachsene gelten und bekämpft im Liberalismus den Geist des ‚Machens‘, das herstellende Denken. In seinem revolutionären Stadium aber wird er gezwungen, den Geist des Machens als bei sich selbst herrschend zu offenbaren. Er muß sich damit als eine im Horizont der Moderne argumentierende ‚Bewegung‘ erkennen, für die der Begriff der Revolution und der Geist des Machens einander nicht ausschließen, sondern bedingen.

Im Unterschied zu konservativen Bewegungen in anderen europäischen Ländern hat der deutsche Konservatismus stets ein gespanntes Verhältnis zur historischen Kontinuität gehabt. Die englischen und französischen Konservativen pflegten der vorwärtsschreitenden Zeit gemäßigten Schrittes zu folgen und die gerade vergehende oder vergangene Epoche als Verpflichtung für die Gegenwart zu empfinden. Es gab diese Tendenz für kurze Zeit auch im deutschen Konservatismus, etwa, wenn sich der Legitimus auf die absolutistische Staatsstruktur berief, die Möser noch als rationalistisch bekämpft hatte. Aber der stark völkische Charakter hat den deutschen Konservatismus eine sinnvolle Kontinuität zu Epochen und Gesellschaftsformen, die zu erhalten gewesen wären, nicht mehr sehen lassen. Je weiter der deutsche Konservatismus selbst in der Geschichte voranschritt, desto ferner gelegene Maßstäbe und Idole wählte er sich für sein goldenes Zeitalter. Novalis berief sich bereits auf das Mittelalter. Im 20. Jahrhundert ging

<sup>7)</sup> Arthur Moeller van den Bruck, *Das dritte Reich*, hrsg. von Hans Schwarz, Hamburg 1931<sup>8)</sup>, S. 189.

<sup>8)</sup> Ebenda, S. 202, so schon Paul de Lagarde: „Darum verlange ich, um konservativ sein zu können, Zustände, welche des Konservierens wert sind.“ Paul de Lagarde, *Konservativ? (1853)*, Deutsche Schriften, hrsg. von Karl August Fischer, München 1934<sup>9)</sup>, S. 13 (= Schriften für das deutsche Volk, Bd I). In diesem Sinne auch die Definition Edgar J. Jungs: „Konservative Revolution nennen wir die Wiedereinsetzung all jener elementaren Gesetze und Werte, ohne welche der Mensch den Zusammenhang mit der Natur und mit Gott verliert und keine wahre Ordnung aufbauen kann.“ Edgar J. Jung (Hrsg.), *Deutsche über Deutsche*. Die Stimme des unbekanntenen Politikers, München 1932, S. 380.



man noch weiter zurück, zu Karl dem Großen, zur Völkerwanderungszeit, bis die Nationalsozialisten in Verfolgung dieser Linie schließlich in der germanischen Frühzeit angelangt waren. Dieser paradoxe Rückgriff auf immer entfernter liegende Zeiten findet sich in keinem anderen europäischen Konservatismus. Kein anderer Konservatismus ist deshalb in den dreißiger Jahren in ein Dilemma geraten, das dem des deutschen Konservatismus vergleichbar wäre. Zwar haben auch andere faschistische Bewegungen Europas, der italienische Faschismus und die Action française, in dem Maße Verbindungen zu konservativen Bewegungen gehabt, in dem der Konservatismus wie der Faschismus vornehmlich an einer integralen Gesellschaft interessiert sind und sich deshalb im Kampf gegen den Liberalismus verbinden können. Aber keine der genannten Bewegungen hat sich von Tradition und Geschichte soweit entfernt wie der deutsche Konservatismus der dreißiger Jahre. Weder die Action française noch das Vichy-Regime noch der Algerienkrieg hat die französischen Rechte in einen vergleichbaren moralischen und politischen Mißkredit bringen können.

Ein Kernbegriff der Konservativen Revolution ist der Begriff des Volkes. Im Gegensatz zum liberalen parlamentarischen Staat, der

dem Individuum und seinem persönlichen Glücksstreben dient, soll das Volk als die Summe der geschichtlichen und blutmäßigen Kräfte die Einheit des politischen Willens repräsentieren und den einzelnen in den Dienst dieses Gemeinwillens stellen. Im Volk sollen alle jetzt noch heterogenen, einander bekämpfenden Gruppen ihren organischen Ort erhalten. Im völkischen Staat soll Autorität wieder wachsen, Verantwortung wieder geübt werden. Vor allem soll dieser Staat ein deutscher Staat sein und nicht ein allgemeiner, westlicher, auf rationale Prinzipien gebauter Staat liberalen Konzeptes, und der Volksgedanke soll die Tradition in einem substantiellen Sinn garantieren. Volk ist für den Konservativen nicht Zielgemeinschaft, sondern Herkunftsgemeinschaft. Schon Adam Müller hatte in scharfer Antithese gegen das liberaldemokratische Volksverständnis geschrieben: „... ein Volk ist die erhabene Gemeinschaft einer langen Reihe von vergangenen, jetzt lebenden und noch kommenden Geschlechtern, die alle in einem großen innigen Verbands zu Leben und Tod zusammenhängen, von denen jedes einzelne, und in jedem einzelnen Geschlechte wieder jedes einzelne menschliche Individuum, den gemeinsamen Bund verbürgt, und mit seiner gesamten Existenz wieder von ihm verbürgt wird ...“<sup>10)</sup>

#### IV. Konservatismus und Nationalsozialismus

Die Verehrung alles dessen, was in Wahrheit deutsch ist, reicht von Justus Möser bis in die Gegenwart. Und hier ist denn auch der Ort, an dem die Frage nach einem möglichen Zusammenhang von Konservativer Revolution und Nationalsozialismus zu stellen ist. Eine eindeutige Beziehung zwischen den genannten Bewegungen läßt sich schon deshalb nicht annehmen, weil die Opposition gegen Hitler von Anfang an wesentlich von Männern getragen wurde, die der Konservativen Revolution und der preußischen Adelschicht angehörten. Einer der Wortführer konservativrevolutionärer Politik, Edgar Julius Jung, wurde im Zusammenhang mit der Röhmaffäre 1934 ermordet.

Geht es also nicht an, wie Peter Viereck den Turnvater Jahn als den ersten SA-Mann zu

bezeichnen<sup>11)</sup>, so muß man auf der anderen Seite doch sagen, daß Konservative Revolution und Nationalsozialismus in demselben philosophisch-politischen Klima angesiedelt sind. Die politischen Ordnungsvorstellungen des Konservatismus, besonders seine Betonung von Autorität, haben ihn in die Nähe eines Regimes gebracht, das versprach, die alten konservativen Werte wieder ans Licht zu führen, statt dessen aber die offene Barbarei ins Werk setzte. Hitler gelang mit dem sogenannten „Tag von Potsdam“ gleich zu Beginn eine seiner geschicktesten Täuschungen. Wenn schon der Thron leer, Preußen durch den Verlust der Hegemoniestellung geschwächt war und die Armee nach dem Ersten Weltkrieg nur noch in stark reduzierter Form weiterbestand, existierten dennoch in Kirche, Beamtentum und Heer diejenigen gesellschaftlichen Kräftegruppen weiter, denen der natio-

<sup>9)</sup> Vgl. das Kapitel: 'Machen, Wachsen, 'Wachsenlassen', bei Martin Greiffenhagen, Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, München 1971, S. 213 ff.

<sup>10)</sup> Adam Müller: Die Elemente der Staatskunst, hrsg. von Jakob Baxa, Bd 1, Jena 1922, S. 145 f.

<sup>11)</sup> Peter Viereck, Metapolitics from the Romantics to Hitler, New York 1941, dessen 4. Kapitel überschrieben ist: „Father Jahn, the first Storm Trooper“. Ebenso unnötig W. M. McGovern, From Luther to Hitler. The history of Fascist-Nazi political philosophy, London 1947.

nale Konservatismus sich als Tradition verbunden wußte. Diesen preußisch orientierten Konservativen bedeutete der „Tag von Potsdam“ in der Tat, was er seinem Anspruch nach sein sollte: „die Vermählung ... zwischen den Symbolen der alten Größe und der jungen Kraft“<sup>12)</sup>, oder wie es im Flaggenerlaß Hindenburgs hieß: die Verbindung der „ruhmreichen Vergangenheit des Deutschen Reiches und der kraftvollen Wiedergeburt der deutschen Nation“<sup>13)</sup>.

Sieht man auf die Neuordnungsvorstellungen, welche die politische Opposition gegen Hitler in Entwürfen niedergelegt hat<sup>14)</sup>, so zeigt sich, wie nah der deutsche Konservatismus dem Nationalsozialismus jedenfalls in seiner Kritik am liberal-parlamentarischen Verfassungsstaat gewesen ist. Auf beiden Seiten hatte man Sinn für den Vorrang politischer Führung vor politischer Kontrolle, für organisch-ständische Gesellschaftsmodelle, für einen herkunftorientierten Volksbegriff, für „Politische Theologie“<sup>15)</sup>.

Am stärksten kam die nationalsozialistische Forderung nach neuer staatlicher Autorität dem Neukonservatismus entgegen, einer Autorität, die gegenüber Parteien, Pluralismus und liberaler Demokratie den Sinn für staatliche Ordnung und staatliche Hoheit stärken sollte. Ein einheitlicher Staatswille sollte die deutsche Nation wieder zur Einheit zusammenschmelzen, über das Medium völkischer Homogenität.

War man sich über den Volksbegriff weithin einig, so gab es entscheidende Differenzen im Blick auf die Rassenlehre, die der Nationalsozialismus aus dem Sozialdarwinismus des 19. Jahrhunderts übernommen und in schlimm popularisierter Form sich zu eigen gemacht hatte. Der Antisemitismus der konservativen

revolutionäre war nicht von der brutalen, aus Ausrötung sinnenden Art, wie Hitler ihn in „Mein Kampf“ schon früh proklamiert hatte. Allerdings rechnete auch keiner der konservativen Revolutionäre damit, daß Hitler im Ernst Millionen Juden liquidieren würde. Dennoch war Gleichartigkeit ein politischer Begriff, mit dem man aller Orten versuchte, aus der nationalen Not des deutschen Staates eine politische Tugend des deutschen Volkes zu machen. Carl Schmitt gewann seinen Begriff des existentiellen Feindes nach Maßgabe des Eigenen als des Gleichgearteten, und das hieß bei ihm ab 1933 des Artgleichen<sup>16)</sup>.

Einig sind sich Konservative Revolution und Nationalsozialismus in einem Kulturpessimismus, der überall in Europa das Entstehen faschistischer Strömungen begünstigt hat<sup>17)</sup>. Überall auch hat der Kulturpessimismus Konservative und Faschisten zusammengeführt. Ein des Nationalsozialismus so unverdächtig Mann wie Ferdinand Tönnies hatte schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit seinem Buch ‚Gemeinschaft und Gesellschaft‘ jenes romantisch-naturwüchsige Verständnis von Volk vorbereitet, wie es die Nationalsozialisten mit ihrem Begriff der Volksgemeinschaft dann in die böse Konsequenz des totalen Staates trieben.

Zeigen sich somit in ideologischer Hinsicht eine ganze Reihe von Parallelen, so bleibt immer noch die Frage, ob Hitler dem deutschen Konservatismus seinen Aufstieg praktisch verdankte oder nicht. Diese Frage ist mit Ja zu beantworten. Martin Broszat hat deutlich gezeigt, daß Erfolg oder Mißerfolg der NSDAP wesentlich davon abhing, ob die politischen Kräfte der bürgerlichen Mitte und der konservativen Rechten bereit waren, mit ihr zu pak-  
tieren<sup>18)</sup>.

Am Juli-Putsch gegen Hitler haben eine ganze Reihe konservativer Militärs und Politiker teilgenommen. Stark war hier das preußische Element des alten Konservatismus vertreten. Gerade im Blick auf diese konservativen Kräfte des Widerstandes gegen Hitler scheint mir das Urteil Broszats richtig, der den konservativen Widerstand gegen Hitler moralisch anerkennt, aber hinzufügt, politisch sei er

<sup>12)</sup> Adolf Hitler: Rede am 21. 3. 1933. Zitiert nach Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932—1945, Würzburg 1962, Bd. I: Triumph (1932 bis 1938), S. 227.

<sup>13)</sup> Kundgebung des Reichspräsidenten vom 12. 3. 1933 über die Reichsflagge. In: Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, hrsg. von Johannes Hohlfeld, Bd. 4: Die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur 1933 bis 1945, I: Aufbau und Entwicklung 1933—1938, Berlin und München o. J., S. 26.

<sup>14)</sup> Vgl. Hans Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien von Hermann Graml, Hans Mommsen, Hans Joachim Reichardt und Ernst Wolf, hrsg. von Walter Schmitthenner und Hans Buchheim, Köln/Berlin 1966.

<sup>15)</sup> Vgl. das Kapitel: Politische Theologie, bei Martin Greiffenhagen, Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, a. a. O., S. 94 ff.

<sup>16)</sup> Vgl. Karl Löwith, Der Okkasionelle Dezisionismus von Carl Schmitt, in: Gesammelte Abhandlungen. Zur Kritik der geschichtlichen Existenz, Stuttgart 1960, S. 109, 112 f.

<sup>17)</sup> Vgl. grundsätzlich Fritz Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr, Bern/Stuttgart/Wien 1963.

<sup>18)</sup> Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969, S. 14.

kaum weniger ratlos gewesen als die konservative Partner Hitlers im Jahre 1933<sup>19)</sup>. So wenig eine eindeutige Zuordnung beider politischer Bewegungen möglich ist, so wenig läßt

sich der deutsche Konservatismus von dem Vorwurf reinigen, er habe dem Nationalsozialismus geistig den Weg bereitet und politisch die Pforten geöffnet.

## V. Positionen nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Kriege hatte man zunächst den Eindruck, konservatives Denken und konservative Politik seien in Deutschland nicht mehr gefragt. Als Eugen Gerstenmaier in den fünfziger Jahren auf einem Parteitag die CDU eine konservative Partei nannte, erfuhr er deutlichen Widerspruch<sup>20)</sup>. Noch Jahre später sprach der Konservative Kühnelt-Leddihn von sogenanntem Konservatismus und sagte wörtlich: „Das Wort konservativ — seien wir aufrichtig — war und bleibt eine Belastung.“<sup>21)</sup> Die Ideen der Konservativen Revolution standen in einer zu kompromittierenden Nähe zum Nationalsozialismus, so daß der völkische Konservatismus moralisch und politisch diskreditiert war. Noch im Jahre 1959 stellte Hans Schuster im Merkur fest, daß auch von einer Einigung der konservativen Gedankenwelt, soweit es sich um Parteibildung handelt, wenig zu erkennen sei. „Das Bedürfnis danach ist wohl vorhanden, aber es kristallisiert sich nicht in bestimmten Organisationen oder Parteien. Selbst Politikern, die sich konservativ nennen, bleibt freilich nicht verborgen, daß der Begriff konservativ eine ganze Skala von negativen Empfindungen hervorruft, vom Unbehagen bis zur Ablehnung, vom Spott bis zum Haß.“<sup>22)</sup>

Es schien also, als ob mit der Konservativen Revolution die Geschichte des Konservatismus in Deutschland beendet sei. Nun hat aber die Vorstellung, die gegenwärtige Zeit erlaube die Rede vom Konservieren nicht mehr, die Geschichte des Konservatismus stets begleitet. Und so gingen konservatives Denken und konservative Politik auch in Deutschland weiter ihren Weg. Es dauerte nicht lange, bis sensible Geister sich über den restaurativen Charakter der Epoche Gedanken machten. So jedenfalls drückte sich Walter Dirks in einem

Aufsatz aus, der 1950 in den Frankfurter Hefen erschien und seither als ein Zeitdokument ersten Ranges immer wieder zitiert wird<sup>23)</sup>. Dirks meinte, die einzige konservative Position von einiger Bedeutung sei die der Gewerkschaften. Der Großgrundbesitz habe seine Basis verloren, das Bauerntum könne sich guten Gewissens nicht mehr durch Bewahrung retten, sondern nur noch durch Wandlung. Dasselbe gelte von allen anderen überlieferten Positionen. Gleichzeitig aber stellte er fest, daß dennoch der Geist der Restauration in allen Institutionen anzutreffen sei. Ob Katholiken oder Protestanten, Sozialisten oder Christ-Demokraten, Universitäten, studentische Verbindungen oder Wirtschaftsmächte, überall werde versucht, wieder Fäden nach hinten anzuknüpfen. Vor allem aber werde das sozioökonomische System, das noch den Nationalsozialismus getragen hatte, wieder etabliert. Dirks schrieb wörtlich: „Es war ein restauratives Symptom, daß nicht zuerst Wohnungen, Volkshäuser und Schulen, sondern Cafés, Luxusgeschäfte, Restaurants und Goethe-Häuser gebaut wurden. Jeder Blick in fast jede illustrierte Zeitung zeigt, wo die Interessen der Leser vermutet werden: in der Vergangenheit.“<sup>24)</sup>

Der entscheidende restaurative Akt geschah nach dem Urteil von Walter Dirks mit der Währungsreform. Die folgenden Sätze bekamen mit jedem Jahr größere Bedeutung und würden von Dirks vermutlich heute auch noch geschrieben werden können: „Jetzt sind wir bereits wieder soweit, daß eine bestimmte Schicht von Industriellen nicht nur die Stahlproduktion sich erhöhen, sondern dahinter auch die Macht zurückkehren sieht. Zu ihrem restaurativen Geist gehört jener Schuß Angst um die neuen Konjunkturgewinne, der sie nach parteipolitischen Rückversicherungen Ausschau halten und mannigfache Deckungen im internationalen Gefüge der Restauration suchen läßt.“<sup>25)</sup>

Frankreich, wo die Rechte sich aus verschiedensten Elementen wieder gesammelt hat, nachdem sie 1944 zerschlagen worden war, ebd., S. 71.

<sup>23)</sup> Walter Dirks, Der restaurative Charakter der Epoche, in: Frankfurter Hefte 5 (1950), S. 942 ff.

<sup>24)</sup> Ebenda, S. 950.

<sup>25)</sup> Ebenda, S. 951.

<sup>19)</sup> Ebenda, S. 441.

<sup>20)</sup> Eugen Gerstenmaier, Was heißt heute konservativ? in: Der Monat 14 (1962), H. 166, S. 27.

<sup>21)</sup> Erik R. von Kühnelt-Leddihn, Altkonservatismus und Neukonservatismus, in: Schweizer Rundschau 56 (1956/57), S. 68. — „Die Schwierigkeit, ein neues, glaubwürdiges Wort für ‚konservativ‘ zu finden, liegt tiefer als im Etymologischen.“ Ernst Jünger, Rivarol, Frankfurt a. M. 1962, S. 55.

<sup>22)</sup> Hans Schuster, Konservativ in unserer Zeit, in: Merkur 13 (1959), S. 76. Schuster sieht hier einen deutlichen Unterschied zu der Entwicklung in

In der letzten Wendung kündigte sich bereits damals die Vorstellung einer gesamteuropäischen Entwicklung konservativen Charakters an. „In Bonn, Rom, Wien, Brüssel, Lissabon sind Machtpositionen erobert, in Frankreich ist noch nichts verbaut, Spanien ist ein heimlicher Bundesgenosse und wird eines Tages ein offener sein, — und sind nicht in England die künftigen Herren, die eine europäische Politik begünstigen, die Konservativen? Wie mischt sich in diesem Konzept das Interesse der Privilegierten, das Weltbild des Bürgers, das Denken der Alten, die Angst vor der Zukunft, der gute Wille zum Ausgleich, die Sorge um das Christentum!“<sup>26)</sup>.

Für manche war der Konservatismus allerdings schon deshalb an sein Ende gekommen, weil eine allgemeine Entideologisierung nach dem Zweiten Weltkrieg eingetreten sei. Der Begriff konservativ, schrieb Siegfried Landshut, taue zur Kennzeichnung von gegenwärtigen Erscheinungen nicht mehr<sup>27)</sup>. Hans Schuster meinte, der Gegensatz zwischen konservativ und liberal, der in der Zeit des Kulturkampfes einen Höhepunkt erreicht habe, gehöre heute der Geschichte an<sup>28)</sup>.

Nun benutzen Konservative die Entideologisierungsthese gern, weil sie ihnen erlaubt, der für sie immer unangenehmer werdenden Frage auszuweichen, was denn unter konservativ zu verstehen sei. Ein gewisses Recht allerdings kann man etwa Hans Mühlenfeld nicht absprechen, wenn er in seinem Buch „Politik ohne Wunschbilder“ (1952) zeigt, daß im Neoliberalismus sich heute Elemente konservativen Denkens finden. Sowohl bei Röpke wie Rüstow, auch bei Hajek und Böhm findet sich eine kritische Einstellung zum zivilisatorischen Fortschritt. Man folgt zwar dem liberalen Konzept, soweit es sich auf die Wettbewerbsordnung bezieht, verteidigt auch die Notwendigkeit eines wachsenden Sozialproduktes. Trotzdem schlug Alexander Rüstow, der sich der Jugendbewegung zeitlebens verbunden wußte, einmal allen Ernstes vor<sup>29)</sup>, in bestimmten Produktionszweigen die Heimarbeit wieder einzuführen. Morgens solle ein Lastwagen die Rohprodukte bei den zu Hause bleibenden Arbeitern abladen, um sie des Abends in bearbeiteter Form wieder einzusammeln.

Noch ein anderes Argument wurde in den fünfziger Jahren gegen die Vorstellung einer

Wiederbelebung konservativen Denkens geltend gemacht: Die Idee einer Weltgesellschaft und einer Weltethik mache den konservativen Rekurs auf nationale Herkunft unmöglich. Gegenüber dieser Vorstellung entwickelte sich bei einigen deutschen Konservativen die Vorstellung von einer europäischen Politik, die an die Stelle früherer nationaler Politik treten müsse. Europa wurde überhaupt in konservativen Kreisen zu einer Art Ersatz für Nation, Volk oder Reich<sup>30)</sup>.

Schon in den fünfziger Jahren erschienen Schriften, die eine „Konservative Erneuerung“<sup>31)</sup> verlangten, eine „konservative Funktion“<sup>32)</sup> behaupteten, zu konservativer Sammlung aufriefen. Abgesehen von den rechtsradikalen Splittergruppen, die es gleich nach Kriegsende schon wieder gegeben hatte<sup>33)</sup>, gewann konservatives Denken allgemein in der Politik wieder an Boden. Das

<sup>26)</sup> „Die Frage bleibt deshalb auch heute immer noch offen, welchen Kräften schließlich die Formung der Zukunft im alten europäischen Geschichtsraum zufallen wird: den Zwangs- und Ersatzordnungen der Massengesellschaft und ihrer Funktionäre oder den Hoffnungen auf eine tiefpflügende geistig-seelische Erneuerung.“ Klaus Hornung, *Der Jungdeutsche Orden*, Düsseldorf 1958, S. 144 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 14). Vgl. kritisch dagegen Richard F. Behrendt, der die Europa-Idee für den Kern eines Restaurations-Mythos hält. Richard F. Behrendt, *Regionale Integration oder erdweite Universalisierung?*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 14 (1963), S. 337.

<sup>31)</sup> Vgl. Hans Joachim Schoeps, *Konservative Erneuerung. Ideen zur deutschen Politik*, Stuttgart 1958.

<sup>32)</sup> Hans-Joachim von Merkat, *Die konservative Funktion. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Denkens*, München 1957 (= *Konservative Schriftenreihe* Bd. 1).

<sup>33)</sup> Vgl. Otto Büsch — Peter Furth, *Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP)*, Berlin und Frankfurt a. M. 1957 (= *Schriften des Instituts für politische Wissenschaft* Bd. 9); Manfred Jenke, *Verschönerung von Rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945*, Berlin 1961; Hans-Helmuth Knütter, *Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Eine Studie über die Nachwirkungen des Nationalsozialismus*, Bonn 1961 (= *Bonner Historische Forschungen* Bd. 19); Heinz Brüdigam, *Der Schoß ist fruchtbar noch ... Neozaristische, militärische, nationalistische Literatur und Publizistik in der Bundesrepublik*, 2. neubearb. Auflage, Frankfurt a. M. 1965; *Rechtsradikalismus*, hrsg. von Iring Fetscher, Frankfurt a. M. 1967 (Sammlung „res novae“ Bd. 53); Erwin K. Scheuch — Hans D. Klingemann, *Materialien zur Entwicklung des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik 1966*, Köln 1967 (Institut für vergleichende Sozialforschung Köln); zu den einzelnen Parteien vgl. auch die Literatur bei Hans-Gerd Schumann, *Die politischen Parteien in Deutschland nach 1945. Ein bibliographisch-systematischer Versuch*, Frankfurt a. M. 1967 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, Weltkriegsbücherei H. 6).

<sup>26)</sup> Ebenda, S. 953.

<sup>27)</sup> Siegfried Landshut, *Restauration und Neo-Konservatismus*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, hrsg. von Heinz-Dietrich Ortlieb, Bd. 2, Tübingen 1957, S. 45.

<sup>28)</sup> Hans Schuster, *Konservativ in unserer Zeit*, in: *Merkur* 13 (1959), S. 83.

<sup>29)</sup> Im Heidelberger Seminar, Sommersemester 1955.

Thema konservativ war nicht mehr obsolet, sondern wurde in Sonderausgaben von Zeitschriften behandelt, so etwa in einer Ausgabe des „Neuen Abendlandes“ im Jahre 1956<sup>34)</sup>. Im Jahre 1962 veranstaltete die Zeitschrift „Der Monat“ ein Forum über die Frage „Was ist heute eigentlich konservativ?“<sup>35)</sup>. Diese Diskussion wurde vornehmlich unter zwei Gesichtspunkten geführt: Einmal unter der Frage, wieweit der Konservatismus an den nationalen Unglücksfällen der deutschen Geschichte, vor allem am Nationalsozialismus Schuld oder

Ursache sei, zum anderen, ob der Konservatismus, wie Hans Zehrer es in seinem Beitrag ausdrückte, „heute wieder zukunftssträftig“ sein könne<sup>36)</sup>. Seither gewinnen konservative Gedanken mit jedem Jahr an Boden, und Franz Joseph Strauß konnte auf einem Parteitag der CSU den Begriff konservativ mit Erfolg verteidigen, allerdings mit einer der merkwürdigsten Begründungen, die je als Interpretation dieses Wortes abgegeben wurden. Konservativ bedeute nämlich, wie Strauß sagte, „an der Spitze des Fortschritts zu marschieren“<sup>37)</sup>.

## VI. Der technokratische Konservatismus

Es ist die Frage, ob diese Charakteristik wirklich so absurd ist, wie sie klingt. Die jüngste Entwicklung des Konservatismus in Deutschland scheint dem neuen Selbstverständnis Recht zu geben. Für die folgenden Überlegungen stütze ich mich vornehmlich auf den Anthropologen Arnold Gehlen, den Soziologen Helmut Schelsky, den Staatsrechtler Ernst Forsthoff und die Publizisten Rüdiger Altmann und Armin Mohler, alles konservative Theoretiker, die in einem gewissen Verbund eine Theorie entwickelt haben, die verschiedene Namen trägt, aber dasselbe meint: die Bundesrepublik sei in ein neues Stadium der Stabilisierung, der Kristallisation, der institutionellen Verfestigung eingetreten, und zwar durch das, was man heute ‚Technokratie‘ nennt.

In seiner Institutionenlehre<sup>38)</sup> behauptet Arnold Gehlen, der Mensch müsse, um sein Leben sichern zu können, sich in Institutionen ‚einhausen‘, die ihm gegenüber einen Selbstwert im Dasein hätten. Im Unterschied zum primitiven Menschen, der im Wege des Ritus den Institutionen diesen Selbstwert zuerkannt habe, befinde sich der moderne Mensch im Stadium der Dauerreflexion und unter dem Druck ständiger Entscheidungszumutungen. Gehlens Verhältnis zur Aufklärung ist somit wie das jedes reflektierten konservativen Denkers ambivalent. Einerseits ist Gehlen selber Aufklärer, insofern er sich seine Fragen durch eine Analyse gegenwärtiger Verhält-

nisse aufgeben läßt: Zweifel und Kritik sind die Anstöße seines Denkens. Andererseits denkt er gegen die Aufklärung, wenn er den Fortschrittsoptimismus, den gesellschaftlichen Pluralismus und den philosophischen Subjektivismus in immer neuen Anläufen kritisiert. Eine zentrale Kategorie bei Gehlen ist die der Entlastung. Dadurch, daß ein Verhalten auf institutionelle Dauer gestellt wird, sichert es sich und entlastet vor ständigen Entscheidungszumutungen. Die Dauer der Institution tilgt somit die Vergänglichkeit des einzelnen und stellt sich Gehlen als ein Wert an sich selbst dar. Die Reflexion aber ist das Geschäft der Intellektuellen, gegen die sich Gehlens Haß zunehmend wendet<sup>39)</sup>. In seiner Sozialphilosophie finden sich die wichtigsten Positionen deutschen konservativen Denkens versammelt. Instrumentelles oder utilitaristisches Bewußtsein wird ebenso abgelehnt wie jede Vorgabe eines rationalen, außerhalb des institutionell abgesicherten Handelns liegenden Zweckes. Ein tiefes Mißtrauen gegenüber allen Regungen der Subjektivität beherrscht das gesamte Werk Gehlens. Stabilisierung nach rückwärts soll den Sinn für die Verpflichtung, für das Opfer und den Dienst garantieren. Nur durch Aufopferung für die Institution entgeht der Mensch der fatalen Möglichkeit, sich selbst leben zu wollen. Das Industriesystem aber hat zu einer Einebnung und Aufweichung der Toleranzgrenzen und zu einer psychischen Desarmierung geführt.

<sup>34)</sup> Neues Abendland, Jahrbuch für Politik und Geschichte, N. F. II (1956), H. 2. Das Heft wird eingeleitet mit einem längeren Zitat aus Arthur Moeller van den Bruck, Das dritte Reich, und enthält Beiträge von Hans-Joachim von Merkat, Otto von Habsburg, Erik von Kuehnelt-Leddihn, Gerhard Kroll, Emil Franzel, Herbert Blank und Heinrich Ludwig.

<sup>35)</sup> Der Monat 14 (1962), H. 163, 165, 166, 168, und 15 (1962), H. 169.

<sup>36)</sup> Hans Zehrer, Heute wieder zukunftssträftig, in: Der Monat 14 (1962), H. 166, S. 30 ff.

<sup>37)</sup> Süddeutsche Zeitung, 16. 12. 1968, S. 3. Bericht von Peter Pragal unter dem Titel: Wortgefechte um das Etikett „konservativ“.

<sup>38)</sup> Vgl. vor allem Arnold Gehlen, Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen, Bonn 1956.

<sup>39)</sup> Arnold Gehlen, Das Engagement der Intellektuellen gegenüber dem Staat, in: Merkur 18 (1964).

Gehlens Urteil über die zukünftige Entwicklung der Menschheit im Blick auf die von ihm geforderte institutionelle Sicherung ist jedoch ambivalent. Auf der einen Seite stellt er fest, daß die parasitäre Veranlagung des Menschen heute deutlicher denn je hervortritt. Auf der anderen Seite aber glaubt er nicht, daß diese Entwicklung anhalten oder je an ihr volles Ende gelangen kann. Da das menschliche Leben, um für lohnend gelten zu können, stets um anderer Ziele als um des bloßen Überlebens willen eingesetzt werden muß, führt die zunehmende Subjektivierung des Lebens zu Angst, Neurosen und einer allgemeinen Primitivierung. Der aussichtslose Versuch des Menschen, die Führung des Lebens selbst zum Thema seines Handelns zu machen, muß letztlich scheitern.

Und so meint Gehlen, daß sich heute bereits gewisse Stabilisierungen feststellen lassen. Die Ursachen dafür sind verschieden. Zum einen sei es außerordentlich unwahrscheinlich, daß noch prinzipiell neue Ideologien auf den Plan treten werden. Gehlen wagt somit die Voraussage, daß „die Ideengeschichte abgeschlossen ist, und daß wir im Post-histoire angekommen sind, so daß der Rat, den Gottfried Benn dem einzelnen gab, nämlich ‚Rechne mit deinen Beständen‘, nunmehr der Menschheit als ganzer zu erteilen ist“<sup>40)</sup>.

Ähnlich wie Gehlen, der für diesen Zustand neuerlicher institutioneller Verfestigung den Begriff „Kristallisation“ gebraucht, versteht Rüdiger Altmann mit dem von ihm geprägten Begriff der „Formierten Gesellschaft“<sup>41)</sup> die Garantie neu gefundener Stabilität. Altmann schreibt: „Unsere Gesellschaft lebt bereits im Gefühl, wenn auch nicht im klaren Bewußtsein ihrer Einheitlichkeit. Diese Einheit gründet sich auf die Einebnung gegensätzlicher Tradition, auf soziale und nationale Erfahrungen.“<sup>42)</sup> Der Pluralismus ist für Altmann kein Einwand gegen seine These. Im Gegenteil: „Pluralismus und Integration sind komplementäre Begriffe geworden, wobei Integration augenscheinlich den höheren Funktionswert besitzt.“<sup>43)</sup>

Über die Entideologisierung und den Abbau von gesellschaftlichen Konflikten hinaus sieht

Nr. 195, S. 401 ff.; Die Chancen der Intellektuellen in der Industriegesellschaft, in: Neue deutsche Hefte 17 (1970), H. I, S. 3 ff.

<sup>40)</sup> Arnold Gehlen, Über kulturelle Kristallisation (1961), in: A. G., Studien zur Anthropologie und Soziologie, Neuwied und Berlin 1963, S. 323.

<sup>41)</sup> Rüdiger Altmann, Die Formierte Gesellschaft, in: R. A., Späte Nachricht vom Staat. Politische Essays, Stuttgart-Degerloch 1969.

<sup>42)</sup> Ebenda, S. 29.

<sup>43)</sup> Ebenda, S. 30.

der deutsche Konservatismus gegenwärtig Stabilisierungen, Formierungen, Kristallisationen auf Grund von Faktoren entstehen, für die man das Wort „Sachzwang“ gefunden hat. Dieser Begriff steht in deutlicher ideologischer Verbindung zu dem, was bei Gehlen „Selbstwert im Dasein“ oder „Eigengesetzlichkeit“ heißt. Diese Sachzwänge sind politischer, ökonomischer und technischer Natur. Ernst Forsthoff hat seit seiner vielbeachteten Schrift „Die Verwaltung als Leistungsträger“ (1938) den wachsenden Bereich staatlicher Daseinsvorsorge immer neu beschrieben. Der wachsenden Allmacht des Staates, aber auch gesellschaftlicher Gruppen entspreche eine zunehmende Inkompetenz der Bürger, über ihr politisches Schicksal zu entscheiden. Die Staatsbürger verhalten sich nach Meinung Forsthoffs darin systemgerecht, daß sie sich auf die Ausübung des Wahlrechts als der fast einzigen Art staatsbürgerlich zulässiger Aktivität beschränken<sup>44)</sup>.

Rüdiger Altmann betont wie alle Konservativen die Notwendigkeit staatlicher Autorität und gibt innerhalb der politisch-sozialen Stabilisierung dem Bereich der Wirtschaft besonderes Gewicht. Hier wird die ideologische Abhängigkeit des modernen Konservatismus vom kapitalistischen Wirtschaftssystem besonders augenfällig. Altmann sieht im wesentlichen zwei große Aufgaben, denen Gesellschaft und Regierung gewachsen sein müssen: die Garantie der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verteilung des Sozialproduktes<sup>45)</sup>. Gehlen spricht von einer „Produktions- und Wohlstandsunion“, in der die Steigerung der wirtschaftlichen Leistung einerseits, die Garantie von Wohlstand und ziviler Sicherheit andererseits die beherrschenden Imperative ausmachen<sup>46)</sup>. Forsthoff ist überzeugt, daß an eine Veränderung der Strukturen dieses sozioökonomischen Systems nicht mehr zu denken ist. Gehlen vergleicht die alte Naturordnung mit der neuen Union Gesellschaft — Staat — Wirtschaft und meint, daß diese neue Kristallisation zur Anpassung zwingt und womöglich zur Mythenbildung anregen kann.

<sup>44)</sup> „Dieser Logik entspricht demnach eine staatsbürgerliche Aktivität, die vor den äußerst komplizierten Gegebenheiten des sozialen Ganzen einer industriell-bürokratischen Gesellschaft haltmacht. Der Dilettantismus, mit dem in Bürgerversammlungen die großen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik behandelt zu werden pflegen, und nur behandelt werden können, ist rührend und steril zugleich.“ Ernst Forsthoff, Die Bundesrepublik Deutschland. Umriss einer Reanalyse, in: Merkur 14 (1960), S. 816.

<sup>45)</sup> Rüdiger Altmann, Die Formierte Gesellschaft, a. a. O.

<sup>46)</sup> Arnold Gehlen, Chancen, S. 5 (s. oben Anm 39).

In dem Maße, wie Sachverhalte, Sachzwänge, Eigengesetzlichkeiten die Voraussetzungen des kristallisierten Systems ausmachen, gewinnt der Fachmann an Bedeutung, und die Trennung des Fachmanns vom Laien erzeugt ein neues Autoritätsmodell. Im staatlichen, wirtschaftlichen, technischen und vor allem im wissenschaftlichen Bereich gilt die Autorität des Informierten, die Sachkenntnis des Fachmannes, die Berufserfahrung gegenüber dem Nichtinformierten, dem Laien und dem Dilettanten. In dem Maße, wie Sachverhalte Selbstwert erhalten und, wie Gehlen sagt, die Maschinenkultur einen Rekord der Zwecksetzung ohne Zweck aufstellt, herrscht technisches Können als Verfügung über Menschen. Hand in Hand mit der Behauptung dieser Entwicklung zum Sachzwang aber geht die konservative Einsicht, demokratische Freiheit könne in einem technokratischen Gesellschaftssystem nicht mehr praktiziert werden. Ernst Forsthoff stellt eindeutig fest: „Der Geist der Technik, auf nichts anderes bezogen als auf deren Perfektion, schließt individuelle Freiheit grundsätzlich aus.“<sup>47)</sup>

Inzwischen haben konservative Theoretiker eine Theorie des technischen Staates entwickelt<sup>48)</sup>. Das Startzeichen gab im Jahre 1961 Helmut Schelsky mit seiner Schrift „Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation“<sup>49)</sup>. Sie ist bis heute der deutlichste Beweis für die vom Konservativen klar erkannte Unvereinbarkeit zwischen Technokratie und Demokratie. Der Sachzwang der technischen Mittel macht die Frage nach dem Wesen des Staates, nach Gerechtigkeit oder Demokratie überflüssig. Die moderne Technik bedarf keiner Legitimität, mit ihr herrscht man, weil sie funktioniert und solange sie optimal funktioniert. Der Staatsmann des technischen Staates ist daher gar nicht einer, der entscheidet oder herrscht, sondern einer, der analysiert, konstruiert, plant<sup>50)</sup>. Schelsky schreibt wörtlich: „Gegenüber dem Staat als einem universalen

technischen Körper wird die klassische Auffassung der Demokratie als eines Gemeinwesens, dessen Politik vom Willen des Volkes abhängt, immer mehr zu einer Illusion.“<sup>51)</sup>

Jürgen Habermas hat in seiner Kritik des technokratischen Modells gezeigt, daß hinter den Theorien einer optimalen Verbindung von Technik und Politik die voraussetzungsvolle Unterstellung steckt, es gebe ein Kontinuum der Rationalität in der Behandlung technischer und politischer Fragen<sup>52)</sup>. Gerade die Praxis kommunistischer Politik hat gezeigt, daß ein wachsender Grad technischer Verfügung nicht unbedingt konvergieren muß mit einem Absterben dessen, was Marx unter politischer Herrschaft verstand.

Der technische Staat bewirkt eine Entpolitisierung des Bürgers, der die Sachverhalte, die es zu entscheiden gilt, nicht mehr beurteilen kann. Diese Entpolitisierung wird von den Konservativen begrüßt. Das deutlichste Dokument für diesen Umschwung konservativen Denkens von einer der Technik gegenüber kritischen Einstellung zu einer vollen Bejahung der Industriekultur ist eine Schrift von Armin Mohler mit dem Titel „Konservativ 1969“<sup>53)</sup>.

Mohler gibt zunächst zu, daß die Konservativen heute in eine Sackgasse geraten sind, weil sie mit dem Phänomen der industriellen Gesellschaft nicht fertig wurden. Er verweist auf die durchgängig kulturkritische Stimmung, die bei Konservativen heute immer noch anzutreffen ist, meint aber, es sei falsch, Modelle aus verflossenen Gesellschaftszuständen zu holen in der Annahme, nur dort habe es klare Hierarchien und Strukturen gegeben. Dagegen stellt er fest, daß die gesellschaftspolitischen Rollen zwischen rechts und links heute vertauscht sind: „Die Linke hat so mit den Konservativen die Rollen getauscht. Sie, die sich so lange im avantgardistischen Glanze sonnte, hat nun die Rolle der Maschinenstürmer und damit der ‚Nachzügler der Weltge-

<sup>47)</sup> Ernst Forsthoff, Technisch bedingte Strukturwandlungen des modernen Staates, in: Technik im technischen Zeitalter. Stellungnahmen zur geschichtlichen Situation, hrsg. von Hans Freyer, Johannes Chr. Papalekas, Georg Weippert, Düsseldorf 1965, S. 211.

<sup>48)</sup> Vgl. Martin Greiffenhagen, Demokratie und Technokratie, in: Texte zur Technokratiediskussion, hrsg. von Claus Koch und Dieter Senghaas, Frankfurt a. M. 1970, S. 54 ff., sowie das Kapitel ‚Der technokratische Konservatismus‘ in: Martin Greiffenhagen, Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, München 1971, S. 316 ff.

<sup>49)</sup> Helmut Schelsky, Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, Köln und Opladen 1961 (Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen. Geisteswissenschaften H. 96).

<sup>50)</sup> Ebenda, S. 25.

<sup>51)</sup> Ebenda, S. 29.

<sup>52)</sup> Jürgen Habermas, Wissenschaft und Politik, in: Offene Welt. Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Nr. 86, Dezember 1964; Mündige Gesellschaft, S. 413 ff.; Technischer Fortschritt und soziale Lebenswelt, in: Praxis 2 (Zagreb 1966), Nr. 1/2, S. 217 ff., bes. S. 227; Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung, in: Humanität und politische Verantwortung. Festschrift für Hans Barth, hrsg. von Richard Reich, Erlenbach — Zürich und Stuttgart 1964, S. 55 ff.; Technik und Wissenschaft als „Ideologie“, Frankfurt am Main 1968 (edition suhrkamp Nr. 287).

<sup>53)</sup> Armin Mohler, Konservativ 1969, in: Formeln deutscher Politik. Sechs Praktiker und Theoretiker stellen sich, hrsg. von H. J. Schoeps und Chr. Danemann, München und Eßlingen 1969, S. 106 (Fakten sprechen).

schichte' übernommen. Die Konservativen aber hat ihr Widerstand gegen mutwilliges Zerstören unversehens auf die Seite der Industriegesellschaft gedrängt, der sie so lange mißtrauisch gegenübergestanden waren. Die Bedeutung dieses Vorganges ist noch gar nicht ins allgemeine Bewußtsein gerückt, und nicht einmal in das der Konservativen selbst." <sup>54)</sup>

Mohler bezieht sich auf die Ereignisse des Mai 1968 in Paris. Die Erfahrung, daß eine relativ kleine Gruppe gegen den Widerstand des Staates und der stärksten Gewerkschaftszentrale weite Bereiche der Industriegesellschaft zu lähmen, die Währung zu erschüttern und den technischen Fortschritt um Jahre zu verzögern im Stande war, zeigt ihm, daß die Konservativen sehr wohl auf der Seite von Industrie und Technik zu finden sind. Wenn immer es den Konservativen um Hierarchie geht, so ist leicht einzusehen, daß die Hierarchie einer Leistungsgesellschaft eher noch unbittlicher ist als die der alten Ständegesellschaft. Der Konservative also, meint Mohler, komme um die Industriegesellschaft nicht herum. Die Konservativen müssen eine ganz neue Sprache, ja zu einem neuen Denken und Handeln finden.

Nun liegt in dieser Situation, wie Mohler selbst sieht, ein Dilemma, denn natürlich fällt es dem Konservativen schwer, sich mit Haut und Haaren der Technik und der Industriegesellschaft anzuliefern, um sie zugunsten einer neuen Ordnung in Dienst zu nehmen. Aber gerade hier ist Mohler eindeutig, wenn er schreibt: „Es wirkt peinlich, wenn man auf Konservative stößt, die heute noch mit Möasers Vokabular oder dem des Herrenklubs, dem von Rerum novarum um sich werfen. Selbst die Worte eines Burke, so richtig sie damals waren, werden in der heutigen, so veränderten Situation zu Geschwätz." <sup>55)</sup> War bisher

<sup>54)</sup> Ebenda, S. 110 f.

<sup>55)</sup> Ebenda, S. 117 f.

das Wort ‚natürlich‘ unter Konservativen ein Kennwort, so spricht Mohler am Schluß seines Aufsatzes vom Popanz einer heilen Welt und gibt offen zu, „daß die Welt des Menschen, seit es sie gibt, immer künstlich war. Der Mensch der Industriegesellschaft lechzt zwar nach Natur, nach dem Unbebauten, Nichtorganisierten, dem Überraschenden, Nichtvorgeesehenen — das wissen wir. Aber es wäre falsch, das Unverbaute einfach dort zu suchen, wo früher einmal unbebautes Gelände war." <sup>56)</sup> Nur wenn der Konservative heute diesen Frontwechsel vornimmt, gibt ihm Mohler für die Zukunft eine Chance, sonst bleibe er eine komische Figur.

Indem Mohler die sozioökonomischen und technischen Strukturen des gegenwärtigen Systems in den Rang einer zweiten Natur erhebt, will er über den in diesen Strukturen herrschenden Sachzwang die alten konservativen Tugenden des Dienstes und der Unterordnung wieder einführen. Der Dualismus zwischen Wissenden und Unwissenden wird identisch mit der Unterscheidung zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen. Das aber ist nichts anderes als die wahrhaftige Durchführung der Konservativen Revolution, deren Maxime, Dinge zu schaffen, die zu erhalten sich lohnt <sup>57)</sup>, nun erst voll begreiflich wird. Allein aus dieser Perspektive hat auch der überraschende Anspruch von Franz Joseph Strauß einen Sinn. Es scheint, als ob diese Position gegenwärtig Aussicht hat, ausgebaut zu werden. Die Frage bleibt, ob sie angesichts der in ihr steckenden alten konservativen Prämissen und Forderungen vor politischen und moralischen Rückschlägen sicher ist, wie sie uns die bisherige Geschichte des deutschen Konservatismus besichert hat.

<sup>56)</sup> Ebenda, S. 118.

<sup>57)</sup> Arthur Moeller von den Bruck, Das dritte Reich, a. a. O., S. 202.